Winter 2009/2010
Nr. 54, 15. Jahrgang

Zeitung für Umweltschutz von unten

# grünes blatt



## Auszug aus dem Inhalt dieser Ausgabe



### Editorial

Zu früh gefreut, würde ich sagen: Nach dem (Eigen-)Lob über das planmäßige Erscheinen der letzten Ausgabe des grünen blatts, lief es mit dieser Ausgabe wieder deutlich schlechter. Die Absprachen zum Layout im Dezember klappten nicht, Leute, die Seiten zugesagt hatten, haben sie wieder nicht gemacht, der Drucktermin war nicht haltbar. Mir zeigt das, dass die Verbindlichkeit von Absprachen arg zu wünschen übrig lässt. Leider frustriert und verprellt solches Verhalten oft dann die wenigen, die sich letztlich die Bürde auflasten und dafür sorgen, dass das grüne blatt doch noch fertig wird. Das mussten wir erfahren, seit das grüne blatt als Experiment eines "offenen Mediums" läuft.

Hoffentlich wird das mit der ersten "offiziellen" Ausgabe in 2010 (1-10) besser. Das grüne blatt hat unterstützende Hilfe jedenfalls ganz dringend nötig, wenn es langfristig funktionieren soll. Wir brauchen Menschen, die beim Layouten und Korrekturlesen helfen, aber auch Menschen, die das Wiki checken und aktualisieren sowie die Kategorien, Formatierungen und Illustration der Artikel verbessern. Und auch finanziell trägt sich das grüne blatt noch immer nicht selbst - Spenden oder andere Gelder sind weiter wichtig!

Mit dieser Ausgabe wird die kontinuierliche Berichterstattung des grünen blatts über Entwicklungen in der Gentechnik und den Widerstand dagegen fortgeführt. Dabei sind diesmal zwei analytische Beiträge zur Kritik der Gentechnologie und den dabei geschehenden Ausblendungen und Verkürzungen.

Bis zum nächsten Mal!

## Impressum

***grünes blatt - Zeitung für Umweltschutz 'von unten'***
http://gruenes-blatt.de/

***Redaktion***

grünes blatt - Redaktion
Postfach 32 01 19
D-39040 Magdeburg

Fon: +49 391/72 72 657
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de

Hausanschrift
Karl-Schmidt-Str. 4
D-39104 Magdeburg

Spendenkonto:
GLS Bank
KNr.: 110 17 40 600
BLZ: 430 609 67

***Verlag***

SeitenHieb Verlag
Jahnstraße 30 | D-35447 Reiskirchen
www.SeitenHieb.info | Info@SeitenHieb.info
+49 700-seitenhieb (73483644)

***AutorInnen dieser Ausgabe***

Achim Stößer, Falk Beyer (fb, V.i.S.d.P.), Jörg Bergstedt (jb), Eichhörnchen, FloH und weitere.

***Satz und Layout***

Falk Beyer, Jörg Bergstedt, Zimt

***Bildnachweise***

Braunschweig-online.net (S. 26), gendreck weg (S. 15 r.o.), Greenkids-Archiv, helico (S.17; fl; cc by-nc-nd-2.0), Jenniholma (S.30; fl; cc by), jordi.martorell (S. 27 u.l.; fl; cc by-nc-sa), JP Vergez-Larrouy (S. 27 u.m.; fl; cc by-nc-sa-3.0), ladecroissance.net (S. 29), martinlabar (S. 1; fl; cc by-nc-2.0), OpenStreetMap .org contributors (S.26 l.; cc by-sa-2.0), Projektwerkstatt Saasen Archiv (S. 3-11), reinante (S. 27 u.r.; fl.; cc by)

cc: creative commons Lizenzen (siehe http://www.creativecommons.org)
fl: flickr.com user

***Auflage***

1.300 Hefte

Das grüne blatt wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt.

Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der emanzipatorischen Ökologiebewegung. Die Redaktion bilden unabhängige MitarbeiterInnen. Die Arbeit der Redaktion wird über ein offenes Wiki im Internet koordiniert: http://gruenes-blatt.de/redaktion/.*

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen, schon allein weil es "die" Kollektivmeinung nicht gibt.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Versandkosten (3 EUR) bei der Redaktion nachbestellt oder unter **http://gruenes-blatt.de** gelesen werden.

** Zum Schutz vor Spambots und automatischer Indizierung des Redaktionswikis ist dieses passwortgeschützt.*

## Eigentumsvorbehalt

Diese Zeitung bleibt solange im Besitz der Redaktion, bis sie der/dem Gefangenen ausgehändigt wurde. "Zur Habe Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Wird ein Teil der Ausgabe nicht ausgehändigt, dann ist der beanstandete Teil, und nur dieser, unter Angabe der Gründe an den Vertrieb zurückzusenden, der Rest ist auszuhändigen. Gleiches gilt, wenn ein bestimmtes Heft beanstandet wird.




**fb** Am voraussichtlich 23. Juni soll die "Baltic Sea Info Tour" - eine Infotour rund um die Ostsee zur Aufklärung über die radioaktive Belastung dieses Binnenmeeres - in Aland (Finnland) starten. Fünfzehn Stopps soll es rund um die Ostsee in verschiedenen Ländern geben, verbunden mit Straßenaktionen, Infoveranstaltungen und Vernetzungstreffen mit lokalen AktivistInnen. Mithilfe bei der Vorbereitung ist willkommen - und deine Teilnahme an der Tour natürlich auch. Details und möglicherweise auch Änderungen sind auf der Projekt-Webseite zu finden:
http://baltic-tour.nuclear-heritage.net

## Sprachliche Konventionen

Im Gegensatz zu vielen anderen Publikationen werden hier nicht durchgehend "männliche" Formulierungen benutzt und behauptet, damit sei keine Diskriminierung verbunden, da alle Geschlechter gemeint seien. Sprache ist auch Ausdruck gesellschaftlicher Realitäten. Auch wenn "Emanzipation" und "Gleichberechtigung" obligatorische Schlagwörter geworden sind, ist diese Gesellschaft noch weit entfernt von ihrer tatsächlichen Umsetzung.

Schon vor Jahrzehnten entstanden in der Gender-Debatte Ansätze für eine Sprachregelung, die das ernsthafte Streben nach der Aufhebung der Stigmatisierung nach sozial konstruierten und konditionierten Geschlechtern signalisiert.

In dieser Publikation werden autorInnenabhängig für manche Menschen ungewöhnlich erscheinende Sprachkonventionen verwendet. Beispiel: der Großbuchstabe (z.B. "I") wird von einigen AutorInnen benutzt, um anzudeuten, dass sowohl "männliche" als auch "weibliche" Form gemeint sind.

Manche AutorInnen verwenden Endungen wie "-i"/"-is" etc. Dies soll nicht nur eine sprachliche Gleichberechtigung von "Mann" und "Frau", sondern auch all derer symbolisieren, die sich in derartige Schemata nicht einordnen wollen/können. Demnach steht "-a" für den weiblichen Singular, "-as" für den Plural. "-o" bzw. "-os" verkörpern den männlichen Part und "-i" bzw. "-is" stehen als Synonym für geschlechtsunabhängige Bezeichnungen.

Manchmal wird auch die Endung "_In"/"_Innen" verwendet. Das bedeutet soviel wie: "männlich, weiblich und die ganze Bandbreite an möglichen Geschlechtern dazwischen".

ISSN 1612-2186

# Gentechnikfreie Welt ... mit eigenen Händen schaffen!

## Im Frühjahr 2010 jede Aussaat gentechnisch veränderter Pflanzen oder (bei ausgebrachten Pflanzen) Blühen, Pollenflug und Samenbildung verhindern!

Gentechnik ist unbeherrschbar. Ein Feld zu zerstören, reicht nicht. Das sagen sogar aktuelle Gerichtsurteile. Dort wurde FeldbefreierInnen ein rechtfertigender Notstand (§ 34 StGB) verweigert, weil eine solche Aktion die Gefahr nicht abwenden könne. Sämtliche Felder zu zerstören, wäre folglich ein geeignetes Mittel, um die Gefahren der Gentechnik abzuwehren – und dann straffrei*! Darum: **Handeln, bevor es zu spät ist!**

Wenn Genmaisgegner ... gegen den Genmaisanbau an sich vorgehen möchten, können die durch den Anbau von Genmais ausgehenden Gefahren wohl kaum dadurch beseitigen, dass sie einen Bruchteil der Gesamtanbaufläche innerhalb Bayerns beseitigen oder zerstören.
*Urteil AG Kitzingen vom 2.9.2009 (1 Cs 701 Js 19050/08, Fehler im Original)*

Die Nichtbeherrschbarkeit ist … Tatsache. … Da dürfen wir unsere Zweifel haben, ob ein Genfeld von den vielen überhaupt reicht ..., denn wir müssen wissen: Der Geist ist schlicht und ergreifend aus der Flasche.
*Urteil LG Gießen vom 9.10.2009 (8 Ns - 501 Js 15915/06, mündlicher Vortrag)*

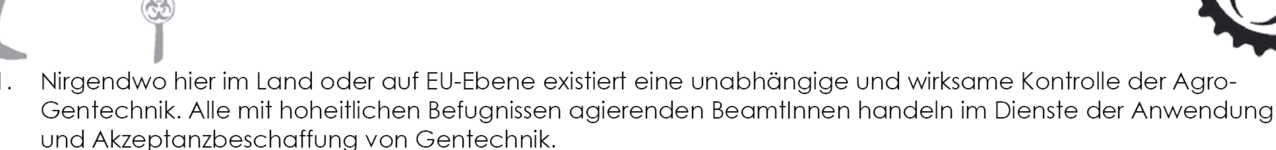
**Angesichts der Verfilzung von Behörden, Konzernen, Geldgebern und Forschung ...**

**Angesichts der selbstverstärkenden Dynamik biologischer Auskreuzung ...**

**Angesichts des sichtbaren Willens von Konzernen, Behörden und ForscherInnen, Auskreuzung schnell und umfassend herbeizuführen ...**

**Angesichts der Erfolglosigkeit von Appellen, Einwendungen und Klagen ...**

**... gibt es keine andere Chance, als den Schutz der Umwelt sowie das Recht unabhängiger Landwirtschaft und Produktauswahl selbst durchzusetzen.**



1. Nirgendwo hier im Land oder auf EU-Ebene existiert eine unabhängige und wirksame Kontrolle der Agro-Gentechnik. Alle mit hoheitlichen Befugnissen agierenden BeamtInnen handeln im Dienste der Anwendung und Akzeptanzbeschaffung von Gentechnik.
2. Für eine globale Auskreuzung gentechnisch veränderter Pflanzen genügen auch bei selbstbestäubenden Pflanzen kleine Versuchsfelder. Das bewies im Jahr 2006 der LL601-Reis. Er verbreitete sich von wenigen Versuchsfeldern in Nordamerika aus genauso weltweit in die Ladenregale wie 2009 die gv-Leinsaat.
3. Recherchen zu den Versuchsfeldern zeigen Schlampereien sowie zahlreiche unkontrollierte Freisetzungen von gv-Pflanzen. Trotz dieser Gefahren sind solche Felder mehrmals direkt neben Saatgutbanken angelegt worden, was bei Auskreuzung das Ende gentechnikfreien Saatgutes bedeuten könnte.
4. Bisher wurden alle Klagen gegen Versuchsfelder vom zuständigen Verwaltungsgericht Braunschweig unter Hinweis ausgerechnet auf die hochverfilzte „Zentrale Kommission für die Biologische Sicherheit" zurückgewiesen. 30.000 Unterschriften und Einwendungen haben in Gatersleben ein Genweizenfeld direkt neben der Saatgutbank nicht verhindern können.

## Direkte Aktion wirkt!

Das Genweizenfeld neben der Saatgutbank wurde durch eine mutige Feldbefreiung im April 2008 gestoppt - seitdem ist dort Ruhe (www.freiwillige-feldbefreiungen.de). Der massive Protest der Bevölkerung, insbesondere von BäuerInnen in Bayern hat die Gentechnik dort undurchsetzbar gemacht. Hessen ist durch örtlichen Bürgerprotest und zwei Feldbesetzungen im Jahr 2008 genfeldfrei geworden (www.gendreck-giessen.de.vu).

**Diese Erfolgsgeschichte muss 2010 ausgebaut werden.Jeder Quadratmeter kann angesichts der Dynamik von Auskreuzung zuviel sein. Darum gilt es: Gentechnik vom Acker jagen!**

Mehr Informationen zu Aktionen, Feldern und den fünf Hauptorten deutscher Agrogentechnik (siehe Karte rechts) auf

## www.gentech-weg.de.vu




Neben den 5 Hauptorten wird es Einzelfelder geben . Außerdem Institute, Universitäten und Firmen in der Gentechnik.

*Rechtsprechung geschieht im Dienste der Herrschenden und ist nie sicher vorhersehbar. Mehr zum Hintergrund auf der Internetseite!

Dieser Text stammt von www.gentech-weg.de.vu und kann dort unterzeichnet werden!

# Ticker Gentechnik & Gentechnik-Widerstand

## Neues vom Acker (machen)!

von FeldbefreierInnen & friends *(jb)*
c/o Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, 06401/903283
saasen@projektwerkstatt.de, www.gendreck-giessen.de.vu

**Spätsommer und Herbst haben Spuren hinterlassen in der Auseinandersetzung um die grüne Gentechnik. Die Nachrichten sind nicht rosig. Ganz verkürzt könnte mensch sagen: Die schlimmsten Befürchtungen werden wahr - und die Gentechniklobbyisten freuen sich über:**

- **Hereinprasselnde Nachrichten über Funde gentechnisch verunreinigten Saatgutes und Lebensmittel. Wenn alles verseucht ist, haben die Täter gewonnen.**
- **Immer härtere Strafen gegen GentechnikgegnerInnen, die nicht nur Postkarten unterschrieben, mit inzwischen vier Inhaftierungen und einem Abschreckungsurteil der politischen Justiz in Gießen gegen Aktivisten. Dreist: Der Richter dort stellte fest, dass Gentechnik nicht zu bremsen und nicht zu kontrollieren sei - und deshalb nicht mehr bekämpft werden dürfe!**
- **Immer neue Fördermillionen für Scheinforschungund erschreckend blinde Apparate in Umwelt- und Biolandbauverbänden, die selbst die Anlage von mehr Versuchsfeldern fordern, wenn sie denn nur als Sicherheitsforschung deklariert werden (was in Deutschland 2009 fast überall so war).**
- **Immer dreistere Forderungen der GentechnikmacherInnen. Der neueste Schrei: Die führenden Wissenschaftsinstitutionen des Landes fordern einen Freibrief für Genforschung (Abschaffung aller Kontrollen) bei gleichzeitiger Garantie, für alle Pannen und Auskreuzungen nicht haften zu müssen!**
- **Den Wechsel einer EFSA-Angehörigen zu Syngenta, also eine Firma, die sie vorher noch „kontrollieren" sollte. Und einen neuen Lobbyverband - gegründet von den RWTH-Seilschaften um Stefan Rauschen (Versuchsleiter Maisfeld Braunschweig): Das Forum Gen- und Biotechnologie, Träger von TransGen.**

**Wie immer also: Es werde Wut ... und dann Widerstand. Das nächste Frühjahr kommt bestimmt. Und auch eine schwarz-gelbe Regierung setzt diese Technik nicht durch, wenn der Widerstand stimmt. Die Hoffnung auf Parteien und verfilzte Behörden hat noch nie getragen. Die Entscheidung fällt auf Feldern und an Laboren.**

## Menschen können sie einsperren, Pollen nicht!

### Der autoritäre Staat zeigt Zähne

Als erster Feldbefreier wurde Bio-Imker Micha Grolm am 27. August ins Gefängnis Goldlauter (Suhl) gesperrt. Sein Vergehen: Zertreten von MON810-Mais, der zu dem Zeitpunkt schon verboten war. Am Dienstag, den 22. September, musste der zweite Feldbefreier seine Haftstrafe in der Justizvollzugsanstalt Kassel 1 antreten: Christian Pratz, Biolandwirt und Student in Witzenhausen, hatte ebenfalls gentechnisch veränderte Maispflanzen ausgerissen. Am 5. Oktober folgte dann Karl Braig. Auch er hatte Genmais ausgerissen und zog mit einer Protestkolonne ins Gefängnis Rottenburg/Neckar. Inzwischen ist auch er wieder entlassen. Ende Oktober ging Micha Grolm erneut ins Gefängnis - Strafhaft für die Feldbefreiung ´07!

- Berichte auf www.gendreck-weg.de

### Maulkorb-Prozess: Schrader, Schmidt und Rehberger wollen Kritik verbieten!

Nicht nur die Strafgerichte machen sich zu willigen Vollstreckern profitgeiler Forscher und Firmen. Zwei aktuell und eine ehemals wichtige Gestalt der Gentechnik-Szenerie in Deutschland klagen nun auch vor einem Zivilgericht in Saarbrücken. Das Ganze richtet sich gegen den Autor der Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit" mit dem Ziel, dass er seine Kritik an den Gentechnik-Seilschaften nicht mehr öffentlich sagen darf. Die Devise lautet also: Einsperren, mundtot und dann in aller Ruhe Kasse machen! 10 Tage Haft gegen den Broschürenautor sind schon verhängt! Das bevorstehende Verfahren wird anstrengend - aber es ist auch eine Chance. Denn das Gericht versucht zwar, unterwürfig die Interessen der Industrie und LobbyistInnen zu vertreten, hat aber dafür schon eine Rüge der nächsthöheren Instanz kassiert. Wahrscheinlich dauert das Verfahren mehrere Verhandlungstage. Der erste am 7.12. dauerte nur 30 Sekunden - dann führte ein Befangenheitsantrag zur Vertagung. Was soll verboten werden?

1. Die Broschüre: www.projektwerkstatt.de/gen/filz/brosch.pdf
2. Die Seite www.biotech-seilschaften.de.vu

Die bisherigen Abläufe zum Verfahren, Schriftwechsel usw. stehen unter www.projektwerkstatt.de/gen/filz_brosch.htm.

7.12. vor dem Landgericht Saarbrücken

### Abschreckungsurteil in Gießen: Erstmals lange Haftstrafen für Gentechnikgegner!

Jetzt ist auch die Berufung (2. Instanz) gegen zwei Genfeldbefreier in Gießen abgeschlossen. Beendet ist damit das Ganze aber nicht, denn die erneut zu Haftstrafen von vier bzw. sechs Monaten Verurteilten gehen in Revision. Hauptgrund: Der Streit um den § 34 StGB, auf dessen rechtfertigenden Notstand sie sich beriefen. Das Urteil bot neben der bekannten Neigung von Richtern, keine Lücken ihrer gesetzlichen Allmacht zuzulassen und folglich die Existenz oder Wirksamkeit des § 34 weitgehend zu leugnen, eine faustdicke Überraschung. Richter Nink urteilte nach 8 heftig umkämpften Verhandlungstagen, dass Widerstand gegen die grüne Gentechnik nicht zulässig sei, weil er nicht erfolgversprechend ist. Grund: Die hochgefährliche Gentechnik sei bereits außer Kontrolle und breite sich unwiderruflich überall aus: „Der Geist ist aus der Flasche" sagte er wörtlich, bescheinigte dem am 2.6.2006 angegriffenen Gengerstefeld der Uni, skandalös schlampig organisiert worden zu sein und gab Hinweise, dass die dreisten Fälschungen und Schlampigkeiten der Versuchsleitung (Prof. Kogel und Team) auch Gegenstand von Wirtschaftsstrafverfahren oder Untersuchungsausschüssen sein könnten. Doch das hielt ihn nicht davon ab, die Überbringer der schlechten Nachrichten hart zu bestrafen. Er verurteilte die Aktivisten, obwohl sie sich - um Gegensatz zum Richter und den SchöffInnen - gegen das, was der Richter selbst für gefährlich einstufte, gewehrt hatten. Mit diesem Urteil dürfte der Richter der Gentechnik-Industrie einen großen Gefallen getan haben, da deren Strategie, die unerwünschte Technik durch unkontrollierte Anwendung faktisch durchzusetzen, aufgehen könnte. Eher ins Gruselkabinett und in Kategorie eiteIkeitsgekränkter Richterlichkeit gehörte die Begründung für meine besonders hohe Bestrafung. Intensiv hatte ein Angeklag-

ter die Hintergründe der Gentechnik und die Rolle des Staates bei der Durchsetzung von Macht- und Profitinteressen aufgedeckt. Kritik an der bürgerlichen Rechtsordnung aber müsse bestraft werden, befand der Richter und erhöhte deswegen dessen Strafmaß um zwei Monate. Für insgesamt sechs Monate soll einer der beiden nun hinter Gitter (ohne Bewährung selbstverständlich), weil ich ein - auch in den Augen des Richters - gefährliches, rechtswidriges und schlampig geführtes Genversuchsfeld attackiert hatte.

- www.projektwerkstatt.de/gen/prozess.htm

**Servicetipp:** Für alle, die wegen Aktionen gegen die Gentechnik angeklagt werden, wurden etliche der bisher gestellten Anträge vor Gericht dokumentiert. Sie können als PDF aufgerufen werden. Wer will, kann daraus eigene Anträge formen, Passagen entnehmen, umbauen usw. Siehe: www.projektwerkstatt.de/gen/prozesse/lesefenster/antrag.html.

## Pollen gelangen überall hin!

Während die Menschen hinter Gitter gesteckt werden, jagt eine schlechte Nachricht die andere. Die längst unkontrollierbar gewordenen Gentechnik erreicht immer mehr Lebensmittel und Saatguthändler. Was in Süd-, Nordamerika und Teilen von Asien schon Alltag ist, droht jetzt auch Europa: Gentechnikfreiheit wird zum Gegenstand der Geschichtsschreibung. Schuld daran ist nicht hauptsächlich, aber auch eine absurde Propaganda vieler gentechnikkritischer Verbände, mensch könne durch die Wahl der richtigen Produkte im Laden die Auskreuzung eindämmen.

- Schlechte Nachrichten von der Auskreuzung: www.projektwerkstatt.de/gen/koexistenz.htm

**Spruch von Kurt Tucholsky: „Im übrigen gilt ja hier derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als der, der den Schmutz macht.“**

## Kommentar: Die Strategie der glücklichen Insel war und ist dumm!

*Ob Umwelt- oder Biolandbauverbände, Grüne oder viele weitere - in der Hauptsache beschränken sich ihre Vorschläge zur Verhinderung der Agrogentechnik auf das richtige Kaufverhalten oder auf solche politischen Entscheidungen, die das Kaufverhalten beeinflussen. Klarer Spitzenreiter der Hitliste politischer Vorschläge: Die Kennzeichnung. Dann könne sich der Verbraucher, so die Behauptung, entscheiden, ob er/sie gentechnikfrei leben will oder nicht. Gleichzeitig war von den genannten Verbänden und Parteien dort, wo die deutschen Genfelder des Jahres 2009 standen, nicht oder fast nichts zu sehen.*

*Diese strategische Entscheidung ist fatal und ein Teil des Problems. Es wird Zeit, dass die Bio-Tomaten von den Augen fallen und die einschläfernden Illusionen der Grünen, Umwelt- und Biolandbauverbände platzen. Denn die Gentechnik ist etwas, was sich von selbst auskreuzt - und zwar unaufhaltsam überall hin, solange es die Quellen gibt. Die Ausbreitung der gentechnisch veränderten Pflanzen kann also nur verhindert werden, wenn die Quellen gestoppt werden: Die Felder mit gv-Pflanzen oder, noch einen Schritt vorher, die Labore und Firmen, die solche Pflanzen entwickeln, sowie die staatlichen Förderprogramme, deren Millionen das alles erst provozieren. Solange sie bestehen, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die gv-Bestandteile in den Regalen ankommen - egal ob Supermarkt oder Bioladen. Werden Produkte gekennzeichnet, aber die Felder belassen, so ist die Kennzeichnung nicht als die Suggestion einer Wirkung, die Schaffung einer Wohlfühlzone scheinbarer Idylle. Sie mutiert zur gefährlichen Beruhigungspille und trägt dazu bei, dass die 80 Prozent GentechnikgegnerInnen ruhig und abwartend das totale Desaster, nämlich die Auskreuzung der gv-Pflanzen in alle Ecken der Welt hinnehmen.*

*Übrigens: Das bewusste Einkaufen beim Bauernhof, im Bioladen oder in anderer politisch überlegter Weise bleibt dennoch wichtig. Es hilft, selbstbestimmte Wirtschaftsweisen zu erhalten, Spritzmittel zu reduzieren und den Boden zu schützen. Nur gegen Gentechnik hilft es wenig.*

### Andersrum, gleiches Ziel: Ermittlungen gegen Gentech-Seilschaften eingestellt!

Das Strafverfahren gegen Inge Broer, Kerstin Schmidt, Karl-Heinz Kogel und andere wegen Anlage eines illegalen Genfeldes wurde eingestellt. Grund: Die Behörden hätten das ja richtig gefunden - da können den armen „ForscherInnen“ ja kein Vorwurf gemacht werden (das Schreiben unter www.projektwerkstatt.de/gen/2009/grl/sta091103einst_feld2.pdf.

## Rezensionen

Bo Hanus
**Wie nutze ich Solar- & Windenergie in der Freizeit und im Hobby?**
(2007, Franzis Verlag in Poing, 128 S., 14,95 €)
Ein praktisches Buch für viele Kleinanwendungen. Anschaulich wird dabei auch der Selbstbau beschrieben, der Einsatz von Akkus, Überlegungen zur Größe der Module oder passender Windräder - das ist wirklich praktisch aufgebaut und so gut nutzbar für Kleingeräte im Garten, unterwegs oder auf dem Wasser. Das dargestellte Wissen dürfte auch über den Hobbybereich hinaus übertragbar sein - Soundsysteme oder stromquellenunabhängig eingesetztes Werkzeug, Computer und mehr sind genauso mit Solar- oder Windstrom zu versorgen wie Kühlboxen oder Ventilatoren.

Ulrich E. Stempel
**Thermische Solaranlagen**
(2007, Franzis Verlag in Poing, 126 S., 14,95 €)
Die Debatte um Ökostrom und den Ausstieg aus den Atomkraftwerken dominiert die Energiedebatte - mehr Energie aber lässt sich weiterhin aus thermischen Solaranlagen gewinnen, jedenfalls auf dem Hausdach. Die Sonne heizt dann das Brauchwasser, also zum Duschen, (Ab-)Waschen usw. Der Heizkessel kann viele Monate ausgeschaltet oder, bei besonders energieeffizienten Bauten, abgeschafft werden. Wie eine solche Anlage aussehen kann, welche Varianten es gibt und wie sie selbst zu planen und zu bauen sind - das beschreibt das Buch in anschaulicher Form.

Bernd Thomas
**mini-blockheizkraftwerke**
(2007, Vogel Buchverlag in Würzburg, 294 S. 29,80 €)
Das ist ein Buch für ExpertInnen, also diejenigen, die sich nicht nur über Einsatzgebiete und Möglichkeiten informieren, sondern kleine Blockheizkraftwerke auch selbst auswählen, die Infrastruktur vorbereiten und einbauen wollen. In etlichen Schaubildern und Fotos liefert es das nötige Wissen anschaulich und präzise. Einige BHKW-Typen werden vorgestellt und verglichen.

Bernd Busch
**Jetzt ist die Landschaft ein Katalog voller Wörter**
(2007, Wallstein Verlag in Göttingen, 160 S., 10 €)
Die „Sprache der Ökologie“ wird unter die Lupe genommen, denn sie ich von kultureller Grammatik durchzogen. Was alles unter „ökologisch“ zu verstehen ist, lässt sich kaum in einem Kapitel zusammentragen - der Versuch ist im Buch zu finden. Wer definiert was als „Naturkatastrophe“, was ist überhaupt „natürlich“? All das ist von Geschichtsschreibung, gesellschaftlichen Diskursen und Traditionen abhängig. Ein schönes Lesebuch für alle, die eintauchen wollen in das Kulturelle der „Natur“ (was auch immer das ist).




Rainer Brämer
**Natur obskur**
(2006, Ökom in München, 182 S., 19, 80 €)
Als „Jugendreport Natur '06“ wird das Werk im Text selbst bezeichnet - und in der Tat versucht der Autor, das Verhältnis von jungen Menschen zur Natur anhand von etlichen Parametern darzustellen. Grundlage dafür war eine umfangreiche Befragung von über 2.200 Jugendlichen. Das Ergebnis ist deutlich: Die Entfremdung ist stark fortgeschritten, Natur wird zum einen im virtuellen Raum der High-Tech-Gesellschaft wahrgenommen, zum anderen aber stark romantisiert, weil ein eigenes Naturerleben fehlt.

Uta Eser/Albrecht Müller
**Umweltkonflikte verstehen und bewerten**
(2006, ökom in München, 200 S., 31,80 €)
Das Buch hält mehr als es verspricht - jedenfalls wenn es nach dem Titel geht. Der Untertitel ist passender: Es geht um die Formen und inhaltlichen Stränge der Urteilsbildung im Natur- und Umweltschutz. Von welchen Leitbildern lassen sich BefürworterInnen und GegnerInnen der Eingriffe in die Landschaft oder die UmweltschützerInnen leiten? Eine zentrale Rolle spielen die Fallbeispiele, bei denen Konflikte entstehen, weil schwer vereinbare Blickwinkel aufeinandertreffen, die beide mit ökologischen Mustern argumentieren: Windenergie contra Artenschutz, Pflege oder Naturdynamik in Naturschutzgebieten usw. Lesenswert, leider recht teuer.

Wolfgang Pomrehn
**Heisse Zeiten**
(2007, Papyrossa in Köln, 236 S., 16,90 €)
Eine Fleißarbeit: Der Autor hat die wesentlichen Diskussionen und Informationen zum Klimawandel und den politischen Debatten zum Klimaschutz zusammengetragen. So entstand ein Buch, dass als Einstiegslektüre geeignet ist. Politisch ist das Buch eher enttäuschend. Wie seit Jahren in seinen Beiträgen in der Tageszeitung „Junge Welt“ zeigt auch das Buch den Autor unengagiert. Radikalere Positionen in den Debatten um Klimaschutz, die emanzipatorische Kritik an Zertifikatehandel usw. hat er im Buch gar nicht erst benannt. Stattdessen bekräftigt er ungeniert seine ökoneoliberale Gesinnung: „Die Idee des Emissionshandels hört sich in der Theorie ganz gut an“ (S. 152). *jb*

## Feldpost

Die Hochburgen der grünen Gentechnik sind ständig in Bewegungen. Der Widerstand spielt eine unterschiedliche Rolle, während die ständige Hatz nach Geldquellen und sicheren Flächen immer neue Konstellationen bewirken.

- Die wichtigste Neuerung des Herbstes ist der Vertrag zwischen den IPK- und den BioTechFarm-Kreisen: Gatersleben goes Üplingen - und umgekehrt. Fortan wollen sich die beiden Seilschaftenknotenpunkte die Arbeit teilen. Labore und Gewächshäuser werden in Gatersleben genutzt, die Felder kommen nach Üplingen. Der dortige Gemeinderat hat sich mehrheitlich gegen die Gentechnikhochburg ausgesprochen. Aber demokratische Entscheidungen interessieren in einer Demokratie nur, wenn sie den Mächtigen nützen. Der Bürgermeister kungelt einfach weiter beherzt mit den Gentechnik-Seilschaften. Mehr zu Üplingen und den Aktivitäten in der Börde: www.biogeldfarm.de.vu.
- Etwas krude verlief die Auseinandersetzung um die Kündigung der Pachtverträge für Teile der Versuchsfelder in Sagerheide. Der Gemeinderat von Thulendorf hatte einstimmig beschlossen, die Verträge zu kündigen, allerdings verzögerte sich die Umsetzung. Probleme gab es im zuständigen Amt Carbäk - deren Chef ist SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzender und Befürworter des Gentechnikstandortes. Formal können die Firmengeflechte um die Vielfachgeschäftsführerin Kerstin Schmidt und die Uni-Professorin Inge Broer daher die Flächen auch 2010 noch nutzen. Verhindern könnte das ein deutlicher Widerstand vor allem aus der Region. Infoseite zur Gentechnik nahe Rostock: www.aggrobiotechnikum.de.vu.
- Die KWS baut in Einbeck neue Gentechniklaboratorien. Ihre Versuchsfelder hatte sie aber 2009 ausschließlich in Sachsen-Anhalt verteilt (Infos: www.kws-gentechnikfrei.de). Ähnliches gilt für die BASF. Deren Gentechnikschmiede bleibt das Agrarzentrum Limburgerhof. Die Felder aber waren auch 2009 vor allem in Mecklenburg-Vorpommern zu finden.
- Nach dem illegalen Zweitfeld der Universität Gießen für Gengerste in Sagerheide (siehe www.projektwerkstatt.de/gen/sonder_gerste09.htm) hat es offenbar auch auf der BioTechFarm ein illegales Genfeld gegeben. Jedenfalls berichtet das die gentechnikfreundliche „Welt" am 22.9.2009 - allerdings mehr oder weniger aus Versehen. In einem peinlichen Jubelartikel über einen Busausflug zum Gentechnik-Streichelzoo wird erwähnt, wie die BesucherInnen staunend vor dem gezeigten MON810-Mais stehen. Der aber war 2009 verboten.

## Rückblick: Aktionstage gegen die Gentechnik-Seilschaften

Vom 6. bis 16. September fanden in etlichen Orten nahe der beiden Versuchsfeld-Hochburgen in Deutschland etliche Vorträge und Diskussionsveranstaltungen, Filme und mehr statt.

Am Sonntag, den 6.9., liefen am Lindenhof (Eilum östlich Braunschweig) und in der Bördegärtnerei (Erxleben) Hoffeste mit Informationsständen und Infos zu den Gentechnik-Seilschaften. Den dazupassenden Vortrag in Eilum verfolgten 80 ZuschauerInnen. Tags drauf verteilten AktivistInnen Informationsmaterial an die Gäste des InnoPlanta-Treffens in Üplingen. Ein Großaufgebot der Polizei schützte die Seilschaften und die direkt daneben liegende BioTechFarm.

Noch am Abend sowie am Folgetag war der Vortrag „Monsanto auf Deutsch - Seilschaften deutscher Gentechnik„ in Dreileben und Warsleben zu sehen. Aktuell konnte von den Ergebnissen des InnoPlanta-Forums berichtet werden, auf dem unter anderem die Verträge zum Umzug der Freisetzungsforschung von Gatersleben nach Üplingen unterzeichnet wurden. Das war vor allem für die anwesenden AnwohnerInnen und Gemeindevertreter aus Ausleben wichtig - hier dürften keine Zweifel mehr bestehen, dass der Ort zum Top-Gentechnikstandort ausgebaut werden soll. Die Mehrheit der Gemeindevertretung hatte sich dagegen ausgesprochen, wird aber nicht beachtet.

Parallel gab es in Magdeburg Filmvorführungen sowie am 9.9. auch hier den Vortrag. Dramatischer verlief der 10.9. in Gatersleben. Der dort angesetzte Vortrag musste abgesagt werden ... plötzlich entschloss sich der Gastwirt, die Raumzusage zurückzuziehen - angeblich wegen Bauarbeiten. Aber das ist typisch für die Seilschaften: Ausladungen von Tagungen, Verbotsverfügungen per Gericht gegen kritische Wort und Verhindern unerwünschter Veranstaltungen - die wissen selbst, dass sie einiges zu verbergen haben! Aufgrund der Absage fand eine Mini-Demonstration in Gatersleben statt, so dass BesucherInnen der Veranstaltung erfuhren, was geschehen war.

Vom 10. bis 15.9. liefen in Berlin zu mehreren kleinen Aktionen, Workshops und Vorträge. Höhepunkt war die Blockade des BMBF. Die hielt immerhin einen Tag lang und fand darüber den Weg in einige Medien. Zwischen den BlockererInnen und dem BMBF fand Ende November ein Gespräch zum Thema stattt.

Am 12.9. ging es dann in und um Rostock los - mit einem Infostand beim Wochenmarkt und dem Hoffest auf dem Ulenkrug. AnwohnerInnen der Versuchsfelder hatten für den 13. (Sonntag) in ihren Garten eingeladen - bei Kaffee, Kuchen, Bio-Getränken der Stralsunder Brauerei (als Beitrag zu den Aktionen gegen Gentechnik) und einem spannenden Vortrag von Christiane Lüst über Menschenrechtsverletzungen durch die Grüne Gentechnik. Gut bewacht war das Ganze, ebenso wie die Folgetage, von der uniformierten Polizei und dem Rostocker Staatsschutz. Letzterer ließ sich dann am Montagabend zum Vortrag über Gentechnik-Seilschaften einladen - welch Erkenntnisse die beiden Herren auch immer darüber gewonnen haben, wer hier kriminell handelt ... Mit einer kleinen Diskussionsveranstaltung am 15.9. in Rostock ging die Veranstaltungsreihe zuende.

- Berichte: http://gentechfilz.blogsport.de



Blockadeaktion am Bundesministerium für Bildung und Forschung – 24h war der Eingang dicht!

## An der Quelle stoppen! Firmen, Labore, Geldgeber und die Felder

Wegen der hohen Auskreuzung bei gentechnisch veränderten Organismen reicht das bewusste Einkaufen nicht aus. Die Gentechnik wird unweigerlich selbst in den Bioprodukten ankommen, solange nicht die Quellen der Auskreuzung wirksamer bekämpft werden. Doch an den Versuchsfeldern herrscht zuviel Zurückhaltung der sonst mit der Gentechnikkritik auf Spenden- oder Wählerjagd befindlichen Verbände und Parteien. Das muss sich ändern, sonst werden Protestpostkarten und -mausklicks schnell ihren Sinn verlieren.

Bislang sind vor allem selbstorganisierte AktivistInnen dort aktiv, wo die Gentechnik-Seilschaften agieren. Jetzt werden die nächsten Versuchsfelder geplant, beantragt und der große Kuchen mit Fördermillionen verteilt. Einmischen ist angesagt - bei den Ministerien des Bundes und der Länder, bei den landwirt-

schaftlichen Fachanstalten und dem Forschungszentrum Jülich als Geldvergabestelle der Sicherheitsforschung. Die Firmenstandorte in Stade, Düsseldorf, Leverkusen, Northeim /Dreileben und Limburgerhof sind wichtig, ebenso die Gentechnikuniversitäten Aachen, Gießen, Rostock und andere. Kleinstfirmen und Agenturen wie Genius (Darmstadt), Biovativ und BioOK (Groß Lüsewitz), BioTechFarm (Üplingen) und TransGen (Aachen) gehören zu den Knotenpunkten des engen Netzes grüner Gentechnik. Kristallisationspunkt bleiben die Felder, zu erwarten 2010 auf jeden Fall wieder in Braunschweig, Sagerheide (östlich Rostock) und Üplingen (Börde), dazu die KWS-Flächen voraussichtlich auch in der Börde (z.B. Dreileben) und von BASF, Pioneer und Monsanto an etlichen Orten des Landes. BASF will die Amflora-Kartoffel auf viele Felder ziehen. Wenn sich nicht Menschen in den Weg stellen - wortwörtlich vor allem!

- Aktionsseite: www.gentech-weg.de.vu

## Neue Materialien und Spendenaufruf

**Bereits 3. Auflage vom Reader „Organisierte Unverantwortlichkeit“ erschienen!**

81.000mal wurde sie schon gedruckt und fast vollständig verteilt - über Naturkostläden, Initiativen und sowie rund um die Hochburgen der Seilschaften. Veranstaltungen und Berichte in mehreren Zeitschriften verstärken die Wirkung. Es wird nicht lange dauern, bis das Heft vergriffen ist. Wegen des laufenden Rechtsstreits und Versuchs der Seilschaften, die Kritik an ihren Machenschaften zu verbieten, bildet sich ein HerausgeberInnenkreis für die dritte Auflage.

Für die Finanzierung hoffen die neuen HerausgeberInnen auf weitere Spenden. Durch den bisherigen Spendeneingang konnte die erste Auflage und ein Teil der zweiten Auflage inzwischen vollständig bezahlt werden. Das ist gut und macht den Mut, einen dritten Druck zu wagen.

- Bestellen? www.aktionsversand.de.vu oder 06401/90328-3, Fax -5.
- Download: www.projektwerkstatt.de/gen/filz/brosch.pdf

**Wer kann noch etwas zur Finanzierung der 3. Auflage beitragen? Konto „Spenden & Aktionen“ mit Stichwort „Biotech-Seilschaften“, Nr. 92881806, Volksbank Mittelhessen, BLZ 51390000**

**Neue Kalendarien für Fotokalender „Genfelder befreien!“**

Habt Ihr den großen Wandkalender mit den beeindruckenden Fotos von Feldbesetzungen und Feldbefreiungen? Oder wisst Ihr, wo so einer hängt? Der muss nicht eingemottet werden, denn es gibt ein neues Kalendarium zum Überkleben! Es kann heruntergeladen und ausgedruckt werden über die Internetseite von www.aktionsversand.de.vu. Und wer den Kalender noch nicht hat, kann ihn dort auch noch bestellen ... für nur noch 5 €.

**Newsletter abonnieren!**

Wer sicher sein will, aktuelle Infos zu erhalten, sollte sich in die Mailingliste eintragen unter www.gendreck-giessen.de.vu oder von der einzutragenden Adresse aus mit leerer Mail: agrogentech-subscribe@yahoogroups.de.

Kontakt & ReferentInnenanfragen: Projektwerkstatt, 06401/90328-3, Fax -5, saasen@projektwerkstatt.de

## Vortragsangebot

Auch 2010 soll es in möglichst vielen Orten an möglichst vielen Abenden wieder heißen: „Monsanto auf Deutsch“. Wer hat Lust, eine Abendveranstaltung zu organisieren? Inzwischen stehen mehrere ReferentInnen bereits - es kann also geplant werden ... auch wenn der eine oder die andere ReferentIn vielleicht mal zwangspausieren muss (Knast).




- www.vortragsangebote.de.vu

Friedrich Fischer/Achim Lack
**Biokraftstoffe**
(2007, Vogel Buchverlag in Würzburg, 204 S., 24,80 €)
Ein Buch für alle, die die technischen Möglichkeiten des Einsatzes pflanzlicher Kraftstoffe in LKW und PKW sowie die Potentiale des Anbaus kennen wollen. Bis hin zum Umbau von Motoren ist alles präzise beschrieben - verbunden dennoch mit der Warnung davor, einfach selbst Fahrzeuge zu manipulieren. Die verschiedenen Pflanzenarten und die Herstellungsprozesse sind beschrieben. Die Gefahren z.B. durch den Anbau in Monokulturen werden zwar erwähnt, aber etwas leichtfertig abgetan. Dass ausgerechnet Afrika als Rechenbeispiel für den großflächigen Anbau von Palmölplantagen herhalten muss, zeigt verstecktes kolonialistisches Denken: Dort, wo Menschen hungern, weil die Flächen für Exportwaren erobert wurden, soll nun die nächste Anbauwelle folgen?




Martin Khor u.a.
**Klima der Gerechtigkeit**
(2007, VSA-Verlag in Hamburg, 191 S. plus DVD, 12,80 €)
Alte Männer (und wenige Frauen) halten der Reden, (meist junge) Namenlose tanzen auf der Straße. Transparente zeigen Verbandsnamen. So präsentiert sich der von großen NGOs, staatlichen Instituten und Parteistiftungen organisierte größte deutsche Umweltkongress McPlanet auf der Höhe der Zeit. Starredner: Klaus Töpfer - vor nicht allzu langer Zeit noch wohlbegründet Zielscheibe etlicher Kritik, als er als Umweltminister eine klimafeindliche Politik mittrug. Heute wird er hofiert und vom Publikum auf Umweltkongressen frenetisch gefeiert. The times they're changing ... So kann dieses Buch plus DVD, mit dem der McPlanet 2007 dokumentiert wird, wärmstens empfohlen werden - als Beweis, wie leer alles geworfen ist. Wegweisend die Antwort Sven Giegolds auf die Frage, ob seine unklaren Vorschläge vom Erfolg gekrönt sein werden: „Ich weiß es nicht“ (S. 170). Es könnte auch die Antwort auf seine Kapitelüberschrift sein: „Brauchen wir eine Revolution?“




Marc Engelhardt/Markus Steigenberger
**Klima-Countdown**
(2008, Schmetterling Verlag in Stuttgart, 123 S.)
Kein Fachbuch, sondern eine Sammlung von Reportagen - daher leicht zu lesen, mitreißend und beklemmend. Schlaglichtartig werden die Folgen des Klimawandels beschrieben, von der boomenden Malaria bis zur ausgedorrten Erde. Wem noch Sensibilität für Klimafragen fehlt, dem sei das Buch empfohlen. Perspektiven sind hingegen eher nur am Rande zu finden. Und sie bleiben im üblichen Rahmen. Emanzipatorische Perspektiven enthält das Buch nicht, stattdessen die übliche öko-autoritäre Propaganda, die in den NGOs vorherrscht. Danach „ist das Ordnungsrecht nicht der schlechteste Teil der Umweltgesetzgebung“ (S. 122)

Martin Oldiges (Hrsg.)
**Immissionsschutz durch Emissionshandel - eine Zwischenbilanz**
(2007, Nomos in Baden-Baden, 281 S., 49 €)
Anfangs war es noch der Streit um den Emissionshandel: Darf Luft handelbar werden? Inzwischen ist die Debatte zu einem ExpertInnenstreit um die besten Modelle des Handels geworden. Kritik wird vor allem dann laut, wenn der Handel nicht richtig zu funktionieren scheint, wenn Konzerne zu stark be- oder entlastet werden. Die Überschrift „Von der Notlösung zum Hoffnungsträger“ (S. 19) deutet diesen Wandel auch an, der im vorliegenden Band nachvollzogen wird. Dokumentiert ist eine Tagung im Jahr 2006, auf der verschiedene ReferentInnen die bisherigen Erfahrungen auswerten. Das Prägende ist die Einigkeit: Selbst in der abgedruckten Stellungnahme des BUND finden sich nur Kleinklein-Verbesserungsvorschläge innerhalb des offenbar allgemein akzeptierten Systems einer marktwirtschaftlichen Lösung von Klimaproblemen. Das Buch dokumentiert diese Lage der Dinge gut und ist daher wertvoll - auch später einmal bei der Suche nach den Gründen, warum das mit dem Klimaschutz nicht geklappt hat.

Bernhard Mühlbauer
**Emissionshandel - System und öffentlich-rechtlicher Rechtsschutz**
(2008, Nomos in Baden-Baden, 287 S., 63 €)
Eine wissenschaftliche Arbeit über die Tiefen und Untiefen des Rechtssystems hinter dem Zertifikatehandel, der angeblich dem Klimaschutz dienen soll. Immerhin wird sofort erkennbar, was oft verkannt wird: Neoliberalismus, also die totale Verwertung aller Lebensgüter, ist eine rechtsstaatliche Angelegenheit - und nicht etwa ein Marktmechanismus, der Regulierung beendet. Tatsächlich sind es neue und viele Regeln, nur andere. Wer die durchschauen will, ist mit dem Buch gut bedient. Es ist eine Fleißarbeit - aber ohne politische Analyse. Am Ende steht ein kleiner Ausblick, wie es weitergehen könnte mit dem Recht. *jb*





# Thesen zu Protest und Widerstand gegen die Agro-Gentechnik in Deutschland

**Verfasst in der Projektwerkstatt Saasen (unter Einfluss und Ergänzungen verschiedener AkteurInnen), 26.11.2009**

**These 1: Die Ausbreitung der gv-Bestandteile ist ein selbständiger, sich beschleunigender Prozess auf biologischer Grundlage. Für eine globale Auskreuzung reichen kleine Felder, z.B. Versuchsfelder oder Blumenkästen. Das haben der LL601-Reis, der wie Weizen und Gerste ein Selbstbestäuber ist, und die gv-Leinsaat bewiesen. Der horizontale Gentransfer durchbricht zudem die Grenzen von Arten und Gattungen.**
Es ist daher falsch, ...

- die Ausbreitung der gv-Bestandteile durch Maßnahmen allein „end-of-the-pipe„, d.h. am Ende der Produktionskette, stoppen zu wollen.
- auch nur kleine Felder, z.B. die Freisetzungsversuche, in der freien Landschaft zu akzeptieren. Für die Sicherung gentechnikfreier Landwirtschaft und Lebensmittel sind diese bereits zuviel.
- die Illusion einer Gentechnikfreiheit zu nähren. Es gibt keine gentechnikfreien Inseln in einer der GVO-einsetzenden Landwirtschaft. Solange nicht die Quelle der Auskreuzung gestoppt wird. Die Kennzeichnung „ohne Gentechnik" verschleiert die tatsächlichen Gefahren, lenkt von anderen wichtigen Zielen eines bewussten Konsums ab und beruhigt, statt zum Handeln anzuregen.

Stattdessen ist nötig, ...

- die Quellen der GVO-Ausbreitung zu schließen, d.h. die Ausbringung von GVO vor Ort unmöglich zu machen - und zwar schnell. Ziel für 2010 muss sein, sämtliche GVO-Ausbringungen zu verhindern.
- die Wahrheit über den selbsttragenden und sich beschleunigenden Prozess der Auskreuzung zu verbreiten, Illusionen zu verhindern: Jede Strategie, die nicht das Ende der Ausbreitungsquellen erreichen kann oder will, ist angesichts der biologischen Logik von Auskreuzung und horizontalem Gentransfer zum Scheitern verurteilt.
- den horizontale Gentransfer, lange wider besseren Wissens ignoriert, als Faktum anzuerkennen und eine Ausbreitung gentechnischer Veränderungen auch über Artgrenzen hinweg als unkontrollierbar darzustellen.

Konkrete Vorschläge für Aktionen und Strategien:

- Beendigung aller Kampagne(n), die mittels Kennzeichnung „Ohne Gentechnik" oder anderer Mittel die Illusion fördern, Gentechnikfreiheit sei ohne Schließen der Ausbreitungsquellen zu garantieren
- Start einer Kampagne gegen die Quellen der Gentechnik (Tipps auf Packungen usw.)
- Beratungstreffen, Seminare und Trainings zur Vorbereitung auf die Phase vor und während der Aussaat
- Bildung offener und handlungsorientierter Bündnisse an den Freisetzungsstandorten, im besonderen und mit Unterstützung überregionaler Bewegungsapparate an den Hauptstandorten Groß Lüsewitz/Sagerheide und Börde (Üplingen, Gatersleben, Dreileben usw.)

**These 2: Die sogenannte Sicherheitsforschung ist ein Deckmantel, unter dem Produkt- und Methodenentwicklung, Firmenaufbau, Propaganda und die Verbreitung der Kontaminationsquellen vorangetrieben werden.**
Es ist daher falsch, ...

- selbst den Ausbau der Sicherheitsforschung zu fordern oder auch nur den Fortbestand zu akzeptieren. Denn Sicherheitsforschung ist fast synonym für deutsche Gentechnikfelder, d.h. wer Sicherheitsforschung will, will Agro-Gentechnik.
- eine Abstufung der Gefährdungspotentiale von kommerziellem und Versuchsanbau zu schaffen.

Stattdessen ist nötig, ...

- die aktuelle Gentechnikforschung zu demaskieren und ihre tatsächlichen Ziele öffentlich zu machen.
- jede Form der Ausbringung von sowie der Forschung an und der Investitionen in GVO abzulehnen - zumindest unter den heutigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Erzwingung von Macht- und Profitorientierung in jeder technischen Entwicklung und wirtschaftlichen Tätigkeit. Die wissenschaftlichen Grundlagen dieser Technologie sind veraltet; die bekannten Risiken auf allen Ebenen rechtfertigen keinen weiteren Einsatz dafür - zumal gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der Menschen.
- die eingesparten Mittel für die Weiterentwicklung umweltschonender und selbstbestimmter Landwirtschaft nach den Bedürfnissen der Menschen in den jeweiligen Teilen der Welt einzusetzen. Jede Form von Kontrolle und Bevormundung widerspricht einer emanzipatorischen Landwirtschaftspolitik.

Konkrete Vorschläge für Aktionen und Strategien:

- Entwicklung von Ideen und Vorbereitung für Aktionen an den Schwerpunktorten der sogenannten Sicherheitsforschung für das Frühjahr 2010 mit dem klaren Ziel der Verhinderung der Aussaat (wie zu 1.)
- Öffentliche Ankündigungen zu den Aktionen, vorbereitenden Pressearbeit, Veranstaltungen usw.

**These 3: Macht- und Profitorientierung dürfen nicht länger als Selbstverständlichkeiten vorausgesetzt, akzeptiert und damit ausgeblendet werden.**
Die Fokussierung wirtschaftlicher Tätigkeit und - allgemeiner - des Lebens mit seiner sozialen Organisierung auf die Ziele von Machtausbau, -stabilisierung (Kontrolle) und Profitmaximierung ist nicht durch die Gentechnik erfunden worden, prägt aber auch diese. Menschliche Bedürfnisse spielen immer nur soweit eine Rolle, wie sie zur Machtsicherung und Gewinnerzielung nützlich sind. Elend, Unfreiheit und Raubbau an den natürlich sind gleichgültig oder werden, wenn für diese Ziele förderlich, akzeptiert oder sogar gezielt geschaffen. Dieser menschenfeindlichen Orientierung gesellschaftlichen Geschehens wird selten Widerstand entgegengebracht, weil sie als Alltagserscheinung kaum noch bewusst wahrgenommen wird.
Es ist daher falsch, ...

- die Kritik an der Gentechnik auf Aussagen zur Technik und deren Folgen selbst zu beschränken.
- das Gefälle an Gestaltungsmacht bei politischen Entscheidungen, Festlegung von Regeln, Vergabe gesellschaftlicher Ressourcen und Steuerung öffentlicher Wahrnehmung nicht als immanenten Teil eines jeden sozialen Prozesses zu begreifen.
- die Kritik auf das Detail zu beschränken und damit unsichtbar zu machen, dass übergreifende Prinzipien auch in jedem Detail zur Wirkung kommen und dort emanzipatorische Lösungen verunmöglichen.
- bei der Erarbeitung von Lösungen ausgerechnet auf die Mechanismen sozialer Steuerung zurückgreifen zu wollen, die das Machtgefälle hervorrufen oder absichern sollen. Es ist zu wenig, wenn gesellschaftliche AkteurInnen bei der Erarbeitung von Lösungen ausschließlich oder vorwiegend auf politische oder wirtschaftliche „Verantwortungsträger" setzen, deren Macht in hohem Maß vom Erhalt der Machtstrukturen abhängt.

Stattdessen ist nötig, ...

- die Antriebskräfte des Raubbaus an Mensch und Natur zu benennen, zu kritisieren und ihre Überwindung einzufordern bzw. anzustreben.
- eine gesellschaftliche Zukunft einzufordern, in der Macht- und Profitinteressen minimiert oder idealerweise aufgehoben werden.
- Bündnisse mit anderen, günstigstenfalls allen sozialen Strömungen zu schmieden, die für Fortschritte in ihren Einzelthemen auf eine emanzipatorische Veränderung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen setzen.

Konkrete Vorschläge für Aktionen und Strategien:

- Benennen der machtpolitischen und wirtschaftlichen Hintergründe und Ziele bei der Einführung der grünen Gentechnik in Presseinformationen und anderen Veröffentlichungen zu Einzelthemen

**These 4: Zwischen Firmen und Forschung, Parteien, Regierungen und Behörden sowie Lobbyverbänden bestehen derart enge informelle, finanzielle und personelle Verbindungen („Seilschaften"), dass Durchführung, Finanzierung und Kontrolle der Gentechnikanwendung in einer Hand liegen.**
Es ist daher falsch, ...

- an einzelne Teile dieses Geflechts zu appellieren in der Erwartung, dass diese eine unabhängige Position gegenüber anderen Teilen einnehmen können.

Stattdessen ist nötig, ...

- das Geflecht zu durchschauen und schonungslos öffentlich zu machen
- Hilfestellungen zu geben, wie Einzelne in und gegen die Seilschaften aktionsfähig bleiben, z.B. bei der Beschaffung von Informationen und Möglichkeiten der Gegenwehr - auch durch die effiziente Ausnutzung der angebotenen Mittel (Recht, politische Einmischung usw.)
- die Mitbestimmungsrechte der Menschen, vor allem der EinwohnerInnen und LandnutzerInnen rund um die Feldstandorte zu stärken.

Konkrete Vorschläge für Aktionen und Strategien:

- Herausgabe einer dritten Auflage der Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit" und Streuung über die Verteiler von Verbänden und Organisationen (Einzelheft mit Nachbestellmöglichkeit, Angebot für Veranstaltungen)
- Öffentlichkeitsarbeit, am besten eine gemeinsame Erklärungen zum Maulkorb-Prozess in Saarbrücken (erster Termin: 7.12., 12.15 Uhr am Landgericht)
- Kampagne für die Aufnahme von aufschiebender Wirkung, Aktentransparenz und Erörterungsterminen in die Genehmigungsverfahren nach Gentechnikgesetz

**These 5: Zentraler Motor bei der Fortentwicklung der grünen Gentechnik sind Fördermittel aus staatlichen Quellen, Forschungsförderungsinstitutionen und die staatlichen Forschungseinrichtungen selbst. Hierbei sind Unterschiede zwischen den verschiedenen Regierungsfarben kaum zu erkennen.**
Eine der wichtigsten WissenschaftlerInnen grüner Gentechnik in Deutschland, Prof. Inge Broer von der Uni Rostock, sagte es ganz offen: „Im Moment ist es hauptsächlich Forschung in der Gentechnik, weil es dafür Geld gibt."
Es ist daher falsch, ...

- nur auf die Firmen und Konzerne zu schimpfen und zu verschweigen, dass es die Landes- und Bundesregierungen sind, die mit ihrem Geld, ihrem Einfluss und ihren Institutionen die Entwicklung und Ausbreitung der Agro-Gentechnik antreiben - allen Beteuerungen zum Trotz!
- Hoffnung auf veränderte Regierungskonstellationen zu wecken.

Stattdessen ist nötig, ...

- von außen mit klaren Positionen und Forderungen das Geschehen in Parteien, Ämtern, Parlamenten usw. zu beeinflussen, ohne sich auf diesen Weg zu.
- eine von politischen Konstellationen und wirtschaftlich dominanten Kreisen unabhängige Handlungsfähigkeit zu schaffen.
- Anbau und Verbreitung von GVO zu verhindern: Dort, wo das geplant ist, muss der Widerstand der Menschen Aussaat oder Experimente undurchsetzbar machen - unabhängig von regionaler, nationaler oder internationaler Lage bzw. Parteienkonstellation.

Konkrete Vorschläge für Aktionen und Strategien:

- Kampagne gegen den Abbau der nicht-gentechnischen Forschungsbereiche (Fördermittel und landwirtschaftliche Institut auf Landes- und Bundesebene)

**These 6: Die Orientierung auf Umsatzsteigerung, Spenden- und Mitgliederzuwachs behindern die Schlagkraft gentechnischkritischer Zusammenhänge und die Kooperation zwischen ihnen.**

Es ist daher falsch, ...

- weiter nur in Bündnissen Informationen auszutauschen, aber kaum gemeinsame Aktionen oder Aktionsziele zu verfolgen. Dabei geht es nicht um Vereinheitlichung, aber schon um den fokussierten Druck, der auch durch Verschiedenartigkeit der Vorgehensweisen erreichbar ist, wenn diese aufeinander Bezug nehmen.
- sich von Aktionen anderer nur wegen deren Form öffentlich zu distanzieren, obwohl gar kein Anlass zur Stellungnahme gegeben ist, weil eigene Aktionen überhaupt nicht betroffen sind.

Stattdessen ist nötig, ...

- Projekte Anderer in der eigenen Szene oder Organisation auch zu streuen und bekannt zu geben.
- überall dort, wo Aktivitäten stattfinden, auf weitere Projekte und Aktionen anderer hinzuweisen, die das gleiche Thema oder den gleichen Ort betreffen
- Ressourcen und Wissen, d.h. eigene Erkenntnisse, Wissen, Unterlagen usw. auch andere weiterzugeben bzw. diese zu informieren, wenn Informationen nützlich sein könnten.

Konkrete Vorschläge für Aktionen und Strategien:

- Kampagne zur Demaskierung der tatsächlichen Forschungsausgaben und zur Verlagerung der Forschungsschwerpunkt zu ökologischem Landbau und sozioökomischen Fragen von bäuerlicher Landwirtschaft, Selbstorganisierung, Nachbau und Züchtung von Saaten usw.

**These 7: Wissenschaft unterliegt einerseits den überall wirkenden gesellschaftlichen Prinzipien von Profitabilität und Standortkonkurrenz. WissenschaftlerInnen sind daher überwiegend Opportunisten des Geldes. Zudem fußen Sichtweisen auf Funktionen von Genen und die Techniken der Genmanipulation auf veralteten und verfälschend mechanistischen Bildern von Materie.**

Es ist daher falsch, ...

- die Frage der Gentechnik überhaupt als eine Frage der Wissenschaft wahrzunehmen und dem Ruf nach sogenannter „Versachlichung" zu folgen.
- Forschungsfelder zu akzeptieren oder selbst noch zu fordern.
- weiterhin die Sicherheitsforschung überhaupt als solche zu bezeichnen, weil sie tatsächlich der Methodenforschung und dem Firmenaufbau dient und selbst dann, wenn Sicherheitsfragen untersucht werden, der Produktforschung und der Festlegung handhabbarer Grenzwerte und Abstände, also der Durchsetzung der Agro-Gentechnik dient.

Stattdessen ist nötig, ...

- die sozioökonomischen Fragen in den Mittelpunkt zu stellen.
- alle Forschungen zur Sicherheit einer Technik sofort zu stoppen, deren Nutzen nicht geklärt ist.
- aufzuzeigen, dass fast alle WissenschaftlerInnen zur grünen Gentechnik in Deutschland Teil von Netzwerken und Seilschaften sind, die der Lobby- und PR-Arbeit für die grüne Gentechnik dienen.
- darzustellen, dass es die auch heute aktiven und als ExpertInnen aufspielenden WissenschaftlerInnen waren, die in den vergangenen Jahrzehnten die Menschen bewusst mit der Falschinformation abspeisten, dass es horizontalen Gentransfer nicht gäbe und Auskreuzung kontrollierbar sei.

Konkrete Vorschläge für Aktionen und Strategien:

- Kampagne zur Demaskierung der Sicherheitsforschung als Tarnmantel der Produkt- und Methodenforschung
- Kampagne zum Stopp aller Forschungsfelder
- Offensive und solidarische Begleitung von Feldbefreiungsprozessen, insbesondere des bevorstehenden Strafprozesses um das Genweizenfeld in Gatersleben - auch um die genannten Kampagnen damit zu verknüpfen

*Dieser Text wurde vorgelegt bei einem Strategietreffen von Initiativen, Gruppen, Umwelt-NGOs, Biolandbauverbänden und FeldbefreierInnen/-besetzerInnen ... bei dem aber genau nichts herauskam. Das ist leider üblich auf Treffen, die von den Apparaten der Organisationen dominiert werden ...*

**BauGB**
(2007, dtv in München, 426 S., 6,50 Euro)
Die Rechtssammlungen der "Beck-Texte im dtv" sind bewährte Zusammenstellungen, in denen nicht nur das jeweilige Gesetz, sondern auch in den Rechtsbereich hineinreichende andere Gesetze und Regelungen zu finden sind. So ist es auch in diesem Fall: Das Baugesetzbuch mit Stand von Ende 2006 wird durch Naturschutzrecht, Baunutzungsverordnung und andere verwandte Rechtstexte ergänzt, so dass ein kompaktes Werk zum Themenbereich entsteht. Ein differenziertes Stichwortverzeichnis hilft bei der Orientierung, die Einführung beschreibt Entstehungsgeschichte und Anwendungsgebiete der Gesetze.

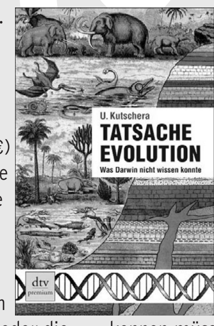
Klaus Pedersen
**Naturschutz und Profit**
(2008, Unrast in Münster, 138 S.)
Sie spenden dem WWF, freuen sich über große Reservate für bedrohte Tiere in fernen Ländern? Dann lesen Sie mal dieses Buch. Naturschutz ist Geschäft, wird missbraucht als gute Miene zum bösen Spiel von Vertreibung und massiven Verletzungen von Menschenrechten. Öko-Imperialismus ist Realität - der Autor berichtet von der Privatisierung biologischer Vielfalt, von Umsiedlungen für Ökotourismus und von riesigen Plantagen für Nahrungsmittel und Biosprit der Industrieländer.

Werner Kluge/Klaus Werk
**Naturschutzrecht in Hessen**
(3. Auflage 2009, Kommunal- und Schul-Verlag in Wiesbaden, 567 S., 69 €)
Ein dickes Buch mit präzisen Darstellungen zu den wichtigsten Bereichen des Naturschutzrechts. Es versteht sich weniger als Kommentar, sondern ist eine systematische Beschreibung der Naturschutzinstrumente und deren Anwendung: Landschaftsplanung, Pflege und Entwicklung, Eingriffsplanung, Schutzgebiete und Artenschutz sind die zentralen Kapitel - entsprechend den Abschnitten des Hessischen Naturschutzgesetzes. Ergänzend finden sich in der Einführungen Abhandlungen zur Geschichte des Gesetzes und am Ende Hinweise für Handlungsmöglichkeiten der Kommunen einschließlich einschlägiger Förderprogramme. Für Initiativen und Umweltverbände hingegen bietet das Buch eher nur einen fachlichen Hintergrund. Die Handlungsmöglichkeiten außerhalb der Verwaltung sind kaum benannt.

Danja Domeier/Robert Matthes
**Verbraucherinformationsgesetz**
(2008, Kommunal- und Schul-Verlag Wiesbaden, 46 S., 15 €)
Das VIG gibt Menschen die Möglichkeit, Akten über Lebensmittel und deren Produktionsbedingungen bei Behörden einzusehen. Das Buch ist ein Kommentar - zu jedem Paragraphen des recht kurzen Gesetzes finden sich Ausführungen. Viele Urteile gibt es noch nicht, das Buch ist eher recht dünn und durch den doppelten Abdruck des Gesetzes wirkt es eher künstlich aufgebläht. Vielleicht aber fängt die Geschichte jedes Kommentars so an ...

Richard Reynolds
**Guerilla Gardining**
(2009, orange press in Freiburg, 270 S.)
"Ein großartiges Buch" schrieb "The Guardian" über das Original. Und das stimmt. Jede Zeile zeugt davon: Hier schreibt jemand, der ideell und praktisch im Thema steckt. Das ist nicht das Buch der klinisch reinen Theoriezimmer in Universitäten oder staatlich geförderten Beratungsinstitutionen, aus deren Feder der Großteil gesellschaftskritischer Werke stammt. Hier wird der kämpferische Alltag zur Quelle von Erfahrungen, Wissen und einer Theorie, die sich aus der Auseinandersetzung im Handgemenge speist. Der Autor benennt Hintergründe, Motive, beschreibt viele Beispiele und gibt Tipps für die Praxis. Ein Farbteil mit vielen aktivistischen oder einfach nur schönen Fotos soll zum Nachmachen anregen.

Ulrich Kutschera
**Tatsache Evolution**
(2009, dtv in München, 339 S., 14,90 €)
Suchen Sie ein Update für das Wissen um die Evolution? Brauchen Sie ein bisschen frische Argumente gegen die vorgestrigen Schöpfungsgläubigen oder die neugestrigen Kreationistinnen? Dieses Buch kann helfen. Der Autor versucht, den alten Darwinismus mit neuen Erkenntnissen und Forschungen abzugleichen und damit auf den Stand der Zeit zu bringen. Wie immer heißt es auch hier: Kritisches Lesen schützt vor einfacher Übernahme. Als Fundgrube unzähliger Einzelaspekte hat das Buch einen großen Wert.




Jan Reshöft
**EEG Handkommentar**
(3. Auflage 2009, Nomos in Baden-Baden, 718 S., 98 €)
Das dicke Buch bietet eine intensive Kommentierung des Erneuerbare-Energien-Gesetz plus einem Anhang weiterer Gesetze, die im Wortlaut, aber ohne Kommentierung abgedruckt wurden. Die EEG-Ausführungen sind sehr ausführlich, so dass der Handkommentar zur Grundlage für alle geeignet ist, die sehr genau die rechtlichen Rahmenbedingungen, aktuelle Rechtsprechung und Anwendungsgebiete kennen müssen. 12 Seiten Stichwortverzeichnis verbessern die Handhabung. *jb*

# Um die erste Instanz betrogen ...

***jb*** **Es häufen sich miese Tricks von Gerichten, mit denen diese auf offensive Prozessführung reagieren. Die Logik ist immer die Gleiche: Die Angeklagten werden aus ihrem eigenen Prozess rausgehalten, ganz oder hinsichtlich ihrer prozessoralen Rechte. Das ist illegal – aber wird trotzdem gemacht. Es ist attraktiv, da offensive Angeklagte den Gerichtsalltag erheblich blockieren können – und das voll im Rahmen der geltenden Strafprozessordnung!**

## Trick 1: Ausschluss von Angeklagten – mit anschließender Sperrberufung durch StaatsanwältIn

Erstmals angewendet wurde dieses Verfahren in der ersten Instanz des Feldbefreiungsprozesses in Gießen. Amtsgerichts-Vizechef Oehm wollte hart verurteilen, die Betreiber des skandalösen Versuchsfeldes der Uni Gießen, vor allem Prof. Karl-Heinz Kogel, vor Fragen schützen. Daher lud er den Hauptzeugen gar nicht vor. Zudem verbot er alle Fragen zur Gentechnik, schmiss schließlich den Angeklagten raus und verhandelte ohne ihn weiter. Das war nach § 231 StPO nicht zulässig. Um nun die logische Folge einer Sprungrevision (Rechtsfehlerüberprüfung nach erster Instanz) zu vermeiden, ging die Staatsanwaltschaft gegen das von ihr genau so gewünschte Urteil selbst in Berufung. Werden nämlich gleichzeitig Berufung und Revision eingelegt, geht die Berufung vor. So schützte die Staatsanwaltschaft mit ihrem Trick den Richter.

Eine Kopie dieser Vorgehensweise erlebten zwei Angeklagte dieses Jahr bei einem Prozess ebenfalls um eine Genfeldbefreiung in Kitzingen (http://de.indymedia.org/2009/09/259877.shtml).

## Trick 2: Einlass verwehrt

Im Berlin wurde ein Angeklagter von Gerichtsdienern am Betreten des Gerichtssaals gehindert worden und deshalb wegen Abwesenheit verurteilt (http://de.indymedia.org/2009/08/258255.shtml). Der Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand scheiterte. Begründung: Das Geschehen am Eingang gehöre nicht zum Prozess und sei deshalb kein Grund für eine Beschwerde. Der Betroffene hat vor dem Verwaltungsgericht gegen die Maßnahmen Klage eingereicht – schließlich würde eine Akzeptanz solcher Tricks den Gerichten unhinterfragbare Handlungsmöglichkeiten eröffnen, willkürlich Prozesse zu verhindern, aber dennoch zu verurteilen.

## Trick 3: Anwaltszwang schaffen und Prozesskostenhilfe verweigern

Dieser Trick wirkt bei Zivilprozessen und wurde jetzt bei einem Verfahren in Saarbrücken erprobt. Dort ging es um einen Maulkorb, den zwei zentrale Personen der Gentechnik-Seilschaften ihrem Kritiker verpassen wollten. Vor dem Landgericht herrschte Anwaltszwang, doch das Gericht bearbeitete den Prozesskostenhilfeantrag nicht. Folge: Versäumnisurteil. Im Widerspruchsverfahren wurde der Antrag dann zurückgewiesen: Der Beklagte solle arbeiten gehen. Schon das war ein rechtlich wie sozialpolitisch unglaubliches Urteil. Nach einem Einspruch und dem Hinweis, dass der Beklagte als Schriftsteller tätig sei, seine Bücher aber keine Mainstreamthemen betreffen und daher nicht gut verkäuflich sei, legte das Gericht noch eine Schippe drauf: Dem Beklagten sei zuzumuten, den Inhalt seiner künstlerischen Tätigkeit der Nachfrage anzupassen. Das Oberlandesgericht widersprach dem Landgericht, aber den Versuch der Prozessaussperrung hatte es gegeben. Mehr: www.biotech-seilschaften.de.vu.

## Sehr ähnlich: Keine Akteneinsicht, kein Antragsrecht, keine Pausen, kein Rechtsbeistand und kaum Fragerechts

Neben den beschriebenen Tricks der Erstinstanzgerichte, die eine physische Abwesenheit eines Be- oder Angeklagtem in der Gerichtsverhandlung bewirken, greifen Versuche um sich, durch die Verweigerung der prozessoralen Rechte die angeklagte Person zwar nicht gleich selbst zu entfernen, sie aber weitgehend handlungsunfähig zu machen. Dieses gelingt auf mehrfache Weise – typischerweise treten sie gleichzeitig in einem Verfahren auf:

- Verweigerung der Akteneinsicht: Nach § 147, Abs. 7 StPO in Verbindung mit der Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofes steht einem/r Angeklagten ohne Verteidigung ein eigenständiges Akteneinsichtsrecht zu, dass dem eines verteidigten Angeklagten nicht nachstehen darf. Trotzdem wird Akteneinsicht verweigert.
- Beschneidung des Antragsrechts: Den Angeklagten wird einfach gesagt, dass jetzt kein Antrag gestellt werden könne. Maximale Gegenwehr ist der Antrag auf Gerichtsbeschluss, damit es zu Protokoll genommen wird, und schließlich ein Befangenheitsantrag aufgrund der Verweigerung des Antragsrechts. Aber selbst bei Befangenheitsanträgen ist es schon zu Versuchen gekommen, das Stellen selbiger zu verhindern.
- Keine Pausen: Ein einfacher Trick, das Antragsrecht oder auch andere prozessorale Handlungsoptionen zu untergraben, ist das Verweigern von Pausen. Denn ohne diese ist kaum möglich, Anträge zu verfassen oder fragliche Punkte rückzuklären.
- Verweigerung von Rechtsbeiständen und Pflichtverteidigung: Bei schwieriger Rechtslage oder zu erwartenden hohen Strafen haben Angeklagte das Recht auf eine Pflichtverteidigung. Diese wird regelmäßig verwehrt. Wer ohne AnwältIn agiert, kann beantragen, dass eine rechtskundige Person als Rechtsbeistand hinzugezogen wird und dann wie einE VerteidigerIn am Prozessgeschehen teilnimmt. Das aber wurde mehrfach verwehrt – und zwar mit Begründungen, die von der StPO nicht gedeckt sind.

Beispiele, wo solche Gerichtsstrategien auftragen, sind ein Verfahren in Frankfurt im Zusammenhang mit vermeintlichem Widerstand gegen Polizeibeamte (http://de.indymedia.org/2009/08/258677.shtml) und mehrere Verfahren in Kitzingen zu Genfeldbefreiungen.

# Mehr Nachrichten aus den Abgründen der Uniformierten und Berobten

### *jb* Illegaler Freiheitsentzug durch Polizei zieht Schadensersatzpflicht nach sich

Das Bundesverfassungsgericht hat Urteile niedrigrangiger Gerichte aufgehoben, die Inhaftierten einen Schadenersatz abgesprochen hatten, obwohl sie illegal in Haft genommen wurde. Die Feststellung der Illegalität sei Ausgleich genug, hatten die RobenträgerInnen geurteilt - typisch für die Inhaber der Definitionsmacht auf Recht. Die finden immer, dass Freiheit und andere Güter selbst nicht zählen, sondern nur die Rechtsprechung dazu. Doch das BVerfG sah das jetzt anders und urteilte am 11.11.2009, es wäre „insbesondere zu beanstanden, dass das Oberlandesgericht in der mindestens zehnstündigen Festsetzung der Beschwerdeführer keine nachhaltige Beeinträchtigung gesehen hat, ohne die abschreckende Wirkung zu erwägen, die einer derartigen Behandlung für den künftigen Gebrauch grundrechtlich garantierter Freiheiten - namentlich die durch Art. 8 Abs. 1 GG geschützte Teilnahme an Demonstrationen oder deren von Art. 2 Abs. 1 GG umfasste Beobachtung - zukommen konnte und die der Rechtsbeeinträchtigung ein besonderes Gewicht verleihen kann.“ (Az. 1 BvR 2853/08)

### Bullen erschießen Studenten: „Notwehr“

Am 30.4.2009 wurde in Regensburg der Student Tennessee Eisenberg von den Bullen erschossen. Er soll acht Bullen mit einem Messer bedroht haben, diese schossen dann 16mal auf ihn, 12 Schüsse trafen, 7 davon in den Rücken. Am 20.12.2009 wurde das Verfahren gegen die zwei Bullen, die schossen, eingestellt. Sie hätten in Notwehr gehandelt, stellte die Staatsanwaltschaft fest - absurd angesichts der Situation, in welcher Unterlegenheit die eine Person sich befand. Ernst genommen werden wollen die sogenannten Ermittler offenbar auch mit den Feststellungen, dass zwei Kartuschen Pfefferspray, ein Knie- und ein Armdurchschuss keine Wirkung beim Opfer der Mörder in Uniform hinterlassen haben sollen. Das Ermittlungsverfahren wurde jetzt eingestellt, die Familie des Opfers legte Beschwerde ein. Erfolgsaussichten: Gering, denn: „dort, wo immer alles richtig gemacht wird, gibt es auch nichts zu korrigieren“, zitierten die Stuttgarter Nachrichten Anwaltskreise. http://de.indymedia.org/2009/12/269766.shtml, www.12kugeln.de und www.tennessee-eisenberg.de

### Wahrheit ist, was die Justiz sagt

Ein schönes Beispiel zeigt, dass sich RichterInnen ständig sogar noch über der Physik sehen. Was sie urteilen, ist die Wahrheit. Selbst wenn es gar nicht sein kann. Neuestes Beispiel: der Fall des „Bauern Rudi“. Der offenbar wenig emanzipatorische Familienvater sei 2001 von Familienmitgliedern erschlagen, zerstückelt, gekocht und anschließend den Hofhunden zum Fraß vorgeworfen wurden, hatte das Landgericht Ingolstadt festgestellt. Die Angehörigen erhielten Strafen bis zu achteinhalb Jahren. Jahre später wurde die vollständig erhaltene Leiche von „Bauer Rudi“ am Steuer seines Wagens aus der Donau gezogen. Die Justiz stört das nicht. Denn was ist, definiert der Robenträger in seiner göttlichen Unfehlbarkeit ... (Spiegel am 26.11.2009)

### Internetseiten zu Justiz, Polizei und wie mensch sich dagegen wehren kann

- www.fiesetricks.de.vu
- www.projektwerkstatt.de/antirepression
- www.husuma.de.vu
- www.prozessstipps.de.vu



Lars Bretthauer
**Geistiges Eigentum im digitalen Zeitalter**
(2009, Westfälisches Dampfboot in Münster, 230 S.)
Der Kampf ums Copyright, um Lizenzen und (in anderen Branchen) Patente bietet gute Anschauung, um zu begreifen, dass die neoliberale Umgestaltung der Gesellschaft und freie Marktwirtschaft nichts mit dem Rückzug des Staates zu tun hat, sondern den autoritären Staat als Rahmensetzer und Waffe zur Durchsetzung von Profitinteressen braucht. Sicherung und Inwertsetzung von Eigentumsansprüchen gehörden zu diesen Bereichen des Staatshandelns, der Profitorientierung im Wirtschaftsleben er ermöglicht. Das Buch schildert die Entwicklung von Eigentumsrechten in der Filmbranche, den Kampf um Rechte und Kopien. Der Autor begreift die dahinterliegenden politischen Konflikte als Abbild sozialer Kämpfe und analysiert daher die Abläufe auf ihre Machtförmigkeiten hin.

**Im Namen des Volkes? Über die Justiz im Staat der DDR**
(1996, Forum Verlag in Leipzig, 3 Bände, 168/284/320 S., 10/16,50/24,50 Euro)
Eine umfangreiche Untersuchung über Richtlinien, interne Debatten und viele konkrete Einzelfälle einer vom Staat gelenkten und Staats-/Parteiinteressen verfolgenden Justiz. Die Bände erschienen begleitend zu einer Ausstellung des Justizministeriums. Sie zeigen minutiös, wie intensiv sich politische Leitungsgremien in die Rechtsprechung einmischten - ohne jedoch vollständig und im Einzelfall die Urteil bestimmen zu können. Davon zeugen viel Protokolle, Notizen und Briefe, in denen sich Überwachungsapparate über RichterInnen und Urteile beschweren. Insgesamt zeigen die drei Bände, aufgeteilt in den Katalog der Ausstellungsstücke, einen Dokumentenband mit vielen Originalen und den wissenschaftlichen Begleitband mit Aufsätzen verschiedener Personen, dass die Justiz der DDR Teil der herrschenden Eliten war. Sie war eingebunden in die Machtapparate und von diesen abhängig. Gleichzeitig aber spielte sie ihre Rolle und beeinflusste das Gesamtgeschehen. Moderne Eliten haben keine allmächtigen Zentren, sondern sind Geflechte, in denen Interessen, Machtspiele und das Nebeneinander von Konkurrenzen und dem übergreifenden Interesse aller an der Weiterexistenz von Herrschaftsverhältnissen wirken. Für die Justiz der BRD wären solche Dokumentationen ebenso wichtig wie überfällig.

Hubertus Becker
**Ritual Knast**
(2008, Forum Verlag in Leipzig, 200 S., 13,80 Euro)
Erschütternde Binnensicht aus dem Knast. Minutiös beschreibt der Autor seine 20 Jahre eigener Hafterfahrung und analysiert Sinn und Unsinn der Haftstrafe. Zweifel bleiben nicht: Die riesigen Apparate des Vollzugs verschlingen Menschen und Ressourcen einer Gesellschaft, die sich durch die Aufrechterhaltung von Gefängnissen viele Probleme selbst schafft oder verschärft. Dieses "Schwarzbuch der Wirklichkeiten", wie es auf der Rückseite zutreffend heißt, könnte gerade verwöhnten BildungsbürgerInnen einige Flausen im Glauben an den Sinn der Justiz und ihres Tuns vertreiben.

Michael Pawlik
**Der rechtfertigende Notstand**
(2002, Walter de Gruyter in Berlin, 365 S., 145 Euro)
Der § 34 des Strafgesetzbuches fristet ein trauriges Dasein. Obwohl noch recht neu, wollen die RichterInnen von ihm nichts wissen. Schließlich schränkt er die Allmacht der RobenträgerInnen ein, denn "der rechtfertigende Notstand dient der 'freihändigen' Schließung von Lücken", wie es im Buch auf Seite 184 heißt. JuristInnen bestehen aber meist darauf, dass das Recht absolut und total ist. Dass es eine "begrenzte Ausnahme des Rechts von sich selbst" gibt, würden sie nie freiwillig einräumen. Daher wäre das Buch hilfreich, um die gottähnliche Stellung von RichterInnen ein Stück aufzubrechen. Allerdings taugt es dazu nicht, weil es zwar kompliziert, aber fast nie besonders klar geschrieben ist. Vorsichtig, aber verklausuliert ausgedrückt werden die verschiedenen Bereiche des rechtfertigenden Notstandes abgeklopft. Ein tatsächliche Ergebnis der Ausführungen ist dem Buch nicht zu entnehmen.

**Haftbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland**
(2009, Komitee für Grundrechte und Demokratie in Bonn, 165 S., 8 Euro)
Der Band dokumentiert eine Tagung im September 2008. In ungewöhnlich klaren Worten wird die Grundlogik von Haft kritisiert. Die Vortragenden beleuchten dabei ebenso grundsätzliche Aspekte wie die konkreten Bedingungen heutiger Haftanstalten. Für alle, die mit glasigem Blick den Knast vor allem als "black box" für StraftäterInnen begreifen und keine Vorstellung von dem Teil der Gesellschaft haben, die jenseits der Mauern besteht, ist das Büchlein eine schöne Einführung. Im Band und auf der Tagung fehlen Statements von Personen, die aus dem Knast heraus oder von außen Aktionen organisieren. Das ist kein Zufall - zwischen bürgerlich-elitärem Protest, wie er sich hier versammelt - und AktivistInnen, die auch auf der Straße und, wie in diesem Fall, vor, hinter und auf den Mauern ihre Position verdeutlichen, finden sich Gräben der Abgrenzung. *jb*

# Plädoyer für eine antikapitalistische Kritik der Agro-Gentechnik

**Der Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft ist auch in Deutschland auf dem Vormarsch. Eine breite Mehrheit der Bevölkerung lehnt ihn ab. Ihr Einsatz ist für die Konzerne hochgradig rufschädigend und erfordert das volle Instrumentarium staatlicher Gewaltanwendung. Warum haben Staat und Kapital ein so großes Interesse an der Durchsetzung dieser Technologie? Was können emanzipatorische KritikerInnen dem theoretisch entgegensetzen?**

## Die Basics: Kapitalismus und die Grenzen der Verwertbarkeit

**vega** Das Gesellschaftssystem in dem wir leben, und das diese Welt dominiert, ist der Kapitalismus. Seine Hauptmerkmale sind die Existenz des Kapitals als Hauptakteur der Wirtschaft, und die Existenz des bürgerlichen Staates, der dem Kapital die zu seiner Entfaltung benötigten Rahmenbedingungen bereitstellt (z.B. Sicherung von Privateigentum).

Als Kapital gilt eine Ansammlung von Reichtum (genauer: Werten), deren einziges Ziel es ist, sich selbst zu vermehren (sprich: zu verwerten).[1] Das passiert durch Produktion und Verkauf immer neuer Waren, unter Zuhilfenahme und Ausbeutung der LohnarbeiterInnen – denn die menschliche Arbeitskraft erzeugt mehr Wert, als sie zu ihrer Reproduktion benötigt. Damit Menschen überhaupt auf die Idee kommen, ihre Arbeitskraft an Kapitalisten zu verkaufen, muss sichergestellt werden, dass das Kapital die Produktionsmittel (Maschinen, Rohstoffe, Werkzeuge...) und die Verteilung des produzierten Reichtums kontrolliert.

Das Kapital will sich immer weiter verwerten (wie erwähnt durch den Verkauf von immer mehr Waren), stößt aber regelmäßig an die Grenzen der Verwertbarkeit. Die Menge der produzierten Waren lässt sich technisch permanent steigern – irgendwann wird aber der Punkt erreicht, an dem so viel produziert wurde, dass es sich nicht mehr verkaufen lässt. Folge ist eine Wirtschaftskrise, wie wir sie gerade erleben. Sie führt nicht nur zur Verelendung vieler Menschen, sondern auch zum wirtschaftlichen Untergang der schwächeren Kapitalisten.[2]

Um diese regelmäßig wiederkehrenden Krisen zu vermeiden, ist das Kapital bemüht, immer neue Märkte zu erschließen, in die es investieren kann. Dies hat genauso fatale Folgen wie alle anderen Aspekte der kapitalistischen Wirtschaftsweise auch. Aktuelle Beispiele für das Erschließen neuer Märkte sind z.B. Krieg und Besatzung anderer Staaten und ihrer Volkswirtschaften (der sog. Imperialismus) oder wirtschaftlich weniger entwickelte Länder zum Abbau von Zollschranken und Privatisierung von Staatseigentum zu zwingen (wie das z.B. IWF und Weltbank tun).[3] Die Agro-Gentechnik ist nur eine weitere Methode, die Grenzen der Verwertbarkeit zu verschieben.

## GenTec und Verwertung

Dies geschieht durch unterschiedliche Methoden:

Die eine ist die Produktion von Hybridsaatgut. Dies unterscheidet sich von herkömmlichem Saatgut dadurch, dass aus der Ernte keine neue Saat gewonnen werden kann. Der Vorteil für das Kapital liegt auf der Hand: Wenn die LandwirtInnen ihr Saatgut nicht mehr selbst produzieren können, sind sie gezwungen es jedes Jahr bei den Firmen zu kaufen – der Markt wächst. Der Nachteil für die BäuerInnen ist ebenfalls deutlich: Bisher konnten sie ihr Saatgut selbst produzieren, dadurch hat dieser Teil der Produktionsmittel ihnen selbst gehört. Dadurch waren sie ein kleines Stück unabhängiger vom Markt, konnten daher selbstbestimmter leben. Hybridtechnologie verschärft für sie die Zwänge des Marktes zuungunsten individueller Autonomie.

Die zweite Methode ist die Patentierung bestimmter Gensequenzen und daraus resultierend das Privateigentum an kompletten Lebensformen. Eine Bedingung dafür, dass eine Ware verkauft werden kann ist, dass der Käufer keine andere Möglichkeit hat, auf die Ware zuzugreifen. Anders formuliert: Etwas das allen gehört, lässt sich nicht verkaufen. Daher ist das Privateigentum eine der Grundlagen des Kapitalismus.

Die Patentierung von Lebensformen ist nichts völlig Neues. Bisher konnten durch Züchtung entstandene Lebensformen von ihren Züchter_innen patentiert werden. Die Gentechnik vereinfacht die Patentierung von Lebensformen aber ungemein. Es reicht aus, völlig irrelevante aber patentgeschützte Gene in ein Lebewesen einzukreuzen – schon ist es Privateigentum von jemandem. Dies schafft zahlreiche neue Möglichkeiten der Verwertung. Schlimmer noch: Die Verseuchung der Natur mit „seinen“ Lebensformen wird zum Glücksfall für jeden Kapitalisten.

Ein weiterer Mechanismus, der zwar den Markt nicht vergrößert,

aber einzelnen Kapitalisten Vorteile bringt, ist die Abstimmung einer Pflanzenart auf ein bestimmtes Spritzmittel. Der Kapitalist, der dieses Spritzmittel verkauft, hat einen klaren Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen. Wie weiter unten erläutert wird, vergrößert der Einsatz von Gentechnik außerdem den Markt für Spritzmittel.

## Zwischenbilanz 1

Wie gezeigt wurde, gibt es innerhalb kapitalistischer Verwertungslogiken mindestens vier gute Gründe, die Agro-Gentechnik einführen zu wollen. Genauso wie bei imperialistischen Kriegen Tod und Vertreibung von Menschen billigend in Kauf genommen werden, sind hier die negativen Folgen der Gentechnik irrelevant. Ungeklärte gesundheitliche Folgen, Gefahr der Kontamination der Natur mit fatalen ökologischen Konsequenzen, Unmöglichkeit der Koexistenz mit andern Formen der Landwirtschaft... das alles braucht das Kapital nicht zu interessieren, solange die Kasse stimmt!

Würde das alles im Mainstream-Diskurs[4] über Gentechnik vorkommen, dann wären sowohl diese Technik als auch der Irrsinn der kapitalistischen Produktion diskreditiert. Dass es nicht soweit kommt, dafür tragen die Befürworter_innen der Gentechnik Sorge – und paradoxerweise oft auch ihre KritikerInnen.

## Verschleiern I – Die Befürworter_innen

Eins Vorneweg: Es gibt in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem nur einen Grund, warum etwas produziert wird: Mensch kann es gewinnbringend verkaufen. Es wird kein Brot gebacken, weil Leute hungrig sind. Die erneuerbaren Energien werden nicht ausgebaut, weil der Klimawandel sich zu verselbständigen droht. Brot, Windräder und alle anderen Produkte werden hergestellt, weil sie sich profitabel verkaufen lassen. Sättigung oder Klimaschutz sind nur Nebenwirkungen davon. Und genauso meinen die Befürworter_innen der Agro-Gentechnik, wenn sie von deren vermeintlichen Wohltaten reden, nicht die Gründe, sondern die Nebenwirkungen dieser Technologie.

## Lösung des Welthungers

...ist eine dieser angeblichen Wohltaten. Dies ist jedoch völliger Unsinn, da eine gesteigerte Produktion von Nahrungsmitteln das Problem nicht lösen wird. Es werden jetzt schon weltweit genug Nahrungsmittel produziert, um die gesamte Menschheit zu ernähren. Ursache des Welthungers ist nicht die zu geringe Produktion, sondern die Verteilung von Nahrung.

Für die ungerechte Verteilung der Lebensmittel sind aber in vielen Fällen wiederum Kapital und bürgerlicher Staat selbst verantwortlich. Einige der zahlreichen Gründe für den Welthunger:

– Nahrung ist im Kapitalismus nicht für die da, die sie brauchen, sondern für die, die sie bezahlen. Wenn der Verkauf von Soja in der 1. Welt profitabler ist, dann verhungern in der 3. Welt Menschen direkt neben riesigen Sojaplantagen.

– Dasselbe gilt für Saatgut. Ein großer Teil der weltweit hungernden Menschen sind arme KleinbäuerInnen, die nicht die Möglichkeit haben, Saatgut oder andere Produktionsmittel zu erwerben. Hybridsaatgut verschärft ihre Probleme zusätzlich.

– Das Kapital ist in der Praxis oft eher an einer künstlichen Verringerung der verfügbaren Nahrungsmittel interessiert. Je seltener eine Ware existiert, desto höher ist ihr Preis – auch schon mal ein paar Tonnen genießbarer Lebensmittel aus der Mülltonne eines Supermarkts gezogen?

– Viele KleinbäuerInnen werden wirtschaftlich ruiniert, weil sie der Konkurrenz mit den deutlich größeren Kapitalisten nicht standhalten. Das Großkapital und die hoch entwickelten bürgerlichen Staaten drängen einerseits auf den Abbau von Zollschranken, um Zugang zu den Märkten der 3. Welt zu erhalten. Andererseits überschwemmt das hochsubventionierte Großkapital die Märkte mit sehr billigen Waren – lokale Produzenten können da oft nicht mithalten und knicken ein.

– Ein weiterer Grund, der zunehmend an Wichtigkeit gewinnt, ist der globale, menschengemachte Klimawandel. Auch dieser ist hauptsächlich der kapitalistischen Wirtschaftsweise und ihrem ständigen, rücksichtslosen Wachstum auf Kosten von Mensch und Umwelt geschuldet.

– Krieg und Vertreibung: Es wäre zu einfach, den Kapitalismus für alle Kriege verantwortlich zu machen. Ein Hauptgrund für Kriege ist aber meistens der ungleiche Zugang zu Ressourcen – dieser ist wiederum eine der Grundlagen des Kapitalismus.

Dass die Agro-Gentechnik den Welthunger lösen hilft, ist aus einem weiteren Grund sachlich falsch: Genetisch manipuliertes Saatgut und die damit verbundenen Produktionsmethoden können sich die meisten BäuerInnen im Trikont schlicht nicht leisten.[5]

**Fußnoten:**

*1* Zu den Begriffen Kapital und Kapitalist: Wenn hier von „dem Kapital“ die Rede ist, sind damit die gemeinsamen Interessen der verschiedenen Kapitalisten gemeint. Diese stehen sich normalerweise als Konkurrenten gegenüber – insofern wäre es falsch zu behaupten, „das Kapital“ hätte eine einheitliche Organisation oder einen einheitlichen Willen.
Kapitalist ist eine Person, die eine Anhäufung von Werten in der Form des Kapitals verwaltet.
Den Begriff Kapitalist habe ich bewusst nicht gegendert, um deutlich zu machen, dass damit keine Menschen gemeint sind, sondern eine wirtschaftliche Funktion, bei der es irrelevant ist, wer sie in der Praxis ausübt. (Womit ich nicht behaupten will, dass diese tatsächlich von allen Geschlechtern gleich oft ausgeübt wird)

*2* Mehr über Kapitalismus und Krise:
http://strassenauszucker.blogsport.de/2009/04/21/der-kriegt-die-krise-immer-wieder-finanzkrisen-und-kapitalismus/

*3* Da dieser kurze Abriss oberflächlich bleiben muss, empfehle ich allen, die sich gründlicher mit Kapitalismusanalyse und -kritik beschäftigen wollen, die Lektüre von: Michael Heinrich: Kritik der politischen Ökonomie, erschienen im Schmetterling Verlag

*4* Als Diskurs wird eine Aneinanderreihung von Aussagen bezeichnet, die das Denken und Handeln von Menschen innerhalb einer Gesellschaft beeinflussen.

## Weitere Gründe

Auch die weiteren Gründe für den Einsatz der Agro-Gentechnik fallen bei näherer Betrachtung wie ein Kartenhaus in sich zusammen.

Es heißt, die Gentechnik würde den Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln senken. Hierzu ist zunächst anzumerken, dass der Einsatz dieser Stoffe erst seit der Verbreitung der industriellen monokulturellen Landwirtschaft schlagartig angestiegen ist. Der Siegeszug dieser landwirtschaftlichen Methode ist ebenfalls der kapitalistischen Wirtschaftsweise mit ihrem Zwang zur größtmöglichen Produktivität geschuldet – und heute längst nicht mehr notwendig. Immerhin wird mehr Nahrung produziert als für die Weltbevölkerung benötigt wird, obwohl 78% der Ackerflächen für die Massentierhaltung verschwendet werden (diese Flächen könnten bis zu 21 mal soviel Menschen mit pflanzlicher Nahrung versorgen). Wiedermal soll die Agro-Gentechnik systemkonforme Lösungen für Probleme der kapitalistischen Gesellschaften liefern.

Und ein weiteres Mal ist selbst hier die Eignung der Gentechnik eine krasse Lüge: Der Einsatz von Gentechnik führt mittelfristig schlicht und ergreifend zu einem gesteigerten Einsatz von Spritzmitteln.[6] Dies führt zur Vergrößerung des Marktes für Pestizide – ein Glücksfall für alle Kapitalisten die damit ihr Geld verdienen. Fast alle Konzerne die genetisch manipulierte Kulturen entwickeln, verkaufen auch Pestizide. Sicher kein Zufall...

Es heißt, die Gentechnik würde Pflanzen resistenter gegen bestimmte Krankheiten machen. In vielen Fällen hat jedoch erst das kapitalistische Diktat der Produktionssteigerung zum Anbau weniger, hochgezüchteter, ertragreicher und besonders krankheitsanfälliger Sorten geführt. Alte, krankheitsresistentere Sorten haben in der verwertungsorientierten Wirtschaft keinen Platz und verschwinden zunehmend.

Die Gentechnik soll den Standort Deutschland sichern und Arbeitsplätze schaffen. Was innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft als das wichtigste überhaupt gilt, ist rational betrachtet, kompletter Unsinn. Es ist technisch längst möglich, allen Menschen auf diesem Planeten ein Leben in relativem materiellen Wohlstand zu ermöglichen. Das einzige, was dem im Wege steht, ist die ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Hätten alle Menschen die gleichen Zugangsmöglichkeiten zum erwirtschafteten Reichtum, würden sie freiwillig arbeiten und nicht aufgrund materieller Zwänge. Endlich würde nicht jeder Mist gerechtfertigt werden, weil er Arbeit verursacht. Damit wäre dann auch der unsinnige und menschenfeindliche Irrsinn des Standortnationalismus Geschichte. Was dem im Wege steht? Mal wieder die kapitalistische Gesellschaftsordnung!

Ich erspare den Leser_innen dieses Artikels eine weitere Analyse der Scheinvorteile der Agro-Gentechnik, und verweise auf die überzeugenden Widerlegungen vieler angeblicher Vorteile auf der Seite der Projektwerkstatt.[7]

## Zwischenbilanz 2

Alle angeblichen Vorteile der Agro-Gentechnik entpuppen sich bei näheren Hinsehen als nicht haltbar.

Sie kann weder den Welthunger stoppen, noch den Einsatz von Pestiziden senken. Schlimmer noch: In vielen Fällen (Beispiele Welthunger, Pestizide und Arbeitsplätze) verschleiert der Pro-Gentechnik-Diskurs gleich doppelt: Einerseits die wahren Gründe für das Interesse an der Gentechnik, andererseits weitere fatale Folgen der kapitalistischen Produktionsweise (Hunger, Umweltzerstörung, materielle Zwänge). Stattdessen wird versucht, systemkonforme Lösungen für Probleme anzubieten, deren Ursache im Kapitalismus selbst zu suchen sind – obwohl diese Probleme nur mit der Aufhebung der kapitalistischen Wirtschaftsweise dauerhaft gelöst werden können.

Eine emanzipatorische Kritik an der Gentechnik sollte daher auch klar antikapitalistisch sein: Denn nur innerhalb einer kapitalistisch organisierten Gesellschaft (in der das Kapital und nicht die einzelnen Menschen im Mittelpunkt stehen!) macht der Einsatz der Grünen Gentechnik mit all seinen fatalen Folgen überhaupt Sinn. Steilvorlage für emanzipatorisch-antikapitalistische Kritik. Betrachtet mensch jedoch die deutsche Bewegung gegen die Gentechnik, zeigt sich schnell, dass vieles was hier propagiert wird der Entwicklung einer solchen Kritik im Weg steht.

## Verschleiern II – Die Gegenseite

*Anti-Amerikanismus:* Die Mehrheit der Bevölkerung und auch einige der radikaleren Gentechnikkritiker_innen denken bei Gentechnik als erstes an den US-Konzern Monsanto. Manchen gilt er als Synonym oder gar als Hintermann der Gentechnikbetreiber_innen überhaupt. Diese Ana-




**Kapitalismuskritik in der Anti-Gentech-Bewegung: mal mehr, mal weniger verkürzt**

lyse ist sachlich falsch. Eine Handvoll Großkonzerne und zahlreiche Kleinstfirmen forschen, entwickeln und verwenden Gentechnik – und mit BASF und z.B. den Universitäten in Rostock und Gießen ist auch deutsches Kapital und Forschung dick dabei.

Die in der Bevölkerung weit verbreitete emotionale Feindschaft gegen Monsanto, in Verbindung mit der Unkenntnis über deutsche Akteure im Bereich der Grünen Gentechnik, wird von der Politik gezielt genutzt, um diese Technik zu schützen. Dieselben Politiker_innen, die mit Hetze und Verboten gegen Monsanto medial punkten, unterstützen die deutschen Gentechnikbetreiber_innen politisch und finanziell wo sie nur können.

Aber die der Feindschaft zu Monsanto oft zugrunde liegenden anti-amerikanischen Ressentiments sind auch ein Hindernis bei der Entwicklung einer fundierten Kapitalismuskritik. Es ist in linken Kreisen weit verbreitet, die Regierung der USA und das dort ansässige Kapital für besonders schlimm und skrupellos zu halten. Diese Analyse stellt die Moral der Herrschenden in den Mittelpunkt, und wird daher der kapitalistischen Realität nicht gerecht. Das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem funktioniert nach klaren Gesetzmäßigkeiten (Verwertung, Konkurrenz...). Die Akteure in Wirtschaft und Staat haben innerhalb dieser Regeln nur sehr geringe Handlungsspielräume. Wer entgegen dieser Gesetzmäßigkeiten handelt, hat auf dem Markt keine Chance – die Zwangsgesetze der Konkurrenz lassen keinen Platz für moralische Erwägungen! Je mächtiger Kapitalisten und Staaten sind, desto destruktiver wirken sie. Die Destruktion liegt jedoch in den Spielregeln des Kapitalismus begründet – und diesen Regeln folgen alle Akteure gleichermaßen. Wer sich mit der Kritik einzelner Spieler begnügt, wertet nicht nur alle anderen Spieler auf, sondern wird auch unfähig die Spielregeln – den Kapitalismus inklusive Privateigentum an Produktionsmitteln, Konkurrenz und Verwertungszwang – zu kritisieren.

Und so ist es kein Zufall, sondern absolut logisch, wenn Antiamerikanismus die Gründe für die Anwendung und die Akteure beim Einsatz der Agro-Gentechnik verschleiert. Einer differenzierten, radikalen und emanzipatorischen Kritik der Gentechnik wird er daher immer im Weg stehen.

*Personifizierte Kritik:* In Deutschland hat sich ein dichtes Netzwerk zwischen Forschung, staatlichen Kontrollbehörden, Konzernen und Lobbygruppen gebildet, welches bemüht ist, systematisch die Agro-Gentechnik durchzusetzen.[8] Dieser Filz ist momentan einer der Schwerpunkte radikaler Gentechnikkritik in Deutschland. Im Vergleich zu vielen großen Verbänden, die sich nicht trauen, die in Deutschland tätigen Akteure zu benennen, ist dies sicherlich ein Fortschritt. Allerdings droht auch hier die Gefahr, in zu einfache Kritikmuster abzurutschen.

Ich habe im vorherigen Absatz zu zeigen versucht, dass der Kapitalismus nach klaren Regeln funktioniert, und einzelne Akteure innerhalb dieses Systems nur minimale Handlungsspielräume haben. Das gilt auch für Filz, Lobbygruppen und Ähnliches. Auch wenn sie

5 Vergleiche dazu:
http://www.zeit.de/online/2008/17/nahrungskrise-china-klima-gentechnik

6 Englischsprachige Studie zum Thema:
http://www.greenpeace.de/themen/gentechnik/nachrichten/artikel/gen_anbau_fuehrt_zu_erhoehtem_pestizideinsatz/

7 http://www.projektwerkstatt.de/gen/vorteile.htm

8 Vergleiche hierzu:
http://www.projektwerkstatt.de/gen/filz_brosch.htm

9 Eine allgemeinere Auseinandersetzung zur Verbindung von Gentechnik und Herrschaft, inklusive Bewegungskritik findet sich unter:
http://www.projektwerkstatt.de/gen/emanz_kritik.htm

den Einsatz der Agro-Gentechnik bewusst vorantreiben wollen – ob dies gelingt oder nicht liegt nicht in ihren Händen. Wie weiter vorne beschrieben ist die Gentechnik erfolgreich, weil sie dem Kapital hilft seinem Interesse an immer mehr Verwertung gerecht zu werden. Das ist der einzige Grund für ihren Erfolg – nicht etwa Korruption, Filz oder Verschwörung. Würden die Interessen der Akteure des Gentechnik-Filzes denen des Kapitals widersprechen, hätten sie nicht einmal einen Bruchteil ihres gesellschaftlichen Einflusses.

Die Gentechnik bietet dem Kapital viele Vorteile, stößt aber gleichzeitig auf breite Ablehnung in der Bevölkerung. Daher ist ein breites Instrumentarium zur Durchsetzung dieser Technologie notwendig. Zum Beispiel Knast, Greenwashing (siehe oben) oder eben auch Filz zwischen Staat, Konzern und Forschung. Die Akteure sind dabei vollständig austauschbar, außerdem haben sie meist kein Bewusstsein über ihre gesellschaftliche Funktion. Oder, um es mit den Worten von Karl Marx auszudrücken: „Die allgemeinen und notwendigen Tendenzen des Kapitals sind zu unterscheiden von ihren äußeren Erscheinungsformen.“ (Das Kapital, Bd. 1)

*Kleinbäuerliche Landwirtschaft als Utopie?:* Die Einführung der Gentechnik führt zu Umstrukturierungsprozessen innerhalb der kapitalistischen Ökonomie. Während sich vor allem größere Betriebe den Einsatz von Gentechnik leisten können, sind unter anderem aufgrund der Unmöglichkeit der Koexistenz und der steigenden Abhängigkeit von großen Saatgutfirmen viele kleinbäuerliche Betriebe mittel- bis langfristig zum Untergang verurteilt. Dieser Angriff auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft führt neben dem gesteigerten Einsatz von Pestiziden auch zum wirtschaftlichen Ruin vieler Existenzen.

Ein Teil der Gentechnikgegner_innen schreibt sich daher ein „Für kleinbäuerliche Landwirtschaft!“ auf die Fahnen. Aber auch hier verbergen sich viele Unreflektiertheiten. Kleinbäuerliche Landwirtschaft ist nicht per se etwas Tolles. Wie jede Art der Landwirtschaft hängt ihr Charakter von dem Wirtschafts- und Gesellschaftssytem ab, in das sie eingebettet ist. Wer die kleinbäuerliche Landwirtschaft so wie sie ist verteidigt, verteidigt damit auch, dass nur Wenige über Land verfügen, dass Menschen vom Markt abhängig sind, dass Menschen aufgrund wirtschaftlicher Zwänge zur Arbeit gezwungen sind und dass das Verhältnis der Produzent_innen untereinander durch Konkurrenz und nicht durch Kooperation geprägt ist.

Im Rahmen einer emanzipatorisch-antikapitalistischen Kritik sollte die kleinbäuerliche Landwirtschaft in ihrer derzeitigen Verfasstheit auch kritisiert werden – anstatt sie reflexartig zu verteidigen, nur weil sie von der Agro-Gentechnik bedroht wird.

*Verkürzte Kritik an Abhängigkeiten:* Agro-Gentechnik schafft Abhängigkeit von Landwirt_innen gegenüber bestimmten Großkonzernen. Dies geschieht einerseits durch die Abstimmung bestimmter Organismen auf bestimmte Pestizide, andererseits durch Verträge die Bäuer_innen über einen langen Zeitraum an einen bestimmten Konzern binden. Die Kritik von Abhängigkeiten steht im Mittelpunkt einer emanzipatorischen Kritik, wird in diesem Fall aber oft so vorgetragen, dass sie ihren emanzipatorischen Charakter zum größten Teil verliert.

Es wird kritisiert, dass wenige große Konzerne den Markt bestimmen, und die Bäuer_innen an einen dieser Konzerne fest gebunden sind. Zu Alternativen sagen die Kritiker_innen an dieser Stelle meist nichts. Daher steht ungefragt die Vision eines freien Marktes im Raum, wo die Hersteller_innen von Saatgut und Pestiziden sich noch ein richtig blutiges Hauen und Stechen liefern, wer unter den miesesten Bedingungen, d.h. am billigsten, d.h. am wettbewerbsfähigsten, produzieren und verkaufen kann – denn die Produkte sind immer noch Privateigentum, und stehen nicht allen die sie brauchen zur Verfügung. Das hat dann aber weder mit Antikapitalismus noch mit Emanzipation etwas zu tun. Monopole und freie Märkte sind beides Erscheinungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Daher sollte auch beides im Rahmen einer antikapitalistischen Kritik abgelehnt werden.

## Fazit

Ich möchte hier noch einmal die grundlegenden Thesen dieses Textes formulieren, in der Hoffnung sie ausreichend belegt zu haben.

**1.** Die Agro-Gentechnik ist wie maßgeschneidert für die Bedürfnisse des Kapitals nach Absatzmärkten und Verwertung. Dies ist der Grund für ihren Erfolg.

**2.** Die sonstigen Vorzüge der Gentechnik sind mit Vorsicht zu genießen, denn:

– Die Gentechnik ist entweder technisch nicht geeignet die Probleme zu lösen.

– Oder es handelt sich um soziale Probleme, die technisch nicht gelöst werden können.

– Oder es wird verschleiert, dass das Kapital die Probleme, die gelöst werden sollen, selbst verursacht hat. Häufig trifft auch 1) bis 3) gleichzeitig zu.

**3.** Aufgrund der ersten beiden Punkte bietet sich eine theoretische Verknüpfung der Kritik an der Agro-Gentechnik und Kapitalismuskritik an. Mehr noch: Ich denke die Verbindung dieser beiden Themenstränge ist zwingend notwendig, um das Thema Gentechnik in seiner vollen Komplexität erfassen zu können.

**4.** Um diese Verbindung leisten zu können, muss vieles was derzeit in der Anti-GenTec-Bewegung kursiert, grundlegend überdacht, oder ganz über Bord geworfen werden.[9]

### Diskussion

Zu diesem Artikel gibt es mehrere Diskussionsbeiträge im Wiki. Zu lesen unter:
**http://www.gruenes-blatt.de/index.php/Diskussion:2009-03:Plädoyer_für_eine_antikapitalistische_Kritik_der_Agro-Gentechnik**




**Eichhörnchen** Wenn mensch sich für eine Aktion des zivilen Ungehorsams entscheidet, gehört es dazu, zu den juristischen und anderen Folgen zu stehen. Dies bedeutet jedoch nicht, die Repression widerstandslos über sich ergehen zu lassen – im Gegenteil! Es ist möglich und spannend, sich kreativ gegen die Repression zu wehren und Gerichtsverfahren beispielsweise als eine weitere politische Bühne zu nutzen. Es ist dein Prozess, also führe ihn!

Auch wenn es zu einer Verurteilung kommt, gibt es weitere Möglichkeiten das Getriebe der Justiz der Herrschenden ganz schön zu stören. Eine dieser Perspektiven ist, bei Geldstrafen, Centstücke ins Getriebe der Justiz zu werfen!

## Die Aktion

Im Sommer 2008 wurde eine Aktivistin zu 250 Euro Geldstrafe verurteilt. Sie hatte einen Probe-Castortransport ins Wendland „gefangen", indem sie sich auf das Dach eines leeren, nicht strahlenden Behälters abseilte. Weitere Menschen schlossen sich spontan zu einer Sitzblockade zusammen.

Für die Blockade unten kostete es die DemonstrantInnen jeweils 25 Euro Bußgeld. Das Eichhörnchen auf dem Dach soll das zehnfache berappen: 250 Euro. „Gemeint sind wir alle und wir werden es zeigen!", meinten daraufhin die AktivistInnen. So kamen sie auf die Idee, Cent ins Getriebe der Justiz zu werfen. Das Prinzip ist einfach: Jeder kann bei irgendeinem Amtsgericht Centstücke bei der Zahlstelle abgeben oder in einem Briefumschlag einwerfen. Dabei wird das Aktenzeichen des oben erwähnten Verfahrens angegeben.

Und die Aktion wirkt! Das macht den JustizbeamtInnen viel Arbeit, sie müssen die Centstücke richtig zuordnen und Quittungen erstellen. Bis dato sind in der Form ca. 100 Euro zusammengekommen. Manche Gerichte weigern sich, die Quittungen dem Eichhörnchen zukommen zu lassen, aber es gibt Beweise dafür, dass die Centstücke ankommen...

## Cent im Getriebe eines Militärtransports

Ein Beispiel dafür ist das Amtsgericht Husum, wo immer wieder Cents mit Verweis auf das Aktenzeichen der Luftblockade eingeworfen werden. Dort soll aber auch gegen KriegsgegnerInnen, die im Februar 2008 einen Militärtransport für ca. fünf Stunden zum stehen brachten, verhandelt werden. Eine Person hatte sich an der Schiene festgekettet, die Anklage lautet auf Störung öffentlicher Betriebe und Nötigung. Der Prozess fand am 1. Dezember statt. Die anderen Beteiligten werden wegen Beihilfe angeklagt.

Den Prozess gegen das Eichhörnchen – wegen Beihilfe zu Nötigung und Störung öffentlicher Betriebe – wollte die Richterin sogar bereits im Oktober ansetzen – also bevor es über die Strafbarkeit der Handlung der Hauptangeklagten überhaupt ein Urteil gibt. So viel zum Thema Unschuldsvermutung... Begründung der Richterin? Die Aktivistin nervt das Gericht und macht den Angestellten viel Arbeit, mit den Centstücken, die sporadisch für ein Verfahren in Hannover ankommen und in den Briefkasten eingeworfen werden... Auf ihr Vorhaben, die Verhandlung wegen Beihilfe gegen das Eichhörnchen bereits in Oktober stattfinden zu lassen, verzichtete die Richterin dann doch, als der Anwalt sie mit Nachdruck über den Unsinn ihres Vorhabens belehrte.

## Mehr zur Aktion:

http://kopfschrott.wordpress.com/2009/01/08/cent-im-getriebe-sorgt-fur-verschleis/

*Rezension*

**Alles für das Schaf**

**jhc** In ihrem Buch "Alles für das Schaf – Handbuch für die artgerechte Haltung" von Annette Arnold und Rene Reibetanz wird eine kompakte aber tiefgehende Einführung in das Thema Schafhaltung gegeben. Selbst der Laie wird dieses Buch gut verstehen können. Dies liegt vor allem an dem praxisnahen und einfachen Schreibstil der Autoren. Mit viel Einfühlungsvermögen und Erzählungen aus dem Alltag von Schafhaltern erläutern die Autoren alle Aspekte der Schafhaltung. Vom Wesen der Tiere über den Umgang, die verschiedenen Rassen, Fütterung, Haltung, Fortpflanzung und Krankheiten bis hin zur Verarbeitung der Produkte. Schade nur, dass scheinbar selbstverständlich eine Schlachtung der Tiere mit einkalkuliert wird. Spannend für den Leser, der versuchen möchte Tierleid zu minimieren, wären die Möglichkeiten des "Durchmelkens", das natürliche Todesalter verschiedener Schafe, robuste und anspruchslose Milch- und Wollschafrassen und so weiter. Zu all diesen Aspekten bietet das Buch leider wenige bis gar keine Informationen. Für alle anderen allerdings, die praxisnahe Informationen vor allem auch für nicht-kommerzielle Bio-Haltung von Schafen suchen ist das Buch ein idealer Einstieg. Mensch merkt, dass die Autoren täglichen Umgang mit den Tieren haben und ihr Einfühlungsvermögen äußert sich im inhaltlichen Tiefgang des Buches.

**Annette Arnold und Rene Reibetanz: Alles für das Schaf, Pala Verlag, 2008, 178 Seiten, ISBN 978-3-89566-236-2**

# Teilerfolg vor Gericht für französische Castorgegner

**Aktivisten müssen keinen Schadenersatz an die Eisenbahngesellschaft SNCF zahlen.**

**Eichhörnchen** Am 1. Juli 2008 wurde ein mit hochradioaktivem Atommüll beladener Castortransport aus Italien nach La Hague in Höhe Morlay-Littry für beinahe 5 Stunden gestoppt. Ein Dutzend AtomkraftgegnerInnen von der Gruppe GANVA (gewaltfreie Aktionsgruppe gegen Atomkraft) demonstrierte auf der Schiene gegen Atomtransporte und gegen den Bau neuer Atomkraftwerke wie den EPR-Reaktor. Ein Betonblock, an dem vier Aktivisten festgekettet waren, sorgte für Aufsehen und ermöglichte den AktivistInnen, ihren Protest in die Öffentlichkeit zu tragen. Es folgte ein Gerichtsverfahren.

Am 20. November 2009 wurde das Urteil gegen die vier GANVA-Aktivisten vor dem Berufungsgericht in Caen verkündet. Die Staatsanwaltschaft, die in Berufung gegangen war, hatte eine „Abschreckungsstrafe“ (vier Monate Gefängnis auf Bewährung) gefordert. Das Gericht folgte der Anklagebehörde nicht und bestätigte lediglich das erstinstanzliche Urteil vom 28. Januar 2009: 2500 Euro Bußgeld – darunter 2000 auf Bewährung – wegen schweren Eingriffs in den Schienenverkehr.

Berufung legte ebenfalls die französische Eisenbahngesellschaft SNCF ein. In erster Instanz hatte sie 9200 Euro Schadenersatz für den Ausfall von sieben Zügen gefordert. Das Gericht sprach damals der Eisenbahngesellschaft „nur“ 7500 Euro Schadenersatz zu. Das Berufungsgericht sah es anders an und wies die Klage des Unternehmens als unbegründet ab: Die Aktivisten müssen keinen Cent berappen und nahmen die unverhoffte Nachricht mit einem großen Lächeln an.

Die Gruppe zeigte sich darüber enttäuscht, dass das Gericht nicht den Mut zeigte, ihren Argumenten zu folgen. Die Aktivisten hatten auf Freispruch plädiert und beriefen sich auf rechtfertigenden Notstand. Weiter sähen sie sich in ihrer Handlung durch die neuesten Atom-Skandale bekräftigt: Atommüllexport nach Russland, Sicherheitsdefizite beim EPR, zahlreiche Störfälle und gefährliche Laufzeitverlängerung. Die Gruppe kündigte weitere Aktionen an.

# *Tag des Veganismus: vegane Kinder und Eltern*

**Am 1. November jeden Jahres ist Weltvegantag. Aus diesem Anlass stellte die Initiative "Maqi – für Tierrechte, gegen Speziesismus" in diesem Jahr eine neue Internetseite für vegane Kinder und Eltern vor: veganekinder.de**

**Achim Stößer** Wer es ablehnt, dass Hühner, Fische, Schweine, Rinder usw. für "Fleisch", "Milch", "Eier", "Leder", "Wolle" etc. leiden und getötet werden, lebt vegan.

Wer nicht nur vegan lebt, sondern darüber hinaus noch ein Kind erwartet oder hat oder selbst – im schlimmsten Fall von unveganen Eltern abhängiges – Kind ist, wird oft Opfer von Desinformation, was vegane Lebensweise bei Kindern und Jugendlichen betrifft. Gegenwärtig wird in nahezu jedem Presseartikel über vegane (oder auch nur vegetarische) Ernährung dringend von veganer Kinderernährung abgeraten. Auch viele Ärzte leben diesbezüglich noch im Mittelalter. "Ernährungswissenschaftler" und insbesondere die "Deutschen Gesellschaft für Ernährung", die viele fälschlich für seriös halten, obwohl in ihren Beiräten nachweislich Vertreter der Tierausbeutungsindustrie sitzen[1], entfachen ebenfalls entsprechende Vorurteile, und das Landwirtschaftsministerium missbraucht Kinder zur subventionierten Entsorgung von "Milchüberschüssen", begleitet von Werbemaßnahmen für "Schulmilch"[2].

Unabhängige Organisationen wie die American Dietetic Association stellen dagegen fest, dass ausgewogene vegane Ernährung "angemessen für Individuen in jedem Stadium des Lebenszyklus, einschließlich Schwangerschaft, Stillzeit, Säuglingsalter, Kindheit und Jugend" ist[3].

Vor Jahren hieß es, "Fleisch" sei notwendig für eine gesunde Ernährung. Mittlerweile kennt jeder genug überlebende Vegetarier, um dies als offensichtlichen Unsinn zu erkennen. Dann hieß es, man brauche zumindest "tierisches Eiweiß", sprich Milch oder Eier. Inzwischen kennt fast jeder mindestens einen Veganer, der noch nicht skelettiert ist. Also wird die Stimmungsmache auf Kinder eingeschränkt, um Ängste und somit Vorbehalte gegen Veganismus zu schüren.

Um dem entgegenzuwirken, bietet veganekinder.de Informationen, Fakten und Argumente ebenso wie Möglichkeiten, sich mit anderen auszutauschen und beantwortet häufig gestellte Fragen wie: 'Können/sollen Kinder vegan ernährt werden?', 'Darf man Kindern vegane Ernährung aufzwingen?', 'Was ist während Pubertät, Schwangerschaft, Stillzeit zu beachten?' uvm.

Ein Fotoalbum – zum Großteil lebenslang – veganer Kinder vom Ungeborenen bis zum Jugendlichen straft die Agitation der Tierausbeutungslobbyisten und ihrer Mitläufer auch anschaulich Lügen.

Tatsache ist, wer so verantwortungslos handelt, Kinder unvegan zu ernähren, schadet ihnen nicht nur physisch, sondern auch psychisch. Denn dadurch werden Kinder zu Tierausbeutern geformt, die dem Leid und Tod anderer gleichgültig gegenüberstehen, zumindest aber, wenn sie nicht völlig gefühlskalt sind, mit einer kognitiven Dissonanz (einer die Wahrnehmung oder das Denken betreffende Unstimmigkeit).

## Weitere Informationen zum Weltvegantag:

http://veganismus.de/weltvegantag

**Fußnoten:**

1 http://veganismus.de/vegan/faq-rechtfertigungsversuche.html#dge
2 maqi.de/presse/milchpropaganda.html
3 http://veganekinder.de/veganernaehren J Am Diet Assoc. 2009;109: 1266-1282

# Bad Oldesloe: Container-Prozess eingestellt

**Cornelius Jensen** Der Prozess gegen zwei AktivistInnen aus Bad Oldesloe, denen das Amtsgericht Ahrendsburg vorwarf, mit dem Stehlen von Müll einen schweren Diebstahl begangen zu haben, wurde letzte Woche auf Staatskosten eingestellt. Der erste Prozesstag am 27.11. war schon nach nur einer Stunde Verhandlung durch mehrere Befangenheitsanträge und das Nichterscheinen der Polizeibeamten Brügner und Schulz, die als Zeugen aussagen sollten, beendet worden. Als Begründung für die überraschende Entscheidung gab das Gericht an, dass weitere Nachforschungen ergeben hätten, dass es sich bei dem entwendeten Müll tatsächlich um Müll gehandelt habe. "Das ist eine herbe Schlappe für den hinter dem Verfahren steckenden Oldesloer Staatsschutz um KOK Wackerow, dass das zuständige Amtsgericht klarstellt, dass es nicht mit Strafverfahren gegen AktivistInnen, die ihr Essen aus dem Müll holen belästigt werden will!", sagte Klaus, einer der betroffenen AktivistInnen.

Dezember 2008: Drei Personen werden in Bad Oldesloe beim Containern verhaftet. Noch in der Nacht findet eine kleine Soli-Demo vor der Polizeiwache statt. Die anwesenden Polizisten (u.a. die Belastungszeugen Brügner und Schulz) ignorieren den rechtlichen Status der "Versammlung", verteilen Platzverweise und prügeln die Anwesenden schließlich auseinander. Nach ED-Behandlungen werden die Verhafteten nach einigen Stunden noch am frühen Morgen freigelassen. Doch die Polizei lässt es sich nicht nehmen, Verfahren einzuleiten: Zwei wegen schweren Diebstahls, und gegen zwei TeilnehmerInnen der Solidemo Verfahren wegen Widerstand und Beleidigung. Als Zeugen treten hier wieder Brügner und Schulz auf.

Im Juni 09 kommt es zu den Verfahren wegen Widerstand. An zwei Verhandlungstagen sagt nur der Zeuge Brügner aus. Er verheddert sich in Widersprüche, stützt sein Handeln (Menschen verprügeln) auf falsche Rechtsgrundlagen und seine Darstellungen werden zudem in weiten Teilen widerlegt. Das Gericht stellt das Verfahren schließlich ein. Am nächsten Tag die nächste Klatsche für den Staatsschutz: Ein ebenfalls auf Lügen basierendes Verfahren wegen falscher Namensangabe (Zeugen: KOK Wackerow und weitere), wird am dritten Prozesstag eingestellt, weil ein Polizeimeister eingestehen muss, dass es beim Staatsschutz erst eine "interne Dienstbesprechung" gegeben habe, und direkt anschließend die betreffenden Anzeigen gefertigt wurden. Als es dem Angeklagten Helge T. gelingt durchzusetzen, dass der Oldesloer Staatschutzchef als Zeuge dazu vernommen werden muss, bietet Richter Holtkamp die Einstellung auf Staatskosten an.

Im dritten Verfahren, in dem Staatsschützer KOK Wackerow als Sachbearbeiter und die Polizisten Schulz und Brügner als Zeugen auftreten, kam es nun nach einem Prozesstag ebenfalls zur Einstellung. "Müll mopsen ist kein Verbrechen! – Das nun ist in Oldesloe ein für alle mal klar" kommentierte Johannes die Einstellung. "Aber es laufen Dank KOK Wackerow immer noch zwei Verfahren gegen unser Umfeld." Um eine mittlerweile für illegal erklärte DNA-Probe von Johannes durchzusetzen, verhafteten KOK Wackerow und ein Kriminalkommissar seinen Freund Helge T. Auf die Idee, die Identität der Person vor ihnen zu überprüfen, kamen die Staatsschützer erst, als die Person, die sich nicht wehrte, nach "Anwendung von einfachem körperlichen Zwang" schmerzverkrümmt vor ihnen im Gehwegstaub lag. "Den Staatsschützern gefällt es nicht, dass es Fotos im Internet gibt, die zeigen, wie sie andere Menschen verprügeln!" kommentiert dies Klaus. "Wir freuen uns auch auf diese Verfahren."



*Rezension*

**Vergessene Haushaltstechniken**

**jhc** In seinem Buch "Vergessene Haushaltstechniken" macht John Seymour gleich zu Beginn seine Motivation für das schreiben dieses Buches klar: "Jede Hausfrau sollte stolz sein, denn es gibt nichts Wichtigeres auf unserem Planeten". Entsprechende Rollenbilder ziehen sich durch das gesamte Buch. So sehr ich mit Seymour und seiner Absicht sympathisiere, Haushalts- und Reproduktionsarbeit radikal aufzuwerten, bleibt in dieser Hinsicht leider keine Spur von Emanzipation als freie Wahl ob Mensch diese Haushaltstechniken anwenden will oder nicht, sondern eine Glorifizierung tatsächlicher patriarchaler Strukturen.

Abgesehen von diesen politischen Mankos, die durch das ganze Buch hinweg mitschwingen, bietet es einen interessanten Überblick über Küchenkünste, Milchwirtschaft, Waschkunst, Spinnen, Weben, Ästhetik im Heim und andere Aspekte haushaltlicher Selbstorganisation. Denkt man sich also die vielen den Rollenbildern entsprechenden Illustrationen weg und fokussiert seine Aufmerksamkeit auf die vielen Haushaltstechniken, die Seymour zurück in die Gegenwart holt und damit einen wichtigen Beitrag für eine "low-tech" Zukunft ebnet, die eben diese Techniken emanzipatorisch anwendet, wird an diesem Buch, als erste Einführung sicherlich seinen Spaß haben.

**John Seymour: Vergessene Haushaltstechniken, Urania Verlag, Stuttgart 2005, 194 Seiten, ISBN 978-3332018349**

## Atompolitik unter schwarz-gelb:

# Atom-Nonsens bleibt Konsens

**fb** **Mit dem Sieg der lediglich von einer Minderheit[1] gewählten neuen CDU/CSU-FDP-Bundesregierung hatte das Gerede vom „Ausstieg aus dem Atomausstieg“ wieder Konjunktur. Die Pro-Atom-Parteien würden jetzt den Atom-Konsens einstampfen. Es war die Rede von nun drohenden AKW-Laufzeitverlängerungen und der Rückkehr zum „Endlager Gorleben“. Doch was hat sich eigentlich in der politischen Landschaft geändert?**

Entgegen den großen Worten aus manchen politischen Lagern ändern sich nur Nuancen: Schon unter rot-grün wurde der als „Atom-Konsens“ betitelte Atom-Auslauf-Vertrag zwischen Bundesregierung und Atomwirtschaft als „Atom-Nonsens“ betitelt. Denn die wirklichen NutznießerInnen der als „Atomausstieg“ geschönten „alles-weiter-wie-bisher“-Politik waren die Atomkonzerne. Rot-grün „befriedete“ den Atomkonflikt, indem der Anti-Atom-Bewegung mit der Einrichtung einer Vielzahl neuer Atommülllager an den Standorten der AKW Kristallations- und Angriffspunkte für den Widerstand genommen wurden. Grüne BundespolitikerInnen forderten ihre Parteimitglieder beim ersten Castortransport nach der Regierungsübernahme (wohlgemerkt unter Aufhebung des schwarz-gelben Atomtransporte-Stopps von 1998) auf, sich nicht an den Protesten gegen die Atommüllfuhre nach Gorleben zu beteiligen und schwafelten von einer „nationalen Verantwortung“ für den Atommüll, der sich ausgerechnet diejenigen annehmen sollten, die gegen die Produktion dieses riskanten Materials einsetzen.

Rot-grün opferte mit dem Atom-Konsens den Standort Schacht Konrad bei Salzgitter. Bis dahin war auch von SPD- und Bündnis90/Die Grünen-Regierungen und ParteivertreterInnen versucht worden die Inbetriebnahme des Atommüllendlagers in spe zu verhindern. Um die Atomindustrie zu motivieren dem sogenannten „Atomausstieg“ zuzustimmen, sollte ihr ein Häppchen angeboten werden, das sie kaum ausschlagen würde – denn die „direkte Entsorgung“ des in den AKW produzierten Abfällen ist atomrechtliche Voraussetzung für den Betrieb eines Atomkraftwerkes. Ein zugelassenes Atommüllendlager gab es aber nicht in der BRD. Auch der Umgang mit dem von AtompolitikerInnen und -lobbyistInnen langersehnten Atommüllendlage Gorleben war nichts als Befriedungspolitik: Es gab ein „bis zu zehnjähriges“ Moratorium, das den Ausbau des zur Endlagerung hochradioaktiver Abfälle vorgesehenen Salzbergwerkes lediglich für eine Weile unterbrach. Es war offensichtlich, dass der Anti-Atom-Bewegung der Wind aus den Segeln genommen werden sollte. Und das gelang für einige Zeit tatsächlich, bis die verbliebenen Anti-Atom-AktivistInnen sich wieder radikalisiert und neue Kraft entwickelt hatten.

Ein weiteres Geschenk an die Atomindustrie war der Verzicht der Bundesregierung auf die Anwendung „fiskalischer Mittel“, um die Abschaltung von Atomkraftwerken zu bewirken. Somit wurde der gleichermaßen Besteuerung von Atomstrom wie andere Energieträger und anderen Ansatzpunkten, um mit verhältnismäßigen finanziellen Belastungen der AKW-Betreiber die wahren Kosten ihrer Anlagen zum Tragen kommen zu lassen – was deren schnelle Abschaltung hätte bewirken können – eine Absage erteilt. Nein, vielmehr verpflichtete sich die Bundesregierung solche Mittel keinesfalls einzusetzen. Mit der Einführung der Restlaufzeiten wurde erstmals ein eindeutiger Rechtsanspruch der Atomkonzerne auf den Betrieb ihrer Anlagen eingeführt. Waren bis dahin politisch erzwungene Abschaltungen denkbar, so wurden nun auch die auf den vorliegenden Sicherheitsbedenken beruhenden Maßnahmen erschwert. Und selbst wenn eine Aufsichtsbehörde oder ein Gericht eine Abschaltung angeordnet hätte, bedeutete der Stillstand eines AKW nun nur noch, dass Atomstrom künftig noch länger produziert werden dürfte. Denn nun würde entweder die errechnete „Restlaufzeit“ auf ein anderes AKW übertragen werden und damit dessen Betriebszeit verlängern oder die Stillstandszeit auf die Betriebsdauer der betreffenden Anlage addiert werden. Erstes Beispiel für die klar atomfreundliche Ausrichtung des Atom-Konsens war die Einberechnung der theoretischen Restlaufzeit des AKW Mühlheim-Kärlich, das gerichtlich stillgelegt worden war – der Atom-Nonsens ermöglichte nun, dass die gerichtlich untersagte Betriebsdauer von anderen AKW ausgeschöpft werden durfte.

Während rot-grüne PolitikerInnen von ihrem angeblichen „Atomausstieg“ schwafelten, genehmigte eine sozialdemokratische NRW-Landesregierung die Vervielfachung der Uranproduktion in der Urananreicherungsanlage Gronau – immerhin der Grundstoff für den Betrieb von Atomkraftwerken. Überhaupt waren sämtliche Atomanlagen ebenso wie die Atomforschung ein blinder Fleck im Atomvertrag. Kein Wort gegen Atomfusion in Greifswald (Wendelstein 7x), den atom-

**Während rot-grüne PolitikerInnen von ihrem angeblichen „Atomausstieg“ schwafelten, genehmigte eine sozialdemokratische NRW-Landesregierung die Vervielfachung der Uranproduktion in der Urananreicherungsanlage Gronau.**

1. Nur ein Teil der in der BRD lebenden Menschen hat überhaupt ein Wahlrecht – junge Menschen, die meisten Nicht-Deutschen und Wohnsitzlose haben da nichts zu melden. Und selbst unter denen, die formal an den Bundestagswahlen teilnehmen durften, bildeten die NichtwählerInnen und Ungültig-WählerInnen die größte Fraktion. Angesichts der knappen schwarz-gelben Stimmmehrheit darf also getrost von einer Minderheitsregierung gesprochen werden.

waffenfähigen Forschungsreaktor Garching II bei München oder solche Anlagen wie die Brennelementefabrik in Lingen.

Gibt es etwas positives anzumerken zum Atomausstieg à la rot-grün? Betont wurde das „Primat der Politik“, das im Atomvertrag festgeschrieben wurde. Gemeint ist damit, dass die Politik für atompolitische Entscheidungen maßgebend sein soll – eigentlich eine demokratische Selbstverständlichkeit. Das Neubauverbot für Atomkraftwerke wurde immer wieder erwähnt – das war aber auch nur die Festschreibung der politischen und wirtschaftlichen Realität: Seit langem will niemand mehr ernsthaft neue AKW in der BRD bauen. Vielmehr wurden fast zeitgleich drei Großkraftwerke (darunter ein norddeutsches AKW) stillgelegt, weil angesichts von enormen Überkapazitäten und Wettbewerbsdruck der Weiterbetrieb unwirtschaftlich war.

Kritisiert wurde schon zu Zeiten des Atom-Konsens, dass die Restlaufzeiten nichts anderes als ein Einfallstor für die Atomlobby darstellen würden, da jede Regierung diese problemlos wieder aufheben oder verlängern könne. Das Instrument dafür lieferte der Atom“ausstiegs“vertrag selbst mit der Laufzeitregelung. Anstatt beispielsweise eines Vertrages mit Drittenbeteiligung (z.B. Umwelt-NGOs), der einen Ausstieg aus einem Ausstieg nur im Einvernehmen hätte ermöglichen können, wurde lediglich die Vereinbarung zwischen Regierung und Atomindustrie getroffen – welche nebenbei bemerkt diejenigen waren, die verantwortlich für das strahlende Schlamassel sind. Der Bock wurde also zum Gärtner gemacht, als auf diejenigen gesetzt wurde, die die Voraussetzungen für den Ausbau der Atomkraft ohne Rücksicht der Betroffenen ermöglicht und umgesetzt haben.

Nun zurück zur Frage, was sich eigentlich geändert hat. Da wäre zu bemerken, dass die „pro-Atom-Parteien“ es nicht wagen über AKW-Neubauten oder ein Zurückdrehen der energiepolitischen Uhr zu debattieren, sondern sich bemühen die Atomkraft als „Brückentechnologie“ zu kaschieren, die nur ein Geburtshelfer für den Ausbau regenerativer Energien sein soll. Was vor über zehn Jahren schwer vorstellbar gewesen wäre, passierte nun: die offen atomkraftfreundlichen Parteien sehen keine Zukunft für diese Technologie in der BRD. Sie trauen sich nur noch ihren FreundInnen in der Atomwirtschaft ein paar Jährchen mehr zu bescheren als SPD und Grüne bisher wollten. Das ist ein tatsächlicher Erfolg, der gewiss nicht der Atompolitik von rot-grün zuzurechnen ist, sondern dem gesellschaftlichen Druck, der von der Anti-Atom-Bewegung aufgebaut wurde.

> Geändert hat sich, dass die „pro-Atom-Parteien“ es nicht wagen über AKW-Neubauten zu debattieren, sondern sich bemühen die Atomkraft als „Brückentechnologie“ zu kaschieren.

Auch zu Zeiten der SPD-Atom“ausstiegs“politik waren Laufzeitverlängerungen ein Thema. Zwar ist das schon ein paar Jahre her, aber entgegen den Anti-Atom-Gebärden eines grundsätzlich atomkraftfreundlichen Bundesumweltministers Sigmar Gabriel (der beispielsweise das Endlager Schacht Konrad mit voran getrieben hat) zu Wahlkampfzeiten (peinlich auch, dass die Grünen den Kampf gegen die Atomkraft erst im Wahlkampf wieder entdeckten) waren die Restlaufzeiten nie „gesichert“. Es war in all den Jahren des „Atom-Konsens“ eine gesellschaftliche Kraftfrage, ob Atomkraftwerke weiter betrieben werden konnten oder es zu Abschaltungen kam. Letzteres passierte in Zeiten des „Atomausstiegs“ eher selten.

Wenn jetzt eine Koalition aus CDU/CSU, FDP und Atomwirtschaft die Restlaufzeiten der AKW um einige Jahre verlängert oder ganz aufhebt, ist das ein politischer Rückschlag, der aber wenig Aussagekraft über den Kampf gegen die Atomenergie hat. Würden im Gegenzug ein paar Anlagen stillgelegt werden, weil schwarz-gelb eine Zuspitzung der Auseinandersetzungen um die Atomkraft fürchtet, wäre das ein größerer Erfolg als acht Jahre angeblicher Ausstiegspolitik der SPD-Regierung. Die Laufzeiten können ohnehin mit der nächsten Regierung wieder komplett geändert werden, solange keine verbindliche Regelung gefunden wird.

In dieser Hinsicht ist die nicht gerade als selbstermächtigend zu bezeichnende herrschaftsorientierte Politik von NGOs wie .ausgestrahlt möglicherweise hilfreich, wenn die neue Bundesregierung sich auf diese Weise zu einem „schwarz-gelben Atomausstieg“ überreden lässt. Offen bleibt, ob nicht die selbe oder mehr Wirkung erzielbar wäre, wenn anstatt an die Politik zu appellieren mit direkten Aktionen gegen den Betrieb der Atomanlagen in Verbindung mit Aktionen gegen die Regierungspolitik vorgegangen würde. So würde sich eindringlicher zeigen lassen, welche Macht der Druck „von unten“ entfalten kann, als wenn mit symbolischen Aufläufen simuliert wird, was auf eine allzu atomfreundliche Regierung zukommen könnte. Glücklicherweise gab es während der Koalitionsverhandlungen auch solche Aktionen – im Wendland und anderswo auf der Straße.

Was die Regierungsübernahme von CDU/CSU und FDP an direkten Auswirkungen verursachen kann, zeichnet sich hingegen bereits ab: etliche Teile der Umwelt- und Anti-Atom-Bewegung (sowie wahrscheinlich auch anderer sozialer Bewegungen) scheinen sich zu radikalisieren (wenn auch unter der irrigen Annahme „die falsche Regierung“ wäre schuld an den gesellschaftlichen Zuständen). Auf der Oppositionsbank sitzen nun wieder Parteien, die für sozial- und umweltpolitische Kritik ansprechbar sind und deutlich mehr Druck in Richtung einer menschenfreundlicheren Politik auf die Regierung ausüben werden, als dies mit den ausgesprochen asozialen und atomfreundlichen Parteien der Fall war (wenn auch nur, weil rot und grün sich entgegen ihrer realen Politik einen sozialen Anstrich geben). Das wird zu keinen revolutionären Verbesserungen führen – die sind ohne grundlegende Änderungen des Gesellschafts- und Wirtschaftssystem nicht möglich – aber eben auch nicht zu deutlich schlimmeren Zuständen als unter SPD und Grünen, denn deren „Realpolitik“ zu unterbieten ist schwierig.

Egal welche Regierung sich jetzt für die Interessen der Herrschenden einsetzt, entscheidend bleibt: widerständig sein und politischen Druck aufbauen, die herrschenden Verhältnisse fundiert kritisieren, Alternativen aufzeigen und entwickeln und eine emanzipatorische Organisierung in Angriff nehmen. Erst diese Mischung aus Kritik und Utopien, Widerstand und Alternativbeispielen, direkter Intervention und Autonomie hat das Potenzial zur grundlegenden Verbesserung der heutigen Gesellschaft.

### Spenden für das grüne blatt

Das grüne blatt soll aus einer Mischung aus Abonnements, Fördermitteln, Anzeigen und Spenden finanziert werden. So jedenfalls das Konzept. Der Druck der letzten Ausgaben war finanziell bis zum letzten Moment ungesichert. Damit sich das ändert, brauchen wir Hilfe. Wenn möglich, dann unterstütze das grüne blatt doch mal mit einer Spende:

Konto **1101740600**, BLZ **43060967**, Kreditinstitut **GLS Bank**, Kontoinhaber **Greenkids e.V.**, Verwendungszweck "**grünes blatt**"

# Das BfS-Stilllegungskonzept des ERAM ist untragbar

**fb** **Am 21. Dezember 2009 ging die Auslegungs- und Einwendungsphase zum Stilllegungsverfahren des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) zu ende. Es gab Tausende Einwendungen von betroffenen Menschen aus der Region und darüber hinaus. Mehrere Aktionen von AtomkraftgegnerInnen hatten in den Wochen zuvor auf die untragbaren Zustände im ERAM hingewiesen und dazu aufgefordert, gegen das katastrophale Stilllegungskonzept des Betreibers der Anlage, des Bundesamtes für Strahlenschutz zu protestieren.**

## Grundsätzliche Fakten gegen das geplante Konzept zur Stilllegung des ERAM

Ein Endlager für radioaktive Abfälle muss eine Langzeitsicherheit für mindestens 1.000.000 Jahre gewährleisten. Das zumindest ist Stand der Wissenschaft in Deutschland. Eigentlich muss der zu betrachtende Zeitraum noch größer angesetzt werden, da die ionisierende Strahlung, die von den radioaktiven Abfällen ausgeht weit länger anhält. Unterlagen des BfS zufolge sinkt die Radioaktivität der eingelagerten Abfälle in diesem Zeitraum um drei Zehnerpotenzen, es bleibt jedoch selbst dann noch immer etwa 1011 Bequerel. Da jede zusätzliche Dosis an ionisierender Strahlung zur Schädigung von biologischen Zellen führen kann (aufgrund der hohen Energiezufuhr werden u.a. die Bindungen von DNA-Molekülen zerstört), erhöht diese das Risiko von zeitweiliger oder dauerhafter Gesundheitsschädigung. Das ist nicht nur grundsätzlich inakzeptabel, sondern steht auch im Widerspruch zur grundgesetzlich garantierten körperlichen Unversehrtheit bzw. in besonders schwerwiegenden Fällen zum Recht auf Leben.

Heute weiß niemand wie die Gesellschaft und Technologie in Tausenden oder Millionen Jahren aussehen werden. Darüber sind schlichtweg keine sinnvollen Prognosen möglich. Daher ist es nahezu ausgeschlossen die Sicherung der gefährlichen radioaktiven Stoffe auf die mit den gesellschaftlichen Bedingungen und technologischen Möglichkeiten der Zukunft abzustimmen. Diese Problematik trifft auch auf die Unmöglichkeit sicherer Prognosen über die Entwicklung der geologischen Formationen im Ganzen und noch viel mehr im Detail zu. Es lassen sich Tendenzen vorhersagen, eine hinreichende Sicherheit kann dagegen für Prognosen in diesem Bereich nicht gewährleistet werden.

Es ist weiterhin unmöglich ein vollständiges Wissen über die geologischen Formationen und Schichten zu erlangen. Sowohl destruktive Methoden als auch nicht-destruktive Methoden können dieses Detailwissen nicht erschöpfend beschaffen. Destruktive Methoden wie Bohrungen schaffen nur Wissen über eng begrenzte Bereiche. Alle darüber hinaus gehenden „Erkenntnisse" sind Hochrechnungen der erhaltenen Daten und anderer Kenntnisse der Gesteinsformation. Zwar ist die Treffsicherheit dieser Hochrechnungen teilweise schon recht gut, aber Gewissheit kann so nicht geschaffen werden. Einige nicht-destruktive Methoden (z.B. Einsatz von Schallwellen, seismische Messungen) können flächendeckend eingesetzt werden, aber sie bieten Informationen nur über wenige Aspekte der Gesteinsformationen – auch hier wird aufgrund von Erfahrungswerten lediglich interpoliert und dann gehofft, dass alles richtig ist. Wenn aber der zu betrachtende Zeitraum ausreichend lang ist, werden selbst geringe Wahrscheinlichkeiten bedeutend, da die Eintrittswahrscheinlichkeit steigt.

Nur ein geringer Teil potenzieller Wechselwirkungen zwischen radioaktiven Abfällen, dem Behältermaterial, den umgebenden Gesteinsformationen und Wasser sind heute bekannt. Ständig produziert die Wissenschaft neue Erkenntnisse über solche Reaktionen, oftmals zeigt sich bei näherer Untersuchung, dass als unmöglich betrachtete Reaktionen doch stattfinden können. Damit ist es unmöglich sicher zu stellen, dass nicht gerade aufgrund solcher Wechselwirkungen eine Gefahr für den eingelagerten Atommüll oder vielmehr Menschen und Umwelt besteht.

Kein Behältermaterial ist in der Lage Langzeitsicherheit zu gewähren. Abhängig vom Behältertyp sind Haltbarkeiten von 5 bis 70 Jahren wahrscheinlich. Selbst die Herstellerfirmen wagen es nicht deutlich höhere Haltbarkeiten zu garantieren. In Einzelfällen mag die Lebenszeit eines Behälters länger oder kürzer sein – orientiert muss sich jedoch an den schlechtesten Fällen werden, weil von diesen die ersten Gefahren ausgehen werden. Bei allen heute betrachteten Materialien sind Gefährdungen bekannt, sei es die starke Korrosion des Stahls durch Wasser und Druckeinwirkung oder des Kupferbehälters, der in Skandinavien favorisiert wird, durch im Wasser enthaltenen Sauerstoff und Druckeinwirkung. Selbst bei kurzen Betrachtungszeiträumen wie über die Lebensspanne eines Menschen kann also kein Behälter Sicherheit für den enthaltenen Atommüll gewähren.

> **Heute weiß niemand wie die Gesellschaft in Tausenden oder Millionen Jahren aussehen wird. Und für den Nachweis der Langzeitsicherheit kann kein Beweis erbracht werden.**

Es ist unmöglich mit technischen Barrieren (vom BfS verfolgt: Salzbeton, andere Betreiber setzen aber auch auf Stoffe wie Bentonit) Langzeitsicherheit nachträglich zu schaffen. Wasser findet immer Wegsamkeiten, insbesondere in den Grenzschichten zwischen natürlichem Gestein und der technischen Barriere. Auch hier gilt, dass die bisher kaum bekannten möglichen Wechselwirkungen zwischen Wasser, Material der technischen Barriere und dem umgebenden Gestein große Sicherheitsrisikien birgt. Der Gebirgsdruck formt und beschädigt im Laufe der Zeit alle technischen Barrieren und hebt damit deren Sicherheitswirkung auf.

Für den Nachweis der Langzeitsicherheit über Millionen von Jahren kann kein Beweis erbracht werden. Hierfür müssten Experimente durchgeführt wer-

den, die in ähnlichen Größendimensionen erfolgen und über ähnliche Zeiträume stattfinden. Alles andere sind lediglich Interpolationen aus Werten, die von extrem kurzen Laborversuchen abgeleitet werden. Angesichts der Größenvergleiche und extremen Zeiträume, die betrachtet werden müssten, ist es naiv und inakzeptabel auf solche Hochrechnungen die Sicherheit zukünftiger Generationen aufbauen zu wollen.
Aus allen diesen Aspekten ist ableitbar, dass eine langzeitsichere Lagerung von Atommüll unmöglich ist. Das Wissen über gefährliche Reaktionen und Entwicklungen im und um das Endlager wird immer unsicher bleiben. Daher darf die Lagerung radioaktiver Stoffe auch in Morsleben nicht „zementiert" werden. Es ist unverantwortlich Fakten zu schaffen, die schwer bis gar nicht revidiert werden können, wenn neue Sicherheitsrisiken erkannt würden oder neue Technologien eine bessere Sicherung ermöglichen könnten.

## Spezielle Gründe gegen das geplante Konzept zur Stilllegung des ERAM

Bestimmte Gesteinsformationen bieten Angriffspunkte für eintretende Wässer (z.B. Kalisalz). Solche liegen in Morsleben vor und durchziehen den gesamten Salzstock. Wasser ist ein wichtiger potenzieller Transportweg für radioaktive Partikel in die Biosphäre. In Morsleben ist außerdem zumindest für eine Zutrittsstelle die Verbindung zum Deckgebirge und damit zur Biosphäre nachgewiesen, bei den anderen ist das teilweise noch nicht geklärt. Es gibt also schon heute potenzielle Wegsamkeiten zur Freisetzung radioaktiver Stoffe, das Vorhandensein von Gesteinsschichten wie dem Kalisalz erhöhen das Risiko der Herausbildung weiterer Wegsamkeiten zusätzlich.
Ein weiteres problematisches Gestein ist in dieser Hinsicht der Hauptanhydrit, der sowohl das Einsturzrisiko erhöht als auch leichter wasserdurchlässig ist. Es liegen aufgrund dieser und anderer Gegebenheiten Zonen mit erhöhter Wasserdurchlässigkeit vor. Der aufwärts gerichtete Potentialgradient ermöglicht grundsätzlich das Aufsteigen von Tiefenwasser in höhere Zonen. Auch ist der Abstand zum Salzspiegel beim ERAM zu gering. Und auch die komplexe geologische Struktur mit einem komplizierten Schollenbau im Deckgebirge, Sockelstörungen im Liegenden (deren geologische Struktur zum Teil unzureichend bekannt ist), verbieten eine Nutzung als Atommülllager.
Historische Wassereinschlüsse, wie sie im ERAM ebenfalls vorliegen, können die Gesteinsformationen beschädigen und das Risiko der Freisetzung radioaktiver Partikel durch so entstehende Wegsamkeiten erhöhen. Weitere Beschädigungen können durch Einstürze verursacht werden, die ebenfalls die Freisetzungsgefahr erhöhen. Selbst nach der geplanten Verfüllung des Endlagerbergwerkes werden mehr als 10% der heutigen Hohlräume offen bleiben und bieten damit Spielraum für Verstürze in den Gesteinsschichten.
Auch der Dammbau kann das Wasserproblem in Morsleben nicht lösen. Aufgrund der geringen Barrierewirkung des Deckgebirges herrschen hier grundsätzlich kurze Wasserlaufzeiten vor. Es gibt bereits eine Vielzahl von Lösungszutritten mit der Möglichkeit der weiteren Erhöhung der Zuflüsse. Bis zur vollständigen Schließung kann auch durch den Schacht Oberflächenwasser eintreten; nach der Schließung kann dies nur reduziert, wegen der für Wasserwegsamkeiten anfälligen Grenzschichten zwischen Gestein und Verfüllmaterial kann dieses Risiko aber nicht völlig beseitigt werden. Die Altbohrungen sind eine weitere potenzielle Wegsamkeit für Wasser und Laugen. Ein Absaufen der Anlage ist grundsätzlich jederzeit möglich und historische Erfahrungen mit Salzbergwerken haben gezeigt, dass solche Ereignisse in der Praxis auch extrem schnell und unvorhersehbar geschehen können.
Ein Problem stellen auch die Radonbelastungen dar, die im Betrieb eine Gefahr für die Arbeiter darstellen. Die Abfälle, die eigentlich „in-situ" verfestigt werden sollten, sind ebenfalls ein Risiko, weil unklar ist, wie sie sich auf Dauer verhalten werden. Und hinzu kommt außerdem die Unberechenbarkeit chemischer Reaktionen durch die Mischung verschiedener Abfälle.
Selbst wenn eine reine, unberührte Gesteinsformation vorläge (was in Morsleben nicht der Fall ist), würde diese durch Erkundungsmaßnahmen wie Bohrungen, sowie durch Exploration und die Errichtung bzw. den Ausbau des Endlagerbergwerkes beschädigt werden. Diese „Wunden" können nicht vollständig wieder repariert werden. Immer bleibt wenigstens die leichter angreifbare Grenzschicht zwischen dem natürlichen unberührten Teilen und den künstlichen Verschlüssen. Oft ist eine saubere Schließung von Bohrlöchern aber ohnehin nicht möglich, so dass Schichten vermischt oder ineinander versetzt werden und somit keine sichere Barriere mehr bieten können (falls sie es zuvor überhaupt taten). Auch wenn Morsleben bereits von Anfang an diesen Anforderungen nicht entsprach, gilt jedoch auch hier, dass destruktive Erkundungsmaßnahmen zu weiteren Schädigungen und Gefahrerhöhungen im Salzstock führen und führten.



**das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) an der ehemaligen innerdeutschen Grenze in Sachsen-Anhalt**

Alle Risiko-Modelle, die in Betracht gezogen werden, beruhen letztlich auf Annahmen. Es gibt nirgendwo auf der Welt Erfahrungen mit der Langzeitlagerung von Atommüll. Also selbst wenn im Rahmen der Risiko-Modelle ein Sicherheitsnachweis erbracht würde, wäre dies kein wirklicher Nachweis der Langzeitsicherheit der eingelagerten radioaktiven Abfälle.
Durch den Klimawandel und die damit verbundenen möglichen Veränderungen entstehen neue Gefahren auch für das ERAM. Die Forschung ist noch nicht

fortgeschritten genug, um umfassende Aussagen über die tatsächlichen Gefahrenfelder zu machen. Unberechenbare Aspekte sind hier klimatische Veränderungen, das Steigen des Meeresspiegels, Folgeauswirkungen auf die Bewegungen im Gebirge und Grundwasser, Gletscherbewegungen, die das Deckgebirge „abrasieren" etc. Es ist unverantwortlich Morsleben zu verschließen und den „Schlüssel wegzuwerfen" angesichts dieser noch unerforschten Risiken.

darf. Skandale im Zusammenhang mit Atomfirmen und Aufsichtsbehörden haben die Medien in den letzten Jahren gefüllt. Auch wenn in Morsleben bisher nicht nachgewiesen werden kann, dass selbiges vom neuen Betreiber geschieht oder sich die Genehmigungs- oder Aufsichtsbehörde so verhält, ist doch Misstrauen angebracht. Hinzu kommt, dass nun auf Bundesebene die Reaktorsicherheit von einer Person angeführt wird, die sich das Misstrauen eifrig verdient hat und verantwortlich für die Durchsetzung der Einlagerungen in Morsleben in den 90er Jahren entgegen bekannten Sicherheitsproblemen war. Das Bundesumweltministerium kann gegebenenfalls Weisungen zur Interpretation von Sicherheitsfragen und zum Vorgehen an das Landesumweltministerium erteilen und tat das in der Vergangenheit auch mehrfach.

**„Das BfS hat in seinem Stilllegungsplan die Rückholbarkeit und langfristige Überwachung des Einlagerungsbereichs nicht ausreichend untersucht.**

Unklar ist auch, wie das Wissen über die radioaktive Gefahr, die im Untergrund von Morsleben lauert, für Tausende Generationen bewahrt werden kann. Menschliche Erfahrung mit der Überlieferung von Langzeitwissen gibt es quasi nur im Zusammenhang mit Religionen. Aber z.B. das Christentum wies innerhalb von nur 2.000 Jahren mehrfache Veränderungen in der Interpretation und Übersetzung seiner überlieferten Grundlagen auf. Es ist nicht vorstellbar, wie das Wissen über eine bestimmte Gefährdung über eine Million Jahre transportiert werden kann, da sowohl die Sprache, das Verständnis, die Denkweise und selbst die Lebewesen wechseln können und werden.

Es gibt außerdem die Beispiele menschlicher Geschichte, wo bereits über die Gefahren der Radioaktivität gewarnt wurde (z.B. in Australien in Höhlenmalereien, die die Gefahr, die vom Uran ausgeht, als giftige Schlange darstellten), doch auch hier ging entweder das Wissen verloren (so dass über die konkrete Bedeutung der Botschaften spekuliert werden muss) oder die Warnungen werden trotz ihrer Kenntnis ignoriert (siehe Australien).

Die Lügen über die Sicherheit des ERAM durch verantwortliche Personen auf Betreiberseite und in der Bundesregierung seit der Übernahme Morslebens in den Bestand der bundesdeutschen Atomanlagen haben gezeigt, dass den Verantwortlichen nicht getraut werden

In Morsleben zeige sich in der Vergangenheit immer wieder Fehlverhalten auf Betreiberseite: So ist aufgrund mangelhafter Erfassung eingelieferter Abfälle das Inventar bis heute nicht im Detail bekannt. Die Radioaktivität und Langlebigkeit, die von den Stoffen und ihrer Bindung abhängig sind, wurde daher nur auf Grundlage von Annahmen ermittelt. Davon ausgehend sollen nun Sicherheitsnachweise erbracht werden. Das ist unglaubwürdig. Über Jahrzehnte wurde die Bevölkerung nicht über das wirkliche Inventar und Sicherheitsprobleme informiert bzw. diesbezüglich sogar belogen. Das Wissen und die Hinweise von GutachterInnen auf problematische Aspekte wurden oft ignoriert, heruntergespielt oder nur oberflächlich bearbeitet.

Es gab keine Konsultation der Bevölkerung bei der Auswahl des Standortes. Es ist auch bekannt, dass alte Bergwerke, die wie hier über einhundert Jahre schon in Betrieb sind, nicht für die Endlagerung radioaktiver Abfälle geeignet sind. Da die Bergwerksteile „Marie" und „Bartensleben" miteinander verbunden sind, müssen alle auftretenden Probleme für alle Bereich betrachtet werden. Die Ausdehnung und Lage der ursprünglichen Hohlräume des ERAM sind nicht vollständig und nicht überall im Detail bekannt. Dies ist umso problematischer als gerade im Bergwerksteil Bartensleben ein hoher Durchbauungsgrad vorliegt und insgesamt sowieso ein sehr großes Hohlraumvolumen vorliegt. Auf einer solchen Wissensbasis darf keine Gefahrgutanlage betrieben werden.

Hinzu kommt das fehlerhafte Verhalten der neuen Leitung des Betreibers bei der sogenannten „vorgezogenen Versatzmaßnahme" zur Gefahrenabwehr im Zentralteil. Hier wurden etwa 800.000 Kubikmeter Salzbeton auf den höher gelegenen Sohlen des Bergwerkes eingebracht, die nun auf den Schweben des darunter liegenden Endlagerbereiches lasten und an der festgestellten Einsturzgefahr einer Decke über einer Einlagerungskammer mit radioaktiven Abfällen mitschuldig sind. Auf dieses Risiko hatten Umweltgruppen und das Morsleben-Netzwerk bereits zu Beginn der Maßnahme hingewiesen, Betreiber und Genehmigungsbehörde behaupteten jedoch eine solche Gefahr sei ausgeschlossen. Die Forderung Einsicht in die Akten dieser Verfüllmaßnahme nehmen zu können, um die möglichen Auswirkungen von unabhängiger Seite zu betrachten, wurde damals abgelehnt.

Im ERAM lagert hochradioaktives Material, das nicht unter die Dauerbetriebsgenehmigung fällt und hier nicht bleiben darf.

Das BfS hat in seinem Stilllegungsplan die Rückholbarkeit und langfristigen Überwachung des Einlagerungsbereichs nicht ausreichend untersucht und nicht ernsthaft gegen das eigene Konzept abgewogen. Es mangelt auch an einer dauerhaften Umgebungsüberwachung auf Radioaktivität und geologische Veränderungen im Umfeld des ERAM nach Abschluss der geplanten Schließung. Das Stilllegungskonzept muss die Anpassung der Sicherheitsmaßnahmen an den jeweiligen Stand von Wissenschaft und Technik ermöglichen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass einzelne spezielle Kritikpunkte theoretisch vielleicht lösbar sein könnten, die Erfahrung mit der Atomwirtschaft und in den Endlagern der Welt jedoch die Wahrscheinlichkeit, dass die Lösung einzelner dieser Probleme eine wesentliche Verbesserung der Sicherheit bewirken können, ist gering. Problematisch ist auch, dass eine solche weittra-

gende Entscheidung von Autoritäten und im Zusammenspiel mit einem Betreiber, der in der Vergangenheit durch dreiste Lügen den Weiterbetrieb des ERAM durchsetzen wollte, getroffen werden. Eine solche Entscheidung sollte nicht von irgendwelchen abgehobenen Institutionen getroffen werden dürfen, sondern im Einvernehmen aller Betroffener. Würden die Meinungsbekundungen im Rahmen dieses „Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahrens" ernst genommen werden, dürfte der Plan des BfS nicht umgesetzt werden.

## Gesellschaftlicher Blick auf Metaebene

Die Nutzung der Atomkraft ist eine Herrschaftstechnologie. Sie ist nicht denkbar ohne Herrschaftsinstrumente und -apparate. Herrschaft bedeutet, dass jemand ohne Rücksicht auf die Interessen, Bedürfnisse und Umstände Anderer (z.B. Meinung, Gesundheit, Leben, Gestaltungswille) eigene Interessen durchsetzen kann (beispielsweise mit Befehlen, Anweisungen, Auflagen, unmittelbaren Zwang), ohne die Folgen dessen (z.B. Gefahren durch Radioaktivität) selbst in Kauf nehmen zu müssen (Fehlende persönliche Betroffenheit).

**“Eine solche Entscheidung sollte nicht von irgendwelchen abgehobenen Institutionen getroffen werden dürfen, sondern im Einvernehmen aller Betroffener.**

Dafür gibt es viele Beispiele: Atommüll- und Brennstofftransporte in Deutschland werden oft gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt – Polizei, Geheimdienste und teilweise auch Militär werden dabei eingesetzt. Oft wären die Transporte ohne diese Herrschaftsinstrumente nicht durchführbar. Das Uran als Brennstoff für die Atomindustrie könnte ohne Herrschaft kaum gewonnen werden, weil in einer Gesellschaft, in der die Betroffenen frei entscheiden können, ob sie sich einer Gefahr (z.B. Uranabbau betreiben) aussetzen, ihren Lebensraum zerstören oder vergiften lassen (durch Uranminen) oder auch nur die gefährlichen Transporte durch ihre Lebensräume zulassen wollen, unwahrscheinlich ist, dass die notwendige Zustimmung erlangt würde.
Und auch in der Endlagerfrage zeigt sich weltweit, dass kein Endlager ohne Herrschaftsmittel (in der Regel durch den Staat, der den Standort gegen den Willen der Betroffenen durchsetzt) realisierbar wäre.
Eine Energieversorgung ohne Einsatz von Herrschaft macht es notwendig, dass alle Betroffenen ihr Einverständnis dafür zeigen, sie müsste also ressourcensparend (wenig Arbeitskraft fordernd, wenig Eingriffe in Lebensräume bedeutend), ungefährlich und ausreichend nützlich sein, damit sie Zustimmung erlangt. Atomtechnologie ist das Gegenteil

**“Es ist nur möglich eine bessere unter lauter schlechten Varianten zu wählen. So zu tun, als könne Morsleben „sicher“ stillgelegt werden, ist gefährlich und darf nicht geschehen. Es gibt kein sicheres Morsleben.**

– für die Erzeugung des Atomstroms müssen enorme Eingriffe in die Natur vorgenommen werden, es entstehen gefährliche langlebige Altlasten, jede Stufe der Verarbeitung ist gesundheitsschädlich und meist mit dem Risiko größerer Unfälle verbunden, sie ist ineffizient und nützt im Wesentlichen den Herrschenden, die Profit aus den hochsubventionierten Großkraftwerken schlagen wollen oder sich die militärische Option auf den Bombenrohstoff sichern möchten.
Atomtechnologie ist außerdem nur als zentrale Energieerzeugung in den Händen weniger kapitalstarker Konzerne (oder Regierungen) realisierbar. Die Profite gehen wieder in die Taschen dieser ohnehin mächtigen Organisationen und verstärken das Machtgefälle. Eine gleichberechtigte, fortschrittliche Gesellschaft ist mit Atomkraft nicht denkbar.
Morsleben ist ein Beispiel für diese Problematik. Auch hier wird das Interesse mächtiger Institutionen (ob es nun aufgrund der Verquickungen mit der Atomindustrie oder der zugrundeliegenden Systemlogik daran gelegen ist, einen Entsorgungsnachweis für den Atommüll zu schaffen und damit den Weiterbetrieb von Atomanlagen zu ermöglichen, oder ob es um die Machtinteressen von verantwortlichen PolitikerInnen geht, die darum bangen nicht wieder gewählt zu werden, wenn sie unpopuläre Entscheidungen treffen) gegen die Interessen derer, die darunter zu leiden haben werden (und seien es die zukünftigen Generationen, die sich hier und heute nicht wehren können), durchgesetzt werden.

## Fazit

Im Detail liegen unzählige ungelöste Probleme vor, die gegen das Stilllegungskonzept des BfS sprechen. Viele davon sind prinzipiell oder praktisch unlösbar. Außerdem sprechen auch grundsätzliche Gründe gegen die Atommülllagerung in Morsleben.
Mit einer behördlich abgesegneten Stilllegung dieses nach derzeit einhelliger Auffassung von Betreiber und kritischen WissenschaftlerInnen völlig ungeeigneten Endlagers wird ein Präzendenzfall geschaffen, der ganz nach Lust und Laune später an anderen Standorten wiederholten werden kann. Denn was einmal genehmigt wurde, kann beim nächsten Mal auch wieder eingefordert werden (zumindest tendenziell).
Die Atommülllagerung in Morsleben steckt in einem Dilemma. Die radioaktiven Abfälle können dort offenkundlich nicht sicher gelagert werden; es gibt jedoch aus grundsätzlichen Gründen auch keine wirklich sichere Alternative. Jeglicher Umgang mit dem radioaktiven Material bringt Gefahren mit sich. Es ist nur möglich eine bessere unter lauter schlechten Varianten zu wählen. So zu tun, als könne Morsleben „sicher" stillgelegt werden, ist gefährlich und darf nicht geschehen. Es gibt kein sicheres Morsleben, das muss auch auf Dauer als Mahnung und Druckmittel gegen die Unverantwortlichen, die derartigen Sondermüll produzieren, bestehen bleiben.
Dabei müssen alle nur möglichen Maßnahmen zur Sicherung gegen die Gefahren, die von dem radioaktiven Inventar ausgehen könnten getroffen werden. Das wird teuer, politisch unpopulär und von enormer Dauer sein müssen (einige Millionen Jahre). Hierfür könnten die Atomunternehmen und alle Interessengruppen herangezogen werden, die von der Atomtechnologie profitiert haben oder wollen. Da auch diese das nicht sehr lange leisten könnten, müsste jedenfalls die Produktion weiterer Problemstoffe sofort beendet werden, also alle Atomanlagen sofort abgeschaltet werden.

## Infos zum ERAM und Sicherheitsproblemen gibt es u.a. hier:

- http://morsleben-stillegung.de
- http://greenkids.de/morsleben
- http://morsleben-kampagne.de
- http://www.steine-fuer-morsleben.kulturserver-san.de/

# Querstand im Querumer Forst

**60 000 Bäume sollen gerodet werden im Querumer Forst – die größte punktuelle Waldzerstörung im norddeutschen Raum der letzten Jahrzehnte. 60 000 Bäume sollen gerodet werden für den Ausbau des Braunschweiger Flughafens – wäre bei der aktuellen Klimaproblematik der Rückbau aller Flughäfen doch das einzig sinnvolle. 60 000 Bäume sollen gefällt werden – und jeder einzelne davon hat soviel CO2 gebunden, wie ein durchschnittlicher VW-Wagen jährlich verbraucht.**

floh Apropos VW – Ausbaubetreiber ist in erster Linie die Volkswagen AG deren Manager ohne Einschränkungen in der Weltgeschichte herumfliegen möchten.

Für den Standort ist das natürlich von immenser Wichtigkeit, dass die VW-Manager sich wohl fühlen, und da müssen schon Prioritäten gesetzt werden, schließlich hängt ja unser aller Arbeit von dem Wohlergehen der Wirtschaft ab...

Andererseits sehen das nicht alle so. Täglich mobilisieren AusbaugegnerInnen in den Wald zum Spaziergang gegen die Rodung. Was nun erstmal etwas langweilig klingt, hat es aber bei genauerem Hinsehen in sich. Fast aus jedem Spaziergang entwickeln sich Harvesterblockaden. Die Rodungsarbeiten werden fast täglich für mehrere Stunden gestoppt. Die AnwohnerInnen sind wütend.

Den bisherigen Höhepunkt erreichte der Widerstand am Samstag, den 16.01.10, als über 100 Menschen in den Wald kamen um die Baumrodungen zu blockieren. Polizei, Security und RodungsarbeiterInnen waren so sehr überfordert, dass sie einfach den Wald verließen, und die AusbaugegnerInnen alleine mit ihrem ersten kleinen Sieg ließen.

Im Wald wurde dann auch ein kleines Ausbaugegnerinnencamp errichtet, bei Schnee und eisigen Temperaturen. In mehreren Zelten wohnen die AktivistInnen nun, um schon früh am Morgen die Harvester zu begrüßen, und sie per Sitzblockade zu stoppen, wie gleich am ersten Morgen geschehen.

Nun wird der Polizeiapparat sicherlich aufrüsten, um solche Niederlagen nicht täglich einstecken zu müssen, und um in guter, alter Tradition mal wieder einen Flughafenausbau durchzuknüppeln.

Also wird es darauf ankommen, ob der Widerstand darauf eine Antwort findet. Zum Beispiel auf das Ausweiten des Widerstandes auf Kreativität und Aktionsfelder, bei denen die Bullerei nicht mit reiner Masse dagegen ankommt. Oder durch das Ausweiten des Widerstandes auf andere Spektren – sind doch bisher fast nur AnwohnerInnen aktiv. Wenn sich AktivistInnen mit Kletter-, Lock-On- oder sonstigem Blockade-know-how einbringen, würde das den Widerstand ebenfalls auf ein höheres Niveau heben.

(Stand: 17.01.2010 )



**Rodungsfläche am 16.1.**



**Harvesterblockade am 10.1.**

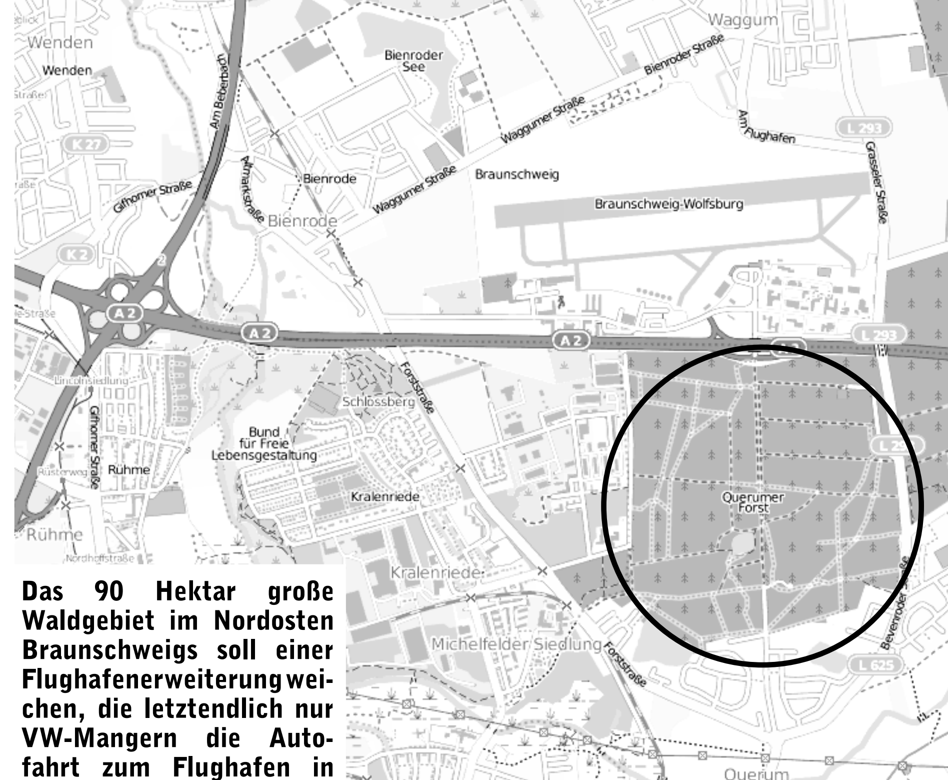


**Sitzblockade am 18.1.**



**stillstehender Harvester am 15.1.**






**Das 90 Hektar große Waldgebiet im Nordosten Braunschweigs soll einer Flughafenerweiterung weichen, die letztendlich nur VW-Mangern die Autofahrt zum Flughafen in Hannover verkürzt.**








# Forest Occupation in Guilleries/Spain

**desdelsboscos** Since october 17th we're occupying a piece of forest that was meant to host one of the hundreds of electrical towers that conform the new Very High Voltage (MAT) power line, and that will eventually interconnect France, Spain and, time will tell, Africa. The place we now call our home is in an area called Guilleries (Girona), near Sant Hilari Sacalm village, at about 1000 metres high and surrounded by mountains in a pretty isolated environment.

The reasons for this occupation are many: we won't accept without fighting yet another gigantic infrastructure that will solve absolutely nothing and in fact, will worsen things up. We have to choose which side we're on: either we stand for western civilization or we fight against it. It's time for action. This is an attempt to show that some people still have what it takes, that challenging the establishment is a condition for us to be able to live in this world.

Some of the "problems" this MAT line hopes to solve are: to be able to secure electrical power for the tourist villages (especially in summer) of Girona (Costa Brava, for example); electrical supply for the TAV/AVE (which would happen to be the first one to need it!); avoid electrical blackouts like the one of 2007 in Barcelona... We're not going to enter the debate arena in which one side shows an "independent study" that states how much this power line is needed and the other side comes yet with another study that shows the opposite. It's obvious which side we're with, but we state that it is imperative to actually FIGHT this power line and not just keep debating and making press conferences.

In the meantime, we're trying to build the foundations of a new world starting right here and now, reconnecting with the Earth. Living what our instincts tell us, hurting the empire and making pressure on its fissures. From here, from the forests that have always hid the rebels, maquis, conspirators and plotters. We can still be kinda invisible and feel protected by these forests.

They've sold us the idea of progress and science as a panacea that will free humanity of its fears and that will give us commodities never dreamed before. A commodity that, on the other hand, we never get to catch because progress has to create new gadgets every single minute. What we're able to see is that progress reduces us to total useless persons, full of insecurities and passivity. Every moment we spend in this world we lose knowledge about how a life would be without all these commodities they sell to us.

So long the occupation is very successful. In this (almost) two months, a lot of structures have been built: many beds on the trees, a communal "chill" house in between three trees to read and plot, a communal kitchen, a info point, a "warehouse" to store materials and keep things dry... and many resistance structures that will keep police busy for (we hope) some days when they try to evict us. Also very important has been the help and involvement of many people we didn't know until some weeks ago: local people from the nearby villages, people from Barcelona and other cities that show up and help, people that decide to stay for some days (or even that came to live with us) and bypassers that are curious of what we're doing.

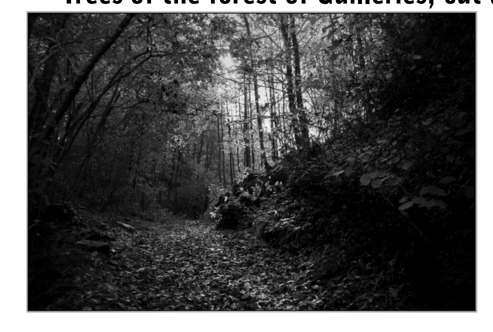
Our communication strategy has been to try to communicate directly with people instead of letting mass-media portray us and manipulate us as they want. No work has been done with them. We have used our own means: texts, flyers, posters, face-to-face talking with people of the villages, social´movements and our own blog (desdelsboscos.blogspot.com). Mass-media are never impartial, less when they're means to enrich themselves and to keep this capitalist machine running full-speed. That's why we invite everyone to show up with no cameras or microphones.

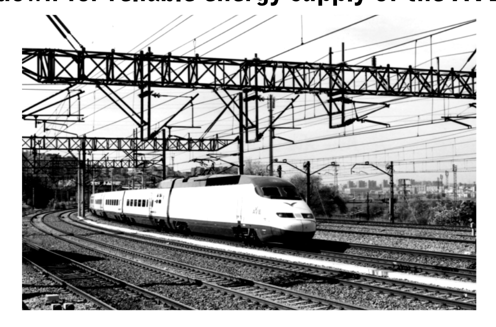
From the forest, a big hug to all people trying to get rid of this capitalist-industrialist system and that struggle to create a world without any kind of domination!

http://desdelsboscos.blogspot.com

desdelsboscos ÄTT gmail.com

**Trees of the forest of Guilleries, cut down for reliable energy supply of the AVE high speed train and tourist resorts.**







# Schrumpftum statt Wachstum

## Décroissance[1] – eine praktische antikapitalistische Alternative.

## Interview mit Elisabeth Moy

**In so genannten entwickelten Gesellschaften wird viel Wert auf materielle Gegenstände gelegt, ohne dass hinterfragt wird ob sie nützlich und unverzichtbar sind oder glücklich machen wie die Werbung verspricht. Die gesellschaftliche Ordnung basiert auf Wachstum und Anhäufung von Waren, aber ein ewiges Wachstum ist nicht möglich. Wir leben in einer endlichen Welt. Die Grundressourcen sind begrenzt. Wachstums- und Kapital-Sucht führen zu Ungerechtigkeit, zur Erschöpfung der Ressourcen und Umweltzerstörung. Das sind die Grundgedanken, die Menschen dazu bewegen, für Schrumpftum zu kämpfen. Ein Gespräch mit der französischen Schrumpftumsaktivistin Elisabeth Moy.**

**Wie bist du zum Thema Schrumpftum gekommen?**

Elisabeth Moy: Durch Begegnungen und Überlegungen. Viele Wege können dahin führen, in meinem Fall war meine Auseinandersetzung mit meinem ökologischen Fußabdruck der Auslöser. Mir ist bewusst geworden, dass wir noch zwei oder drei Planeten brauchen würden, wenn alle Menschen in der Welt genauso viel konsumieren würden wie ich es tue – auch wenn die Umwelt mir am Herzen liegt und ich meinen Energieverbrauch immer zu begrenzen versuche.

**Schrumpftum führt uns erst weiter, wenn praktische Aspekte in Betracht gezogen werden. Wie waren die Anfänge?**

Es geht darum, weniger zu konsumieren, wo es möglich ist. Ich habe drei Jahre lang auf das Auto verzichtet und bin per Anhalter gefahren, dadurch habe ich viele Menschen kennen gelernt und die Welt anders entdeckt. Wiederverwenden ist auch wichtig. Ich kaufe beispielsweise keine Kleidung mehr und habe trotzdem immer zu viel davon! Zudem versuche ich so wenig Geld auszugeben wie möglich.

Ich wollte außerdem auf dem Land arbeiten und leben, ohne mit dem Auto zur Arbeit zu fahren, weil es sehr umweltverschmutzend ist und viel Energie und Rohstoffe verbraucht. Ich habe eine landwirtschaftliche Ausbildung und bin entschlossen, Landwirtin zu werden. Ich habe Bauern und Bäuerinnen getroffen, die mit Pferden arbeiten. Das hat mir gefallen, ich habe mich ein Jahr lang weiter gebildet und möchte nun stark mit Pferden arbeiten.

**Und die Schwierigkeiten?**

Da gibt's viele! Um ohne Widersprüche zu meinen Ideen zu leben und einen verallgemeinerbaren ökologischen Fußabdruck zu erreichen, müsste ich ganz außerhalb der heutigen Gesellschaft leben. Das will ich nicht. Ich bin also nur zum Teil konsequent: ich habe wieder ein Auto und benutze es zu oft, aber auf Kurzstrecken unter 10 km fahre ich Fahrrad. Ich besitze keinen Fernseher, aber einen Computer. Ich habe eine Digitalkamera, aber kein Handy. Es ist nicht einfach, mit wenig Geld zu leben, weil die Immobilienpreise sehr hoch sind. Ich verbrauche, soweit es geht, lokale biologische Produkte, aber das ist nicht einfach. Sie sind nicht überall zu finden, manchmal teuer. Beruflich kam eine weitere Schwierigkeit dazu: ich musste ein Grundstück suchen. Ich habe gerade eines gekauft und werde bald mein erstes biologisches Gemüse ernten.

**Was setzt du heute im Alltag um?**

Viele Kleinigkeiten: Die Mietwohnung so wenig wie möglich heizen, weil sie leider mit Elektroheizung ausgestattet ist, wie sie in Frankreich weit verbreitet sind. Auf Wegwerf-Gegenstände wie Stofftaschentücher verzichten, Bio-Produkte aus der Saison verzehren, biologisch abbaubare Haushaltsprodukte verwenden, mein Waschpulver aus Wasser und Asche sowie meine Zahnpasta aus Ton und Bikarbonat selber herstellen, Fahrrad oder Zug fahren, Mitfahrgelegenheiten nutzen ... ich bin seit Jahren nicht mehr geflogen, vermeide übermäßig verpackte Produkte, achte auf die Mülltrennung und gehe Containern, also Verwertbares aus dem Müll holen. Ich will auch kein Wasser verschwenden.

### Die "SchrumpftumsbewegungEN" in Frankreich

Es geht darum, anders zu leben und weniger zu konsumieren. Menschliche Kontakte ersetzen materielle Dinge. Es ist auch wichtig, sich miteinander auszutauschen und Ideen nach außen zu tragen. 2005 und 2006 fand zum Beispiel jeweils im Sommer ein einmonatiger langer "Marche pour la Décroissance" durch Frankreich statt. Direkte Aktionen des zivilen Ungehorsams auf der Straße sind wichtig, um die Bevölkerung zum Nachdenken zu bringen. Es geht außerdem darum, das System direkt anzugreifen. Aktionen gegen Werbung finden in unterschiedlichen Formen statt. Daran beteiligt sich in Frankreich ein breites Spektrum von AktivistInnen: StudentInnen, KünstlerInnen, Arbeitslose, Erwerbstätige, Jugendliche und ältere Menschen.

Infos und eine Linksammlung zum Thema:

http://www.eichhoernchen.ouvaton.org/deutsch/glob-konsum-kritik.html

1. Der französische Begriff Décroissance (Schrumpftum) wurde aus der negativen Vorsilbe „dé-" (etwa „zurück-" oder „ent-") und aus croissance (Wachstum) gebildet. Man spricht von „Wachstumsgegnern", von „Wachstumsrücknahme", von „negativem Wachstum", was aber nicht genau den französischen Begriffen entspricht. „Décoissance" wurde erfunden, nachdem Begriffe wie „Nachhaltige Entwicklung" ihren Sinn verloren haben, weil sie von verschiedenen Lobbys übernommen wurden. (Stromkonzerne werben z.B für nachhaltige Entwicklung mit Atomkraft). Der Begriff „Décroissance" ist viel weitgehender und stellt die Konsumgesellschaft in Frage.







LA DÉCROISSANCE, PUBLIÉE PAR CASSEURS DE PUB
N° 61 - juillet-août 2009 - 2 €



Magali, réfractaire à la conso

Les bonnes affaires de Yann Arthus-Bertrand

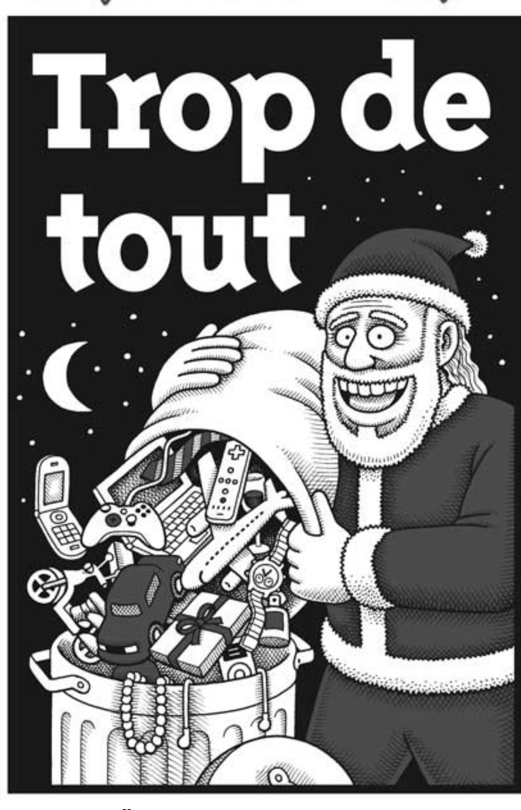
Une saloperie à ne pas acheter : le chien

Cahiers en supplément
La décroissance contre Malthus

Bédé spéciale éco-zombis






LA DÉCROISSANCE, PUBLIÉE PAR CASSEURS DE PUB
N° 65 - décembre 2009 - janvier 2010 - 2 €

Un programme de sortie de crise



Simplicité volontaire : un prophète

La saloperie : la teinture pour cheveux

Philippe Meirieu, pas écolo et mauvais pédago

Débat : Où sont passés les poètes ?



**»La Décroissance«, "die Zeitung der Lebensfreude". Titel: "Sie haben die Ökologie verkauft" und "zu viel von allem"**

Wenn wir in unseren Bauernhof einziehen, werden wir ein Kompostklo bauen.

**Stehst du in Verbindung mit anderen SchrumpftumsaktivistInnen?**

Ja, auch wenn die sich nicht immer so nennen. Es ist mir wichtig, mich mit Menschen auszutauschen, die ähnliche Ideen haben. Wir haben gerade einen gemeinsamen Laden eröffnet, wo wir unsere vor Ort selbst hergestellten biologischen Produkte direkt verkaufen. Das ist auch Schrumpftum: Kürzere Wege, weniger Pestizide.

Gibt es eine „Schrumpftumsbewegung" als soziale Bewegung in Frankreich?

Ich bin mir nicht sicher. Vielleicht sollte eher die Rede von BewegungEN sein - weil Schrumpftum vielfältig verstanden und umgesetzt werden kann. Manche kommen zu dem Thema über philosophische Ansätze, andere über die politische Ökologie, viele sind überzeugte Anarchistinnen und Anarchisten. Sie haben alle interessante Ideen zu teilen, sind sich aber nicht über alles einig. Zum Beispiel darüber, ob man sich an Wahlen beteiligt. Da gibt es eine gewisse Auseinandersetzung. Andere mögen das Wort schrumpfen nicht, weil es negativ klingt.

**Wie vermitteln die Bewegungen ihre Ideen und deren praktische Umsetzung nach außen?**

Das Wort Décroissance hat seit einigen Jahren seinen Platz in den „großen Medien" gefunden: meine erste Begegnung mit dem Begriff war 2005 ein Beitrag von Serge Latouche in Le Monde Diplomatique. In den Medien, zum Beispiel im Radio, wird das Thema aber meist verunglimpft. Alternative Medien wie "La Décroissance", "Silence", "L'Age de Faire" oder "Casseurs de pub" („Reklamezerstörer") haben wenig Einfluss auf Menschen, die nicht bereits zum Kreis der Überzeugten gehören. Pierre Rabhi und Menschen aus seinem Umfeld haben versucht, dies im Rahmen der Präsidentschaftswahl zu thematisieren.

**Was für Projekte in Richtung Schrumpftum hast du noch?**

Ich habe auch eine Stute für die landwirtschaftliche Arbeit dressiert. Ich wünsche mir, in wenigen Jahren ganz ohne Trecker arbeiten zu können. Es ist aber nicht einfach, zum Beispiel bei Gemüselieferungen oder Freizeitaktivitäten im Gebirge. Wir werden die Abwasserbehandlung mit Pflanzen realisieren. Wir wollen ein ökologisches Haus bauen, aus Holz und Stroh (das isoliert sehr gut), mit Wintergarten für den Winter, guter Lüftung und Überdach für den Sommer. Für mein Gemüse wünsche ich mir auch einen Keller. Und ich möchte meine zukünftigen Kinder mit diesen Ideen und praktischen Beispielen erziehen.

Interview und Übersetzung:

Eichhörnchen

# (Alp-)Traum Jukss

## Brennt der Jukss Menschen aus?

**Bisher brechen jedes Jahr Menschen aus der Organisationsgruppe des Jugendumweltkongresses (kurz: Jukss) wegen Überlastung zusammen. Da es auch dieses Mal bei der Organisation des Jukss zum Jahreswechsel 2009/2010 in Elmshorn nicht anders war, hat die diesjährige Gruppe eine Supervisorin eingeladen. Am 28.12.09 gab es einen Workshop zum Thema Struktur der Selbstorganisation in linken Zusammenhängen und vor allem beim Jukss.**

Die Teilnehmenden haben beschlossen, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob der Jukss so existenzfähig ist bzw. wie er es werden kann. Das heißt: ohne Burnouts und Überlastungen in der Orgagruppe, mit einer hierarchieabbauenden und tatsächlich herrschaftsfreien Organisationsstruktur, die sich weiterentwickelt. Hin zu einer gerechten Verteilung von notwendiger Arbeit und auch von Verantwortung.

## Doch wie kommt es zum Burnout?

Neben vielen Detailproblemen gibt es einen Zyklus, der sich jedes Jahr wiederholt. Am Anfang des Jahres gibt es relativ viele motivierte Jukssis, die sich an der Organisation des nächstjährigen beteiligen wollen. Begeisterte Stimmen von Menschen, die den Jukss unglaublich toll fanden, geben der Orgagruppe sehr viel Anerkennung für ihre Arbeit. Gleichzeitig ist der Anfang des Jahres die Zeit, in der am wenigsten zu tun ist. Insbesondere, da die Finanzabrechnung des vorangegangenen Juksses sowie die neuen Finanzanträge meist von Mitgliedern des vorigen Orgateams erledigt werden, weil extrem viel Wissen dafür nötig ist und die Einarbeitung von Neulingen länger dauert als die Fristen es zulassen.
Ab Sommer gibt es immer mehr konkrete Arbeit, die mit weniger und zum Teil ohne besondere Vorkenntnisse erledigt werden kann. Anerkennung für das Engagement und Unterstützung bekommt die Orgagruppe in dieser Phase jedoch fast gar nicht mehr, denn im Sommer denkt niemand an Silvester. Gleichzeitig bröckeln auch nach und nach über das gesamte Jahr Orga-Interessierte weg. Denn der Jukss scheint weit in der Ferne und es gibt so viel außerhalb der Jukssorga zu tun. Privates wie Politisches. Im November und Dezember, der arbeitsreichsten Phase der Jukss-Organisaton, sind dann kaum noch Menschen in der Orgagruppe, denn spätestens im August hat das Grüppchen sich auf drei bis fünf Menschlein reduziert. Das sind genau diejenigen, die am Ende häufig ausgebrannt sind. Wegen der vielen Arbeit ist es nicht möglich, sich auf Orgatreffen ausgiebig mit den sozialen Beziehungen oder emotionalen Nöten zu beschäftigen. Da oft auch kaum Zeit mehr bleibt, sich um Freundschaften oder soziale Kontakte zu kümmern, kann das auch außerhalb schlecht aufgefangen werden.

## Um diesen Zyklus zu durchbrechen, wurden drei Ideen entwickelt.

Da die Hauptarbeit ab Sommer auftritt, kam der Gedanke, einen Mini-Sommerjukss (ohne großen Aufwand, aber bevor die Schulen in die Sommerpause gehen) zu veranstalten, um den Jukss im Winter zu organisieren. So könnte vielleicht das Motivationsloch und der Orga-Schwund aufgefangen werden. Auf dem Mini-Sommerjukss würden dann keine Workshops stattfinden, sondern die Organisierung des Winter-Jukss im Vordergrund stehen.
Als zweite Idee wäre es (darauf aufbauend) möglich, den Zyklus der Orga zu verschieben, indem Neu-Interessierte erst zum Sommer eingeladen und nach dem nächsten Sommer entlassen werden. Dann würde es für das neue Orgateam bis zum Winter nur um die technische Planung und Durchführung gehen (Finanzen, Schulsuche, Inhaltliche Ausrichtung und Struktur würden von der "alten" Jukssorga schon grob vorgegeben). Erst im Frühling (nachdem die neue Orgagruppe Erfahrung gesammelt hat) würde sie sich mit der inhaltlichen und strukturellen Vorbereitung des nächsten Jukss beschäftigen. Dadurch wird es möglich, den angenehmen Teil der Arbeit genau zum Zeitpunkt der größten Anerkennung zu erledigen, und so (hoffentlich) mit einem guten Gefühl mit der Jukss Orga abzuschließen. Darüber hinaus können so auch eher negative Erfahrungen positiv für den Folge-Jukss umgesetzt werden.
Die dritte Idee besteht in einer Art 3-Tage-VorJukss. In den ersten drei Tagen des Jukss würden dann explizit keine Workshops stattfinden, sondern nur eine Beschäftigung damit, was der Jukss sein will und wie das umgesetzt wird. Also eine Zeit der Strukturierung und Vorbereitung der Selbstorganisation.
Diese drei Ansätze müssten noch etwas ausgebaut werden, aber wir hoffen, dass sich so vielleicht etwas verbessert und wir tatsächlich einem Traum-Jukss näherkommen.

*Anna und der Maria*
*(plus Ideen aus der Orga und der Supervision)*

**Internetseite: www.jukss.org**

# Aktionen, Veranstaltungen und andere Termine:

**10.02., 19 Uhr, Göttingen:**
„Gesellschaftliche Dimensionen und Rahmenbedingungen der Transphobie"
Vortrag von Adrian de Silva
Wo? Zentrales Hörsaalgebäude 005, Platz der Göttinger Sieben 5

**11.02.–14.02., Leipzig:**
Jukss-Organisationsteam-Übergabetreffen
http://jukss.de/11.-14.02.2010

**15.02., England:**
Blockade der Atomwaffenfabrik Aldermaston (UK)
http://www.tridentploughshares.org/

**17.02., 13 Uhr, Rüsselsheim:**
Prozess gegen eine Aktivistin, die sich im Frühjahr 2009 mit Baumbesetzungen gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens engagierte
Wo? Amtsgericht Rüsselsheim, Johann-Sebastian-Bach-Str. 45, Raum 209
http://www.waldbesetzung.blogsport.de

**20.02., 11:30 Uhr, Aachen:**
Demo gegen die Nerzfarm-Orsbach Aachen – durch die Innenstadt und zur Nerzfarm in Orsbach
Treffpunkt: 11.30 Uhr, Willy-Brandt-Platz (Innenstadt)

**Tage vor dem 25.2., Rüsselsheim**
Aktionstage als Vorbereitung zum Prozess am 25.2. gegen die Hausbesetzer_innen am Frankfurter Flughafen nach der Räumung des Kelsterbacher Waldcamps
weitere Ankündigungen: http://waldbesetzung.blogsport.de

**26.–27.02., Berlin:**
Workshop "Die Praxis der Beteiligungs- und Klagerechte im Umweltschutz"
http://ufu.de

**01.03.–07.03., KuBiZ Berlin:**
Bau- und Einrichtungswoche in der offenen Projektwerkstatt
Wo? Berlin-Weißensee, Bernkasteler Str. 76
http://commutare.blogsport.de

**10.03., Braunschweig:**
Prozess Feldbesetzer gegen Stadt Braunschweig wegen der Räumung des besetzten Genversuchsfeldes am 27.4.2009
Wo? Sitzungssaal 1, Verwaltungsgericht Braunschweig (Am Wendentor 7)

**13.03., 13 Uhr, Frankfurt:**
Fur&Fashion-Demo / Frankfurt Pelzfrei
Treffpunkt: 13 Uhr Hauptwache (Zeil) – 18 Uhr Anti-Pelz-Party mit Live Musik.
http://www.fuf.tirm.de

**17.03. (9 Uhr), 31.03.2010 (13:30 Uhr) Frankfurt a.M.:**
Prozess: Verhandelt wird gegen eine Person wegen 3 verschiedenen Aktionen: Besetzung einer Rodungsmaschine am 23.01.2009 (Vorwurf: Hausfriedensbruch und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte), Baumbesetzung im Rodungsgebiet am 11.02.2009 (Vorwurf: gemeinschaftlicher Hausfriedensbruch), sowie eine Kletteraktion in Frankfurt im Rahmen des Jugend-Umwelt-Kongress (Jukss) 2008/09.
Wo? Amtsgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstraße 2

**19.03.–21.3. Ahaus:**
Anti Atom Frühjahrskonferenz
http://www.sofa-ms.de

**Ende März, Finnland:**
International Anti-nuclear Network Meeting 2010
http://nuclear-heritage.net

**27.03., bundesweit:**
Dezentraler Aktionstag gegen Atomkonzerne. Proteste vor Zentralen oder Geschäftsstellen der Atomkonzerne in ganz Deutschland.

**24.04., Krümmel, Ahaus und Biblis:**
Demonstrationen / Kundgebungen zum Tschernobyljahrestag.

**07.–09.05., Hüll bei Hamburg:**
GenderCamp 2010 – 3-tägiges Workshop-Event à la BarCamp (http://de.wikipedia.org/wiki/BarCamp) mit Themen aus den Bereichen "Gender" und "Internet" sowie dessen Schnittmengen und Zwischenräumen stattfinden
http://gendercamp.de/

**27.05.–30.05. Kiel:**
Treffen der "sagenumwobenen" Rotzfrechen Asphaltkultur
http://rak-treffen.de

Texte, die leider nicht in diese Ausgabe gepasst haben:
**»Kopenhagen - Ein Wintermärchen?«**
http://linksunten.indymedia.org/de/node/14947
**»Repression gegen FlughafenausbaugegnerInnen«**
http://de.indymedia.org/2009/11/267144.shtml

## *Die Praxis der Beteiligungs- und Klagerechte im Umweltschutz*

**Workshop am 26. und 27. Februar**
UfU Zwei Tage lang wird das UfU Einblicke in die Praxis der Verbandsarbeit geben. Ziel ist es, praktische Hilfestellungen für Mitarbeiter, Mitglieder und Ehrenamtliche in den Umweltverbänden und -vereinigungen und für alle anderen Interessierten zu geben. Damit soll das Wissen um die Rechte für Natur und Umwelt gestärkt werden.
Informationen über neueste Klagemöglichkeiten aber auch z.B. über die nicht-konforme Umsetzung der Aarhus-Konvention in Deutschland stehen auf der Tagesordnung sowie Gespräche und der Erfahrungsaustausch zwischen den Gästen und Referentinnen und Referenten.
Veranstaltungsort:
Berlin, Haus der Demokratie
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Kontakt:
Martin Jänsch, 030-428 49 93 - 31
Veranstalter:
Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V. (UfU)

ISSN 1612-2186

# Schule? Ich bin doch nicht blöd!

## Selbstorganisiert lernen in der offenen Uni Freiburg

### Was ist die offene Uni Freiburg?

Hannes Bisher nur eine Idee, die aber Anfang März verwirklicht werden soll. In den Räumen der KTS (das selbstverwaltete Zentrum in Freiburg) soll ab dem 3. März jeden Mittwoch die offene Uni stattfinden. Beginnen soll sie jeden Mittwoch ab 8 Uhr morgens mit dem SchulschwänzerInnencafé. Hier sind alle SchülerInnen eingeladen, den Morgen lieber selbstbestimmt zu verbringen – mit schulkritischen Diskussionen, Filmen, Aktionsplanungen, oder was auch immer ihnen einfällt – als fremdbestimmt im Klassenzimmer zu sitzen und sich Dinge anzuhören, die nichts mit dem eigenen Leben zu tun haben. Mittags soll es dann Volxküche geben (ohne Volk – dafür vegan) und danach soll die eigentliche offene Uni stattfinden, deren Prinzip einfach ist: Jede/r kann anbieten was er/sie will und jede/r kann teilnehmen woran er/sie will. Das Programm wird nach den jetzigen Angeboten sehr bunt werden: Von Sprachkursen, über kritische Diskussionsrunden, bis zu Selbstverteidigungskursen. Abends soll die offene Uni dann in einem interaktiven Abendprogramm ausklingen.

### Wieso eine offene Uni?

*Lernen unter Zwang*

Wer etwas lernen will, kommt an staatlichen Institutionen, Schulen, Universitäten, Ausbildungen nicht vorbei. Schlimmer noch, selbst wer nichts oder nicht das Vorgegebene lernen will, muss eine Zeit des Lebens fremdbestimmt unter der Diktatur dieser Institutionen verbringen. Dabei ist Lernen als Art der Wissensaneignung eine höchst unterschiedliche und subjektive Erfahrung, die unter der Gleichschaltung und Monopolisierung durch den Staat die spielerische und freudvolle Erfahrung einer Erweiterung des eigenen Horizonts und Bewusstseins einbüßt.

*Wissen als verwertbares Gut*

Doch die institutionalisierte Art des Lernens kommt nicht von ungefähr und ist auch nicht das Resultat einiger Herrschenden, sondern entwickelte sich zeitgleich mit dem Prinzip der Verwertbarkeit des Kapitalismus und baut auf einem bereits vor dem Kapitalismus bestehenden Menschenbild auf, das den Willen und die Individualität eines jungen Menschen als –je nach gesellschaftlichen Interessen– verformbares und 'erziehbares' Material betrachtet.

Das Ziel des heutigen Lernens ist nicht die freie Entfaltung des Menschen, sondern dessen Anpassung und Integration in das bestehende System und, vor Allem, die Nutzung des Wissens als verwertbare Ware. Die Schule vermittelt nur einen winzigen Bruchteil allen möglichen Wissens, aber genau jenen Bruchteil, der die herrschende Realität verkörpert und reproduziert, indem sie diese als einzig mögliche Realität verkauft. So werden junge Menschen auf Konkurrenz, Arbeitsleistung und Hierarchien geprägt und eine gesellschaftliche Meinung in Form von Diskursen erzeugt, die das System aus Herrschaftsformen wie Kapitalismus, Staat und Diskriminierungen erneuern und verbessern, das heißt effizienter verwertbar machen, nie aber revolutionieren soll.
Der Inhalt des Lernens wird dabei immer mehr auf die wesentlichen Kenntnisse reduziert, die später einmal für die spezialisierte Lohnarbeit von Bedeutung sind. Der Mensch erniedrigt sich im Kapitalismus zur zweckmäßigen Funktion, die den Regeln der Verwertbarkeit unterworfen ist.

*selbstorganisiert Lernen!*

Die einzige Möglichkeit, zu einem gewissen Grad aus den herrschenden Regeln der Verwertbarkeit zu entkommen, ist das selbstorganisierte Lernen und Weitergeben von Wissen. Nur wenn Wissen allen frei zur Verfügung steht und nicht privatisiert und verkauft, also verwertet werden kann, ist ein Umgang zwischen Menschen unter freien und gleichen Bedingungen möglich. Gerade für eine radikale politische Bewegung, die für eine herrschaftsfreie Gesellschaft kämpft, ist ein solches Teilen und Weitergeben von Wissen nötiger denn je, um Zusammenhänge erkennen und neue Aktionsformen zu entwickeln.
Die offene Uni soll als Rahmen zu einem selbstorganisierten Wissensaustausch dienen, der von allen Beteiligten genutzt und gestaltet werden kann und soll. Sie beinhaltet das morgendliche Schulschwänzer_innencafé, die Volxküche am Nachmittag, Zeit und Treffpunkt für regelmäßige Kurse oder Seminare und das Abendprogramm aus Vorträgen, Filmen und Café. Alle Menschen, die mitorganisieren oder Workshops anbieten wollen, sind herzlich eingeladen mitzumischen und ihr Wissen mit anderen zu teilen.

offeneunifreiburg@riseup.net